Plenarprotokoll

18. Sitzung

Donnerstag, 20. Mai 2010

Gemeinsame Beratung		Bericht der Landesregierung Drucksache 17/372	
a) Erhalt der öffentlichen Träger- schaft für das UK S-H und die Universität Lübeck	1335	Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	1335, 1365
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/519		Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	1337
b) Wäschereiauftrag der UK S-H	1335	Dr. Ralf Stegner [SPD]	1340, 1358, 1367
Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/527		Antje Jansen [DIE LINKE] Daniel Günther [CDU] Kirstin Funke [FDP]	1343 1344, 1356 1347
c) Unerwartete Kostensteigerungen im UK S-H rückhaltlos aufklä- ren	1335	Flemming Meyer [SSW] Ranka Prante [DIE LINKE] Wolfgang Kubicki [FDP] Jürgen Weber [SPD]	1347 1350 1351, 1362 1354

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	1355	Gemeinsame Beratung	
Dr. Christian von Boetticher [CDU]	1356	 a) Kleinstunternehmen von der Jahresabschlusspflicht befreien. 	1377
Werner Kalinka [CDU] Dr. Kai Dolgner [SPD] Anke Spoorendonk [SSW]	1358 1360 1361	Antrag der Fraktionen von CDU und FDP	
Wolfgang Baasch [SPD] Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS	1363	Drucksache 17/494	
90/DIE GRÜNEN] Bernd Heinemann [SPD]	1363 1364	b) Bundesregelung Kleinbeihilfen dauerhaft festschreiben	1377
Beschluss: 1. Antrag Drucksache 17/527 durch Berichterstattung er- ledigt		Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/503	
2. Überweisung des Berichts Drucksache 17/519 an den		c) Wertgrenzen dauerhaft anheben	1377
Wirtschaftsausschuss und den Sozialausschuss 3. Überweisung des Be-		Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/504	
richts Drucksache 17/372 an den Wirtschaftsausschuss und den So-		Jens-Christian Magnussen [CDU]. Regina Poersch [SPD]	1377 1378
zialausschuss zur abschließenden Beratung	1367	Christopher Vogt [FDP]Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS	1379
Unterrichtsverpflichtung für Lehr- kräfte neu ordnen	1367	90/DIE GRÜNEN] Björn Thoroe [DIE LINKE] Lars Harms [SSW]	1380 1382 1383
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/501		Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	1384
Pflichtstundenerlass vom 30. März 2010 bestätigen	1368	Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 17/494, 17/503 und 17/504 an den Wirtschaftsaus-	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,		schuss und den Finanzausschuss	1385
DIE LINKE und SSW Drucksache 17/560		Gemeinsame Beratung	
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	1368	a) Schleswig-Holstein ohne Anbau gentechnisch veränderter Pflan- zen	1385
Heike Franzen [CDU] Detlef Buder [SPD] Cornelia Conrad [FDP]	1369 1370 1371	Antrag der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW	1303
Ellen Streitbörger [DIE LINKE] Lars Harms [SSW]	1372 1373	Drucksache 17/294 (neu)	
Martin Habersaat [SPD]Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur	1374 1375	b) Sicherung der Gentechnikfrei- heit im Anbau sowie in der Nah- rungsmittelkette	1386
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/501		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
2. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/560	1376	Drucksache 17/390	

Koexistenz landwirtschaftlicher Anbaufirmen	1386	Beschluss: 1. Annahme des Antrags Drucksache 17/561	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/420		2. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/521	1410
		Gemeinsame Beratung	
Lothar Hay [SPD] Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	1387, 1396	a) Die EU-Ostseestrategie in Schleswig-Holstein umsetzen	1410
Heiner Rickers [CDU] Carsten-Peter Brodersen [FDP] Ranka Prante [DIE LINKE] Flemming Meyer [SSW]	1388 1391 1392 1394	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS	1205	Drucksache 17/532	
90/DIE GRÜNEN] Dr. Michael von Abercron [CDU]. Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für	1395 1396	b) Umsetzung der EU-Ostseestrate- gie in Schleswig-Holstein	1410
Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Dr. Axel Bernstein [CDU], zur	1398	Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/533	
Geschäftsordnung Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 17/294 (neu) und 17/390 sowie des Änderungsan-	1399	c) Umsetzung der Resolution des VII. Parlamentsforums Südliche Ostsee und der 18. Parlamenta- rierkonferenz (BSPC)	1410
trags Drucksache 17/420 als selbstständiger Antrag an den Umwelt- und Agrarausschuss und	1400	Bericht der Landesregierung Drucksache 17/440	
Auch am "Europäischen Tag der Meere" Unterstützung und Förde- rung für die Maritime Wirtschaft deutlich machen!	1400	Beschluss: 1. Überweisung der Anträge Drucksachen 17/532 und 17/533 an den Europaausschuss 2. Überweisung des Berichts Drucksache 17/440 an den Europaausschuss zur abschließen-	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/521		den Beratung	1410
Maritime Politik umfassend verstehen!	1400	Gastschulabkommen mit Hamburg weiterentwickeln	1411
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP	1100	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/509	
Drucksache 17/561 Anette Langner [SPD]	1400, 1409	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP	
Hans-Jörn Arp [CDU] Kirstin Funke [FDP] Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS	1401 1403	Drucksache 17/552 Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE	1411 1410
90/DIE GRÜNEN] Björn Thoroe [DIE LINKE] Lars Harms [SSW]	1403, 1409 1405 1406	GRÜNEN] Heike Franzen [CDU] Martin Habersaat [SPD]	1411, 1418 1412 1413
Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	1407	Cornelia Conrad [FDP] Ellen Streitbörger [DIE LINKE] Anke Spoorendonk [SSW]	1414 1415 1416

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur	1418	
Beschluss: 1. Annahme des Antrags Drucksache 17/552 Ablehnung des Antrags Drucksache 17/509	1419	
Rundfunkgebühren-Staatsvertrag	1419	
Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/488		* * * * Regierungsbank:
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/548		Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/558		Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit
Neuordnung der Rundfunkfinan- zierung in Deutschland auf der Grundlage einer Haushaltsgebühr	1420	Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration
Änderungsantrag der Fraktion der SPD		Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur
Drucksache 17/556		Klaus Schlie, Innenminister
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW Drucksache 17/563		Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
Beschluss: 1. Annahme des Antrags		Rainer Wiegard, Finanzminister
Drucksache 17/563 Nr. 1 2. Annahme des Antrags Drucksache 17/563 Nr. 2 mit Änderung		Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
	1420	* * * *

Beginn: 10:07 Uhr

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie sehr herzlich. Als erkrankt gemeldet sind von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordnete Anke Erdmann und von der Fraktion DIE LINKE Herr Abgeordneter Heinz-Werner Jezewski. - Ich wünsche beiden weiterhin gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt sind von der Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Günther Hildebrand und von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von 11:30 Uhr bis 16 Uhr Herr Abgeordneter Rasmus Andresen.

Auf der Tribüne begrüße ich unsere Besucher vom Berufsbildungszentrum des Kreises Plön aus Preetz und Schülerinnen und Schüler von der Klaus-Groth-Schule aus Neumünster. - Herzlichen willkommen!

(Beifall)

Wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns, es ist der Kollege Klaus Klinckhamer. - Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich zu Ihrem Geburtstag.

(Beifall)

Nach den gestrigen Änderungen zur Reihenfolge der Beratungen teile ich Ihnen nun mit, dass für den morgigen Sitzungstag keine Mittagspause mehr vorgesehen ist. Die Sitzung wird voraussichtlich gegen 14 Uhr enden.

Ich rufe dann die Tagesordnungspunkte 28, 32 und 52 zur gemeinsamen Beratung auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erhalt der öffentlichen Trägerschaft für das UK S-H und die Universität Lübeck

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/519

b) Wäschereiauftrag der UK S-H

Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/527

c) Unerwartete Kostensteigerungen im UK S-H rückhaltlos aufklären

Bericht der Landesregierung Drucksache 17/372

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/527, wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob dieser Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. - Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Uni-Klinikum Schleswig-Holstein ist mit seiner medizinischen Maximalversorgung für das Gesundheitswesen, mit seinen Arbeitsplätzen für die Beschäftigten und mit seiner Forschung für den Wissenschaftsstandort sowie mit allem zusammen für die regionale Struktur in Schleswig-Holstein eine Einrichtung mit ganz besonderem Gewicht.

Deshalb verstehe ich es, dass diese Einrichtung so starke und regelmäßige Beachtung hier im Landtag findet. Ich verstehe selbstverständlich auch, dass es Sorgen auslöst, wenn dort Veränderungen notwendig werden. Aus denselben Gründen wird die Landesregierung alles, was ihr möglich ist, tun, um den Bestand und die Leistungsfähigkeit des UK S-H zu sichern. Das ist das oberste Ziel. Alle anderen Fragen kommen erst danach.

Vor diesem Hintergrund möchte ich zu den Tagesordnungspunkten 28, 32 und 52 fünf kurze Bemerkungen machen.

Erstens: Die **Haushaltssanierung** ist unumgänglich. Das ist weithin unumstritten und hat sich gestern auch in der sehr breiten Mehrheit für die **Schuldenbremse** dokumentiert, die jetzt in die Verfassung aufgenommen worden ist. Ich glaube, dass das ein sehr eindrucksvolles Signal gewesen ist.

Wie diese **Kürzung**, die daraus folgt, nämlich die 125 Millionen € jährlich, tatsächlich erfolgt, dazu wird die Landesregierung zusammen mit den Fraktionen in der nächsten Woche Beschlüsse fassen und der Öffentlichkeit mitteilen. Vorher über dieses Sparvorhaben zu diskutieren, hätte wenig Sinn. Das wäre eine hypothetische Diskussion. Deshalb werde ich mich daran nicht beteiligen.

(Minister Jost de Jager)

Zweite Bemerkung: Es versteht sich von selbst, dass man bei einer so großen Konsolidierungsaufgabe einen so großen Haushaltsblock wie das UK S-H nicht ungeprüft lassen kann. Die **Zuwendungen des Landes** für das UK S-H betragen pro Jahr etwa 130 Millionen €. Das ist ungefähr so viel, wie wir für die Universität Kiel ohne die Humanmedizin aufwenden.

Hinzu kommen **Investitionen** beim UK S-H, die sich bei einer Größenordnung von 700 Millionen € - bereinigt - für Forschung und Krankenversorgung aufgestaut haben. Dieser **Investitionsstau** ist für die weiteren Betrachtungen der gravierende Punkt. Das ist das Ergebnis des bisherigen Sanierungsprozesses und sogar einer der Kernaussagen, die sich aus dem bisherigen Sanierungsprozess ableiten lassen, dass es ohne eine bauliche Sanierung eine nachhaltige wirtschaftliche Sanierung des UK S-H nicht geben wird.

Insofern - bevor jetzt die ganzen Debattenbeiträge beginnen - ist das die 10.000-Dollar-Frage: Wie gelingt die bauliche Sanierung des UK S-H, wenn die öffentlichen Mittel, die dafür eingeplant waren, nicht mehr zur Verfügung stehen? Das ist der gravierende Punkt, über den wir im Zusammenhang mit dem UK S-H in den nächsten Wochen und Monaten zu reden haben. Ich glaube, auf diese Fragestellung sollte sich die Diskussion am heutigen Tag, aber auch in der nächsten Woche tatsächlich konzentrieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Drittens. In einer solchen Situation darf es deshalb keine Denkverbote geben. Auch die geltende Anwendungsvereinbarung mit ver.di, die ich übrigens kenne - ich habe sie unterschrieben -, verbietet uns nicht, darüber nachzudenken, wie ein leistungsfähiges Uni-Klinikum und eine Humanmedizin mit hoher Qualität in Schleswig-Holstein erhalten und langfristig gesichert werden können, und zwar im Interesse der Gesundheitsversorgung, im Interesse des Wissenschafts- und Medizinstandortes in Schleswig-Holstein und natürlich auch im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Zu den Fragen, über die nachzudenken sein wird, gehören natürlich auch die künftige Trägerschaft, die künftigen Standorte und vieles mehr. Wie gesagt, heute kann ich dazu nichts Näheres sagen, weil wir erst einmal abwarten müssen, was nächste Woche tatsächlich beschlossen und mitgeteilt wird.

Viertens. Eine wichtige Voraussetzung für eine dauerhafte Zukunftssicherung für das UK S-H ist bereits geschaffen. Die wirtschaftliche Sanierung

ist dank sehr großer gemeinsamer Kraftanstrengungen auf einem guten Weg. Das Ergebnis 2009 belegt das eindrucksvoll. Es liegt exakt im Plan. Insofern ist die bisherige Sanierung ein Erfolg gewesen. An dieser Stelle ist es richtig, dem Sanierungsbeauftragten des UK S-H, Herrn Dr. Carl Hermann Schleifer, einmal ausdrücklich zu danken, dessen Vertrag am 31. Mai dieses Jahres ausläuft. Seine Handschrift und auch seine Energie in diesem Prozess haben mit dazu geführt, dass dieser Sanierungserfolg bisher so erfolgreich gewesen ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Hinsichtlich der **Kostensteigerung**, deren Aufklärung die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt hat, verweise ich auf unseren Bericht, den wir Ihnen vorgelegt haben. Er erläutert das wirtschaftliche Ergebnis 2009 und geht auf die weiteren Fragen des Antrags ein.

Wer sich mit dem Bericht befasst, wird sehen, es sind nicht nur einseitig die Kosten gestiegen, sondern auch die **Erlöse** konnten beträchtlich gesteigert werden. Insofern hätte die Überschrift des Antrags genauso gut lauten können: Unerwartete Erlössteigerung aufklären.

Was die Personalkosten grundsätzlich angeht, so heißt es in unserem Bericht, dass eine Optimierung des **Personalcontrollings** 2010 eingeleitet wird. Wer sich ein bisschen mit den Formulierungen solcher Berichte auskennt, wird wissen, was das am Ende bedeutet. Es sagt nämlich aus, dass hier in der Tat Verbesserungen notwendig und erforderlich sind. Jede Sache, die am UK S-H vielleicht nicht optimal läuft, wird immer ein Riesenskandal. Es ist aber auch ein Unternehmen mit 10.000 Mitarbeitern, und das müssen Sie erst einmal kontrollieren und steuern. Dieser Verbesserungsbedarf wurde erkannt und ist auch in dem Bericht tatsächlich niedergelegt.

Fünftens. Der Sanierungserfolg ist nicht vom Himmel gefallen. Er beruht darauf, dass alle Einsparmöglichkeiten im UK S-H ermittelt, genutzt werden und auch bereits genutzt worden sind.

Die Aufregung um die **Vergabe des Wäschereiauftrags** ist insofern etwas erstaunlich, auch wenn ich natürlich für die betroffenen Mitarbeiter Sympathie habe.

(Beifall bei der CDU)

Allen müsste bekannt sein, dass öffentliche Unternehmen - egal in welcher Rechtsform sie betrieben werden - nicht wie private agieren können, sondern Aufträge nur in einem sehr formalen und rechtlich

(Minister Jost de Jager)

engen Vergabeverfahren vergeben dürfen. Im Fall der Wäscheversorgung hat das vom Oberlandesgericht überprüfte und bestätigte Verfahren zu einer Auftragsvergabe an ein Unternehmen außerhalb Schleswig-Holsteins geführt.

Als Wissenschaftsminister, zuständig für das UK S-H, begrüße ich die dadurch erzielte Kostensenkung. Dieses Ergebnis des Verfahrens ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass sich das UK S-H an das hält, was der **Landesrechnungshof** uns vorschreibt, dass die Frage des Preises bei den Ausschreibungen und den Vergabeverfahren eine größere Rolle zu spielen hat, als es bisher der Fall gewesen ist. Insofern kann man dem UK S-H hier keinen Vorwurf machen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Als Wirtschaftsminister bedauere ich natürlich, dass kein schleswig-holsteinisches Unternehmen den Zuschlag erhalten hat, sage aber auch gleichzeitig, dass im **Vergaberecht** die Herkunft der bietenden Unternehmen keine Rolle spielen darf. Schleswig-holsteinische Unternehmen zu bevorzugen wäre glatt rechtswidrig. Das mag man im Einzelfall bedauern. Wer dies aber grundsätzlich infrage stellt, will eine andere Wirtschaftsordnung, und das will ich nicht.

Auch die Frage der Tarifbindung führt zu keinem anderen Ergebnis. Sie ist im Kriterienkatalog für die Vergabe nicht enthalten. Eine schriftliche Tariftreueerklärung darf nur gefordert werden, wenn die Grundlage dafür ein allgemein verbindlich erklärter Tarifvertrag ist. Das ist hier nicht der Fall. Gleichwohl hat mir der Vorstand des UK S-H versichert, dass der Auftragnehmer Tariflohn zahlt. Dabei ist es gleichgültig, ob wir die Gewerkschaft, die den Tarifvertrag abgeschlossen hat, mögen oder nicht. Folglich wäre etwas weniger Aufregung beim Thema UK S-H wünschenswert.

Wir haben einen klaren Bericht zu geben. Das, was heute zu den weiteren Entwicklungen gesagt werden konnte, habe ich gesagt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich eröffne die Aussprache. Als Vertreter der antragstellenden Fraktion des ursprünglichen Berichtsantrags hat Herr Abgeordneter Dr. Tietze von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine kleine Vorbemerkung. Herr Minister de Jager, ich war schon etwas erstaunt, dass Sie hier erklärt haben, dass Sie nichts Näheres sagen können, dass die Landesregierung nicht sprechfähig ist. Immerhin war es ja ein Vertreter zwar nicht der Regierung, aber eine regierungstragende Fraktion - der FDP, Herr Kollege Kubicki, der diese Debatte in Schleswig-Holstein mit seinem Pressegespräch öffentlich losgetreten hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Insofern wundert es mich schon, heute zu erfahren, dass die **Haushaltsstrukturkommission** die Regierung ersetzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Es geht nicht nur um diesen Bericht. Es geht tatsächlich um die Frage: Wie geht es mit dem UK S-H weiter? Es geht auch um die Frage, wie wir den Menschen in Schleswig-Holstein in Zukunft die beste Medizin und die beste Gesundheitsvorsorge bieten können. Grundlage des Berichtsantrags war der Antrag meiner Fraktion vom 17. Februar 2010. Wir hatten in einer Presseerklärung Widersprüche zwischen Wirtschaftsbericht und Jahresbericht entdeckt. Trotz vieler Zahlen blieben Fragen offen. Sie haben in diesen Bericht dankenswerterweise Eingang gefunden.

Ich will noch einmal erwähnen: Erstens. Die **Planungen** für Einnahmen und Ausgaben waren **2009** im Jahresablauf deutlich überschritten worden. Zweitens. Der Personalaufwand ist um 27,8 Millionen € gegenüber der Planzahl im Wirtschaftsplan gestiegen. Drittens. Der medizinische Sachbedarf zeigt deutliche Planabweichungen auf, und ein "Hammer", wie wir finden, sind die Beratungskosten im Jahr 2009. Sie betrugen 10,9 Millionen €. Die ursprüngliche Planung lag bei stattlichen 3 Millionen €. Diese Summe ist völlig unverhältnismäßig. Wir fragen, welchen Nutzen diese **Beratungsleistungen** bringen. Eine **Kosten-Nutzen-Analyse** im Bericht fehlt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gehört zu einer guten Kaufmannschaft, dass man bei einer guten Wirtschaftsplanung solch abweichende Kosten rechtzeitig einkalkuliert. Eine Steigerung um

(Dr. Andreas Tietze)

7,9 Millionen €, also um 260 %, ist ungewöhnlich und war zumindest für uns nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das lässt Hilflosigkeit getreu dem Motto vermuten, viel Beratung hilft viel. Das ist nicht immer so, Herr Minister.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich erkenne auch keine Logik darin, warum ein zusätzlicher jährlicher Sockelbetrag von 2,4 Millionen € für Beratungsleistungen eingestellt ist. Es wäre professionell, die Beratungskosten an Einkommenssteigerungen oder Konsolidierungsmaßnahmen zu koppeln. Dann müssten sich aufwendige Beratungskosten selbst erwirtschaften.

Es gab auch einen Widerspruch beim Controlling. Das haben wir mit Freude gelesen. Uns wurden mündlich circa 40 Stellen im Controlling kommuniziert. Der Bericht weist nur 18 Stellen aus. Ich hatte den Eindruck, das Controlling selbst weiß nicht einmal, wie viele Stellen es gibt. Auch das lässt Bände sprechen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Kubicki, Sie haben mit Ihrer Presseerklärung in der letzten Woche viele Menschen in Schleswig-Holstein verunsichert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten lesen, dass ihre Arbeitsplätze in Gefahr sind und das UK S-H privatisiert werden soll.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Solch eine Dampfplauderei hilft in der Sache keinen Millimeter weiter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Diese Art der Politikperformance bringt Sie an den Rand einer 5-%-Splitterpartei. Anscheinend heißt es für Sie: Von Westerwelle lernen heißt verlieren lernen.

Dabei sollten Sie es als Jurist eigentlich besser wissen. Die Landesregierung hat in einem Sanierungstarifvertrag, in der sogenannten **Anwendungsvereinbarung** zur Zukunftssicherung, rechtlich verbindlich bis zum 31. Mai eine **Privatisierung** im primären Sektor - OP, ärztliche Leistungen - **ausgeschlossen**. Sie haben es erwähnt, Herr Minister. Herr de Jager, Sie haben es gesagt und die Vereinbarung unterschrieben.

Für uns ist klar, Sie haben viel Geld für Beratung verbraten. Herr Kubicki hat Sie als Kopf der Privatisierungsstrategie verpetzt. Er sagt, Sie wollten eigentlich auch privatisieren. Wir stellen fest, Sie haben als Staatssekretär Verantwortung getragen. Sie tragen jetzt Verantwortung. Sie sind nicht nur Teil der Lösung, wie Sie uns immer vormachen wollen. Sie sind auch Teil des Problems des UK S-H.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Für uns gilt: Was vereinbart ist, muss verbindlich gelten. - Insofern können Sie **nach 2015** privatisieren. Ob Sie dann aber noch an der Regierung sind? - Ich glaube nicht daran.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Keine Sorge, Herr Tietze! Keine Sorge!)

Auch die Rückzahlungsverpflichtungen von Fördergeldern für das INROC würden ein leichtsinniges Gerede über Privatisierung verbieten. Dieses ÖPP-Projekt war mit Risikobürgschaften des Landes verbunden. Bei fehlenden Patientenströmen und damit verbundenen Einnahmeausfällen trägt das Land das Ausfallrisiko in unbegrenzter Höhe. Ein vollständiger Verkauf des UK S-H lässt diese Restrisiken weiter beim Land. Was ist das für eine perfide Privatisierungspolitik, bei der das Land und die Steuerzahler das Risiko tragen, während private Investoren das Geld scheffeln? Das ist doch eine neoliberale, egozentrische Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich frage mich allen Ernstes, warum Sie sich eigentlich von einem solchen Auslaufmodell erpressen lassen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Privatisierungen bedienen zu allererst die Renditeinteressen der Anteilseigner. Die Kliniken Rhön und Asklepios müssen mindestens 10 % oder mehr **Eigenkapitalrendite** erwirtschaften, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Das möchte ich an dieser Stelle einmal sagen.

Wir sprechen beim **Krankenhaussektor** von einem Quasimarkt. Dieser ist hoch reguliert. Privatisierungen zeigen, dass in der Regel bedeutend schlechtere Tarifvergütung, ungünstige Arbeitsbedingungen und Standortschließungen die Folge sind. Aus den vielen Bereichen der Medizinprodukte sucht man sich das heraus, was wirtschaftlich erfolgreich ist. Das ist die Erfahrung. Das ist Rosinenpickerei. Man

(Dr. Andreas Tietze)

sucht sich nicht das heraus, was den Menschen dient.

(Zuruf von der FDP)

So werden im privaten Krankenhaussektor allerdings keine Renditen erwirtschaftet. Die entscheidende Aufgabe der Zukunft ist es, gute Medizin zu machen und gleichzeitig gutes Geld zu verdienen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie doch einmal, was im Klinikum Gie-Ben und Marburg passiert ist. Durch die Privatisierung ist genau das Gegenteil geschehen. Die Daseinsvorsorge hat massiv gelitten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist kompletter Unsinn!)

Mit Geburtshilfe und Pädiatrie kann man kein Geld verdienen. Soll es die Botschaft an die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner sein, dass sie für Geburten demnächst 200 km fahren müssen? Ist das Ihre Botschaft? Zynischer kann man politisch nicht argumentieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für meine Fraktion sage ich klipp und klar, wir stehen hinter den **Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern** des **UK S-H**. Sie sind in der Zukunft maßgeblich für den Erfolg verantwortlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Ihre solidarische Haltung, im Rahmen des **Beschäftigungspakts** Einkommensbußen in Kauf zu nehmen und am Erfolg des UK S-H aktiv mitzuarbeiten, war vorbildlich. Wir Grünen wollen das UK S-H in **öffentlicher Trägerschaft**. Das sage ich ganz deutlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Die Frage der Trägerschaft ist nicht mit Wirtschaftlichkeit verbunden. Auch öffentliche Träger können gut wirtschaften. Anscheinend haben Sie in der Vergangenheit nicht sehr durch Ihre Kontrolle dazu beigetragen, damit dies auch wirklich geschieht.

Wir Grünen stehen in dieser Situation auch für die Verantwortung bezüglich der Finanzlage des Landes. Wir haben das gestern noch einmal beim Schuldenpakt deutlich gemacht. Wir wollen uns dieser Frage nicht verweigern.

(Zuruf von der FDP: Fangen Sie doch einmal an!)

- Ja, das sage ich doch gerade. Wir wollen uns dem nicht verweigern.

Es geht um die Frage, wie wir den Prozess mit den Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern des UK S-H gemeinsam gestalten können. Dazu gehört ein klarer Blick. Dazu gehört auch eine klare und schonungslose **Analyse**. Man muss alle Optimierungspotenziale beim UK S-H nutzen. Man muss die Verschlankung von Verwaltungstätigkeiten diskutieren. Dazu gehört auch eine kostengünstige Beschaffung von Arzneimitteln und Bevorratungen. All diese Dinge muss man tun. Deshalb hat das UK S-H bei einem guten Management gute Chancen, es aus eigener Kraft zu schaffen. Wir sehen keine Gründe für eine Zerschlagung oder Privatisierung.

Wir stehen im Übrigen solidarisch zum Beschluss des Landtags zum **baulichen Masterplan** für das UK S-H. Wir tragen diesen Masterplan mit. Was ist mit Ihnen, Herr de Jager? - Dazu haben Sie nichts gesagt. Schweigen im Walde! Tragen Sie den Beschluss noch mit?

Für uns Grüne steht fest, der Masterplan muss umgesetzt werden. Wir schenken den Aussagen des sehr kompetenten Geschäftsführers, Herrn Professor Scholz, Glauben, dass er in der Lage ist, das UK S-H aus der Krise herauszuführen und schwarze Zahlen zu schreiben.

Die Mitarbeiter haben hohe Opfer gebracht. Sie jetzt um die Früchte des Verzichts zu bringen, ist perfide. Lassen Sie das UK S-H die baulichen Maßnahmen umsetzen. Geben Sie ihm die Chance, wie eine private Klinik zu wirtschaften. Dann kann es die Bauinvestitionen durch seine Gewinne tilgen.

Ein weiterer Aspekt spielt bei Ihnen anscheinend überhaupt keine Rolle. Ich spreche von der Lage im **Energiesektor**. Die Situation ist gerade im Energieressouren verbrauchenden Krankenhaus sehr krass. Wir sehen erhebliche Einspareffekte in einer Klinik der kurzen Wege. Niedrige Energiekosten, gutes Management und geringer Ressourcenverbrauch sind heutige Zukunftsthemen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Energiekosten für die vom Land genutzten Gebäude sind vom Jahr 1999 bis zum Jahr 2007 von 29 Millionen € auf 41 Millionen € pro Jahr gestiegen. Der Landesrechnungshof hat zu Recht darauf hingewiesen. Dabei fielen insbesondere der ungebremste Anstieg des Stromverbrauchs und die Zunahme des Wärmeverbrauchs bei den energieintensiven Gebäuden des Uni-Klinikums auf.

(Dr. Andreas Tietze)

Resümee: Wir benötigen Investitionen und Innovationen, um diesen energiefressenden Ressourcenverbrauch im Kliniksektor nachhaltig einzuschränken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weniger GMSH wäre sicherlich gut. Wir wollen nicht bei den Menschen sparen, sondern lieber bei der Energie.

Ich möchte mich auch noch zum Antrag der LIN-KEN äußern. Das UK S-H hat den Großauftrag zur textilen Komplettversorgung der beiden Kliniken in Kiel und Lübeck neu ausgeschrieben. Eine **Wäscherei in Rostock** hat den Auftrag bekommen. Es geht um 7,5 Millionen €.

Die Rostocker Wäscherei war deshalb günstiger, weil dort **Branchentarifverträge** gelten, die unter denen von Glücksstadt liegen. Diese Verträge hat übrigens eine christliche Gewerkschaft ausgehandelt. Der UK S-H-Führung, die unter Ihrem Spardruck steht, ist es doch nicht anzukreiden, wenn sie das günstigste Angebot annimmt.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Es ist doch im Grunde genommen auch wenig hilfreich, dass Sie nach Glücksstadt fahren, Herr Arp. Es geht darum, dass Sie einen gesetzlich flächendeckenden **Mindestlohn** einführen müssen. Dann haben Sie das Problem nämlich nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Tietze, formulieren Sie bitte den letzten Satz.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Ich komme zum Schluss. - Das UK S-H hat gute Zukunftschancen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass es erfolgreich wird!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion der SPD hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Stegner, das Wort.

(Zuruf von der CDU: Der war doch noch gar kein Gesundheitsminister!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In einer Woche werden die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein staunend erfahren, was sich die schwarz-gelbe Geheimkommission für Landesregierung und Landtag an Kürzungsmaßnahmen ausgedacht hat, um den Landeshaushalt zu sanieren und der gestern beschlossenen Verfassungsänderung zu genügen. Während der Herr Ministerpräsident wieder einmal im Vatikan Inspiration gesucht hat, hat der Cheflautsprecher der Regierungskoalition, der Kollege Kubicki, für einen Paukenschlag gesorgt, der den Beschäftigten des UK S-H, der Hansestadt Lübeck und vielen anderen in den Ohren geklungen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sprechen hier nicht über ein Kreiskrankenhaus, sondern wir sprechen über den **größten öffentlichen Arbeitgeber** in Schleswig-Holstein. Seit Jahren haben wir Sozialdemokraten uns gegen einen Verkauf des UK S-H gewehrt und diesen auch - trotz aller Versuche von Herrn Austermann - in der Großen Koalition verhindert.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Sie haben es verkommen lassen!)

Dabei hatten wir schon einiges aus dem harten Konsolidierungskurs für das UK S-H bewältigt. Nachdem in den 60er-Jahren von der damaligen Regierung Lemke der Fehler begangen worden war, sich für das kleinen Schleswig-Holstein zwei Universitätsklinika zu wünschen, hatte sich über die Jahre ein leistungsfähiges Klinikum an den beiden Standorten Kiel und Lübeck entwickelt, und zwar mit einem gewachsenen Umfeld in der medizintechnischen Wirtschaft gerade rund um Lübeck. Die finanziellen Rahmenbedingungen waren immer schwierig, besonders auch durch die bundesweit niedrigsten Basisfallwerte.

Wir Sozialdemokraten haben in der Regierung Simonis zusammen mit den Grünen zunächst die **Fusion** der beiden Klinika gegen manche Widerstände durchgesetzt, die Kooperation mit den größten akademischen Lehrkrankenhäusern ausgebaut und die Defizite mit all diesen Maßnahmen erheblich verringern können. Ausgerechnet jetzt, da nach harter

Sanierungszeit die **schwarze Null** erreicht ist, wollen Sie privatisieren. Ich dachte immer, das Motto von Schwarz-Gelb sei, Leistung solle sich wieder lohnen. Dass das für die Regierung nicht gilt, das merken wir jeden Tag. Dass Sie aber ausgerechnet die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UK S-H bestrafen wollen, die das geleistet haben, das schlägt dem Fass wirklich den Boden aus.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben über viele Jahre hinweg ihren Beitrag geleistet, um Arbeitsplätze und das Unternehmen zu stützen; durch Mehrarbeit, durch Verzicht auf Lohnsteigerungen und durch andere Einbußen. Wie Hohn klingt da die Ankündigung einer Veräußerung des UK S-H in den Ohren derer, die den Fortbestand durch eigene Opfer unterstützt haben und sich auf die Landesregierung und Ihre Worte, Herr Ministerpräsident, verlassen haben. Ich darf Sie mit Erlaubnis des Präsidiums aus Ihrer Rede vom 18. November 2009 zitieren:

"Wir stehen zum Uni-Klinikum Schleswig-Holstein, wir werden das Uni-Klinikum Schleswig-Holstein zu einem Zentrum der Spitzenmedizin in Krankenversorgung und Forschung ausbauen. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten schon heute ausgezeichnete Arbeit."

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Gut gebrüllt, Löwe. Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie heute auf: Bekennen Sie Farbe, und erklären Sie dem Parlament, der Öffentlichkeit und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass Sie zu Ihren damaligen Worten auch heute noch stehen, und erteilen Sie der Privatisierung des UK S-H hier und heute eine klare Absage!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, der LINKEN und SSW)

Ich habe mir das zweifelhafte Vergnügen gegönnt, mir noch einmal Ihren Koalitionsvertrag anzugucken. Darin stehen unter anderem diese beiden Sätze: Bindungen aus dem **Tarifvertrag bis 2015** einhalten, und die Entscheidung in **Abstimmung** mit der **Universität Lübeck** ausrichten wollen. Ein dänisches Sprichwort sagt: Wenn Lügen Latein wären, dann gäbe es viele Gelehrte. Herr Ministerpräsident, in diesem Sinne sind Sie ein wahrer Gelehrter, das muss ich Ihnen sagen. Herr Ministerpräsi-

dent, ich werfe Ihnen nicht vor, dass harte Sacharbeit und die Details der Politik nicht Ihre Sache sind. Das werfe ich Ihnen gar nicht vor. Dass aber auf Ihr Wort kein Verlass ist, das muss ich Ihnen schon vorhalten, wenn Sie auf dieser Grundlage nun doch das Klinikum privatisieren wollen. Herr Ministerpräsident, Sie zeigen einmal mehr, dass das Einzige, worauf man sich bei Ihnen verlassen kann, ist, dass Sie früher oder später Ihr Wort brechen. Das ist der Sachverhalt.

(Zurufe von der CDU: Unerhört!)

Sie werden bestimmt nicht mehr lange auf die nächsten Pinocchio-Plakate zu warten haben, wenn sich die UK S-H-Mitarbeiter neben den Kita-Eltern hier vor dem Landeshaus einreihen.

(Zurufe von der CDU)

Anstelle einer geplanten Veräußerung und der damit einhergehenden Zerstörung der Universität Lübeck und des Gesundheitsstandorts Lübeck und anstatt sich für höhere Basisfallwerte einzusetzen, die nämlich das sind, was wirtschaftlich etwas bringt, reden Sie über Privatisierung.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten jährlich 20 Millionen € mehr, wenn wir nur den Bundesdurchschnitt hätten. Das wäre entscheidend, nicht der Verkauf des Klinikums.

Für uns Sozialdemokraten gelten folgende Maximen für den anstehenden Sanierungsprozess: Wir wollen, dass der von der Landesregierung und dem Landtag beschlossene Masterplan für dringend notwendige Investitionen umgesetzt wird, wobei in dem einen oder anderen Fall die Prioritäten durchaus noch einmal überprüft werden können. Wir sind auch bereit, für einzelne Bereiche ÖPP-Lösungen zu machen, wenn sich dies als wirtschaftlich erweist. Wir wollen die Beibehaltung der Qualität in der Krankenversorgung und Pflege, das ist in Schleswig-Holstein nämlich die Spitzen- und Höchstleistungsmedizin. Wir lehnen eine Privatisierung strikt ab. Nach Jahren der Ideologie von "Privat vor Staat" und in der schlimmsten Wirtschaftsund Finanzkrise sollten wir endlich kapiert haben, dass die kurzfristige Renditeorientierung der falsche Weg ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, der LINKEN und SSW)

Wir wollen die Stärkung der Arbeitnehmerinnenund Arbeitnehmerrechte und die Einhaltung von Tarifvertrag und betrieblicher Mitbestimmung. Sie sagen immer, das die SPD habe in der Großen

Koalition vieles verhindert, was Sie gern anders gemacht hätten. Das stimmt, weil wir immer gegen die Einschränkung der Mitbestimmung waren. Da haben Sie mit der FDP keine Probleme, aber ich frage Sie, Herrn Kollegen Kalinka, was eigentlich die CDA dazu sagt. Herr Ministerpräsident, ich frage auch Sie, ob Sie sich nicht wenigstens an die Verträge mit Gewerkschaften und Betriebsräten halten können, oder ist auch das schon zu viel verlangt, wenn man das an Ihre Adresse sagt?

Die **Privatisierung von Universitätsklinika** ist ein großer Fehler. Das zeigt das Negativbeispiel, für das - wen wundert es - der hessische Ministerpräsident Roland Koch der Vorreiter ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist völliger Unsinn, was Sie reden!)

Gießen und Marburg - zwei fusionierte Standorte - wurden an den Rhön-Konzern verkauft. Dieser Konzern will Rendite, er will Kasse machen und ist eben nicht dem Gemeinwohl verpflichtet. Und was ist das Resultat? - Das Resultat sind Klagen über die Qualitätsmängel bei der Patientenversorgung. Das Resultat ist eine Arbeitsverdichtung bei den ohnehin belasteten Pflegekräften, die nicht einmal ordentlich bezahlt werden, weil Sie gegen Mindestlöhne in der Pflege sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, der LINKEN und SSW)

Das Resultat sind erhebliche Mehrbelastungen bei den Klinikärzten, die ohnehin stark belastet sind.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Das Resultat ist eine Verschlechterung bei der Medizinerausbildung. In Gießen und Marburg sind seit dem Verkauf doppelt so viel Studierende pro Arzt als im Bundesschnitt. Herr de Jager, Sie haben gesagt, Sie wollen keine Denkverbote. Darum geht es nicht. Wenn Sie aber einmal mit dem Denken anfangen könnten und nicht das hessische Beispiel nachahmten, dann wäre das ein Fortschritt.

(Zurufe)

Wir können uns nicht über eine drohende **medizinische Unterversorgung** beklagen und gleichzeitig die Medizinerausbildung in unserem Land verschlechtern. Neben der Meeresforschung gehört die Medizin zu unseren wenigen erstligareifen Disziplinen in Schleswig-Holstein. Wo bleibt Ihr Bekenntnis zu Schleswig-Holstein als Standort für Spitzenmedizin und Gesundheit?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und der LINKEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei Björn Engholm und Heide Simonis galt das **Gesundheitsland Schleswig-Holstein** noch etwas im durchaus aussichtsreichen Wettbewerb mit dem teureren Hamburg und um Patienten von Skandinavien bis in die arabische Welt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Wir sagen zu der Privatisierung des UK S-H als SPD-Fraktion Nein. Ob Ihnen das gefällt und ob Sie hier dazwischenrufen, ist mir völlig schnurz. Wir werden Ihnen bei diesem Thema genauso einheizen wie bei Ihrer Zerstörungspolitik bei Kitas, Schulen und Sparkassen. Das verspreche ich Ihnen. Hier werden Sie sich noch umgucken.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und FDP)

An die Kollegen der CDU sage ich: Vielleicht denken Sie, weil Sie keine Abgeordneten aus Kiel und Lübeck haben, Sie könnten diese Anti-Stadt-Politik, die wir aus dem Landesentwicklungsplan kennen, einfach machen. Ich sage Ihnen: Das UK S-H ist nicht nur für Kiel und Lübeck wichtig, sondern für das gesamte Land Schleswig-Holstein, weil es die Maximalversorgung bei uns ist. Deshalb werden wir das nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch einmal auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückkommen! Es sind einige hier, und es hören uns auch einige zu. Im Tarifvertrag wurde festgeschrieben, dass bis 2015 über eine Privatisierung nicht entschieden werden darf. Trotzdem haben Sie schon alles in der Schublade, um die **Bieterverfahren** eröffnen zu können. Herr de Jager, es ist nicht entscheidend, dass Sie das unterschrieben haben. Sie sollten sich daran halten, was Sie unterschrieben haben. Das ist der Punkt, um den es hier geht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, der LINKEN und SSW)

In einem derart sensiblen Bereich der Pflege, Betreuung und Heilung die Mitarbeiter demotivieren zu wollen, ist auch für die **Patienten** nicht gut.

In das Verfahren im Zusammenhang mit der Wäscherei und der Firma Berendsen will ich mich nicht einmischen. Ich will aber sagen: Daran hängen 120 Arbeitsplätze. Das Problem liegt darin, dass Sie die Sanierung des UK S-H durch die Sub-

ventionierung von Dumpinglöhnen unterstützen wollen, weil Sie gegen faire Mindestlöhne sind. Die sogenannten christlichen Gewerkschaften sind Lohndrückervereine. Wir brauchen einen **gesetzlichen Mindestlohn**, dann geht es voran, dann haben wir nicht solche Probleme.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, der LINKEN und SSW)

Ernsthaft zu glauben, dass wir die Sanierung öffentlicher Kassen dadurch hinkriegen, dass wir immer schlechtere Löhne bezahlen und die Situation für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschlechtern, ist typisch neoliberal. Hier führt Sie die FDP durch die Manage. Dass Sie so etwas mitmachen, ist eine Schande für die Volkspartei der CDU.

(Beifall bei der SPD)

Von einem Industriellem, nämlich Alfred Krupp, stammt der Satz: Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Der würde sich im Grabe umdrehen!)

Wie sehr sollte das eigentlich für die Arbeit einer Landesregierung gelten? - Ich fordere Sie als Regierungsfraktionen auf, dem Ausverkauf des UK S-H einen Riegel vorzuschieben und dafür zu sorgen, dass **Ausschreibungen** für Unternehmen des Landes nicht für **Dumpinglöhne** sorgen, dass Sanierungen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und unter deren Ausspielung gegeneinander stattfinden. Liebe Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus, ich bitte Sie: Setzen Sie heute ein Stoppsignal für die Ideologie "Privat vor Staat"! Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion DIE LINKE hat die Frau Abgeordnete Antje Jansen das Wort.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Den Beschäftigten des UK S-H ist einmal versprochen worden, bis zum Jahre 2015 werde man über Teilprivatisierung - die sind schon schlimm genug - nicht hinausgehen. Diese Zusicherung sollte den Beschäftigten die Zustimmung zu Verschlechterungen in ihren Arbeitsbedingungen und in ihren Einkommen erleichtern.

Wenn Beschäftigte eines Unternehmens in solche Verschlechterungen einwilligen, dann tun sie das nicht ohne Not, sondern in der Hoffnung, dass die eigenen Arbeitsplätze erhalten bleiben. Das ist eine bittere Einwilligung, die immer zu Ungunsten der Beschäftigten ausgeht, wie man jetzt ja sieht. Und die Aussagen unseres Wirtschaftsministers bestätigen das ja. Es kommt dazu, dass die sogenannten Sanierer die schwarze Null im Jahresabschluss verfehlt haben. Der Chefsanierer des UK S-H, Herr Schleifer, muss eben noch ein **Defizit** in Höhe von 33 Millionen € präsentieren, verursacht durch katastrophale Fehler des Managements und überflüssige Berateraufträge.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer muss diese Defizite ausbaden? Natürlich die Beschäftigten. Weil es aber eine Vereinbarung gibt, die betriebliche Kündigungen verhindern, wird mit schwarzen Listen in diesen Kliniken gearbeitet, werden ältere und nicht genehme Mitarbeiter systematisch aus dem Unternehmen gedrängt. Das ist ein Skandal.

Nun stellt sich heraus, es waren alles nichts als leere Versprechungen. Man hat die Belegschaft an der Nase herumgeführt. Die Gegenleistung für die Zugeständnisse der Belegschaften ist insgesamt nichts mehr wert.

Die Absicht, das UK S-H zu privatisieren, tritt den Beitrag der Beschäftigten zur Sanierung und Stabilisierung, damit das UK S-H ein Klinikum in öffentlicher Hand bleibt, mit Füßen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie will die Landesregierung den Beschäftigten das denn jetzt erklären? Wollen Sie den Beschäftigten, Herr Wirtschaftsminister, sagen: "Vielen Dank, dass Sie verzichtet haben, vielen Dank, dass Sie die Attraktivität des UK S-H jetzt für einen potenziellen Käufer kräftig erhöht haben"? So, meine Damen und Herren, geht man mit Menschen und mit seinen Versprechungen nicht um.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Fraktion DIE LINKE lehnt Privatisierungen entschieden ab. Wir wollen, dass das UK S-H im **Besitz der öffentlichen Hand** bleibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Verkauf des UK S-H geht über die Interessen der ausreichenden und qualifizierten **Patientenversorgung** ebenso zynisch hinweg wie über die Interessen der Beschäftigten. Und mehr als das. Wenn Sie das Klinikum oder selbst nur den **Lübecker** (Antje Jansen)

Teil des Klinikums verkaufen, dann setzen Sie in der Tat die Zukunft der Medizinerausbildung in Lübeck leichtfertig aufs Spiel.

Lübeck und seine Universität leben von der Zusammenarbeit des Klinikums, der Universitätsinstitute und der **Medizintechnik-Unternehmen**, die sich in den vergangenen Jahrzehnten in wachsender Zahl in Lübeck angesiedelt haben. Gerade jetzt macht sich Lübeck Hoffnungen auf die Ansiedlung eines Fraunhofer-Instituts für Marine Biotechnologie.

Meine Damen und Herren in der Regierungskoalition, Sie machen sich gerade daran, eine der besten Medizinischen Universitäten Deutschlands zur Disposition zu stellen. Wie wollen Sie den Bürgern erklären, dass Sie einem weltweit bedeutenden Medizintechnik-Standort in ihrem eigenen Bundesland das Wasser abgraben und damit Arbeitsplätze aufs Spiel setzen?

Diese Privatisierung wäre ein Schlag gegen die Mitarbeiter des Klinikums, wäre der Tod des Forschungsstandorts Lübeck, ein Desaster für die hier angesiedelten Technologieunternehmen und damit ein Angriff auf die Lebensbedingungen der Stadt Lübeck.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Krankenhaus gehört für uns zur **Daseinsvorsorge** für die Stadt, für die Patienten und natürlich für die Beschäftigten, und es muss auch erhalten bleiben. Privatisierungspolitik, wie Sie sie jetzt hier anstreben, ist keine Erfolgsgeschichte. Immer hinterlässt Privatisierung - da haben wir schon genügend Erfahrung in Lübeck gemacht - verbrannte Erde und Schäden.

(Beifall bei der LINKEN)

Und Sie sind natürlich, wie heute hier von SPD und Grünen benannt, die typischen Folgen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, die hier im Land und im Bund betrieben wird. Das wird DIE LINKE hier im Landtag nicht mittragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Beschäftigten des UK S-H werden am 25. Mai in Lübeck gegen den Verkauf ihrer Arbeitsplätze zu einer Demonstration und Kundgebung auf die Straße gehen. Ich hoffe, Sie schließen sich hier im Hohen Hause diesem Protest an. Wir setzen uns für den Erhalt der öffentlichen Trägerschaft des UK S-H ein und damit natürlich auch für die Sicherung der Universität Lübeck mit ihrer Medizinerausbildung.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion der CDU hat Herr Abgeordneter Daniel Günther das Wort.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben drei sehr unterschiedliche Themen, die wir hier heute miteinander besprechen. Aber das verbindende Element ist das Uni-Klinikum Schleswig-Holstein. Wir als CDU-Fraktion begrüßen es, dass wir uns über dieses wichtige Thema hier im Landtag austauschen können. Denn das UK S-H - das ist der einzige Punkt, wo ich mit dem Kollegen Stegner einer Meinung bei seiner Rede war;

(Zurufe von der CDU: Oh!)

ich entschuldige mich, aber in dem Punkt habe ich sozusagen das Gleiche in meinem Text stehen - hat eine hohe Bedeutung für die **Standorte Kiel und Lübeck**, aber auch eine hohe Bedeutung für Schleswig-Holstein insgesamt.

(Beifall bei CDU und FDP - Birgit Herdejürgen [SPD]: Da hättet ihr bei Stegner auch klatschen können!)

Deswegen halte ich es für richtig, dass wir uns über das zweitgrößte Uni-Klinikum in Deutschland hier unterhalten können und insbesondere darüber, wie wir die **Leistungsfähigkeit** des Uni-Klinikums in den nächsten Jahren weiter steigern können. Allein im Jahr 2009 wurden dort 355.000 Patienten stationär und ambulant behandelt. Dies konnte erreicht werden, weil über 1.000 Patienten zusätzlich und auch schwere Erkrankungen mehr behandelt werden konnten als im vorangegangenen Jahr.

Dennoch sage ich: Auch das UK S-H muss sich angesichts der prekären Haushaltslage des Landes Schleswig-Holstein einer kritischen Prüfung unterziehen. Darum kümmert sich der Vorstand, darum kümmert sich auch der Aufsichtsrat - schon aus eigenem Antrieb.

Ich glaube, dass auch die Grünen hierbei akzeptieren müssen, dass wir uns auch um solche Punkte kümmern müssen. Man kann nicht immer nur allgemein sagen: "Wir müssen sparen, wir müssen die Schuldenbremse einhalten", und dann, wenn es konkret wird, wenn man einmal Strukturen überprüft, gleich reflexartig Anträge stellen und sagen: "In diesen Bereichen darf auf keinen Fall etwas verändert werden".

(Daniel Günther)

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das tun wir ja auch gar nicht!)

- Ihr Konzept, das Sie hier vorgelegt haben, ist seit gestern Geschichte, weil Sie gemeinsam die Schuldenbremse in der Landesverfassung beschlossen haben. Das, was dort vorgelegt worden ist, reicht bei Weitem nicht aus, um diese **Schuldenbegrenzung** in den nächsten Jahren einzuhalten. Das wissen Sie auch sehr gut.

Wir müssen für optimale Strukturen sorgen. Ich sage ganz bewusst, das sind wir auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schuldig. Wir sind es ihnen auch schuldig, dass wir heute sachlich miteinander diskutieren und keine Show-Debatte über angebliche Sachen führen, die in der nächsten Woche alle so vorgestellt werden. Ich bin immer sehr erstaunt, was Herr Stegner alles aus der Haushaltsstrukturkommission weiß. Bei uns in die CDU-Fraktion ist weniger kommuniziert worden.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich sage ganz bewusst, auch an dem heutigen Tage angesichts der Demonstrationen, die draußen stattgefunden haben, dass die **Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen** in den vergangenen Jahren durch ihren Einsatz und auch durch ihren Verzicht dazu beigetragen haben, dass das UK S-H gute Ergebnisse erreicht hat.

Im Übrigen freue ich mich darüber, welche Begeisterungsstürme dieses fusionierte UK S-H unter seiner jetzigen Struktur im gesamten Haus plötzlich erreicht. Ich hätte mir gewünscht, dass die Begeisterung in den letzten Jahren, als wir diesen Prozess eingerichtet haben, hier im Haus schon geteilt worden wäre.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das **Ergebnis** in den Jahren **bis 2009** kann sich sehen lassen, und auch im aktuellen Jahr können wir positiv in die Zukunft blicken. Die **Vorgaben** der Landesregierung in Bezug auf die Sanierung sind vom UK S-H in jedem Jahr fast punktgenau eingehalten worden, um das auch noch einmal deutlich zu sagen.

(Zuruf von der SPD: Ja, wunderbar!)

Das **Defizit** beträgt 4 Millionen € im Jahr 2009. Das können Sie auch in allen Berichten lesen. Das wurde auch erreicht durch **Teilprivatisierungen**, die stattgefunden haben. Das wissen Sie. Auch

durch Ausschreibungen sind Kosten gesenkt worden.

Beim **Wäschereiauftrag** sage ich ganz deutlich: Natürlich hätte ich mir gewünscht, dass ein schleswig-holsteinisches Unternehmen an diesen Auftrag kommt.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Aber, Herr Dr. Stegner, wir können doch nicht deshalb Gesetze, auch Vorgaben, die man hat, aushebeln und sagen: Weil uns das Ergebnis nicht passt, arbeiten wir an Gesetzen vorbei. Das funktioniert schlicht und ergreifend nicht, ganz egal, was Sie dazu sagen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das UK S-H hat sich um zusätzliche Patienten bemüht, und es ist ihm auch gelungen, diese Leistung durch Kostenträger finanzieren zu lassen. Angesichts der schwierigen Lage auf dem Gesundheitsmarkt ist das wirklich eine besondere Leistung, die dort gelungen ist. Ich habe mich offen gestanden auch ein wenig über den Berichtsantrag der Grünen gewundert. Das hat der Minister vorhin auch gesagt. Warum kann eigentlich nicht, wenn die Ergebnisse eingehalten werden, auch eine Oppositionsfraktion sagen: Mensch, toll, ihr habt die Ergebnisse eingehalten, und vielleicht berichtet ihr einmal darüber, wie ihr es geschafft habt, in dem Bereich zu solchen Erlössteigerungen zu kommen. Denn das haben Sie ja völlig ausgeblendet.

(Beifall bei CDU und vereinzelt bei der FDP)

Es waren **Erlöse** in Höhe von 670 Millionen € geplant, jetzt haben wir 714 Millionen € erreicht. Man kann sich doch der Logik nicht verschließen: Wenn es gelingt, mehr Aufträge heranzuziehen und mehr medizinische Leistungen anzubieten, führt das notwendigerweise zu höheren Kosten und mehr Personalbedarf. Das muss Ihnen doch völlig klar sein, das kann Sie doch nicht überraschen. Das ist auch, finde ich, vom Ministerium gut begründet worden.

Ich sage aber auch, dass in dem Bericht einige Punkte enthalten sind, die uns haben aufhorchen lassen. Ich finde, wenn man für **Beratungsleistungen** - das ist auch gesagt worden - 3 Millionen € ansetzt und 7,9 Millionen € dabei herauskommen, dann guckt man genau hin. Das finde ich auch völlig in Ordnung. Deswegen hat das Ministerium auch angeboten, im Ausschuss noch einmal etwas detaillierter dazu Auskunft zu geben.

(Daniel Günther)

Aber dass, wenn wir das UK S-H von uns aus auffordern, das Defizit auf null herunterzufahren, ein Vorstand sagt: "Wir brauchen Beratungsleistungen, um das zu erreichen, wir brauchen Beratung, um die Strukturen zu optimieren", das finde ich in Ordnung. Man hat doch dafür auch einen **Aufsichtsrat**, um zu kontrollieren, ob das alle seine Richtigkeit hat.

Die guten Zahlen dürfen unseren Blick auf den Investitionsbedarf des Uni-Klinikums nicht vernebeln. Der bauliche Masterplan sieht mindestens Investitionen von 700 Millionen € in den kommenden Jahren vor. Ich glaube, wir alle wissen, dass selbst in Haushaltsjahren, in denen wir eine vernünftige Einnahmensituation haben, das eine Belastungsgrenze ist, an die wir mit dem Landeshaushalt kommen. Wenn wir auch in den Universitäten in der nächsten Zeit investieren wollen, wo auch viel ansteht, dann muss man sich natürlich fragen, ob sich das Land Schleswig-Holstein das wirklich allein leisten kann. Wir müssen in dieser Situation auch andere Dinge entscheiden. Da gibt es ja auch andere Pläne.

Sie reden hier immer nur über **Privatisierung**, was eine der Möglichkeiten ist. Es gibt aber auch andere Möglichkeiten, gerade was die **Krankenhausversorgung** angeht, zum Beispiel die Möglichkeit, dass das UK S-H, das wirtschaftlich in den vergangenen Jahren gestärkt worden ist, nicht auch aus eigener Kraft einige Investitionen selbst tätigen kann, sodass wir als Land da gar nicht mehr mit einsteigen müssen.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch diese Möglichkeit gibt es in diesem Bereich. Das ist wirklich die entscheidende Frage. Der Minister hat es die 10.000-Dollar-Frage genannt. Ich würde es die 10.000-€-Frage nennen - so viel Vertrauen habe ich in unsere Währung. Wir müssen das hier in der nächsten Zeit beantworten können. Der gut arbeitende Vorstand gibt uns Anlass dazu, mit großem Vertrauen die Arbeit zu begleiten. Wir sollten das Wort "Privatisierung" hier im Haus nicht immer als Teufelszeug bezeichnen.

(Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

- Ich nehme genau das Beispiel der **Uni-Kliniken** in **Gießen und Marburg**. Wer sich das mit unvoreingenommenem Blick anguckt - auch die Veräußerung -, kann nicht umhinkommen, dort in vielen Bereichen von einer Erfolgsgeschichte zu reden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sage ganz bewusst, dass mich das bei Herrn Stegner nicht wundert, der zu jedem Thema sowieso mit den gleichen Sätzen redet. Aber dass auch die Grünen hier zu der Auffassung kommen, Herr Tietze, und hier einfach so in den Raum stellen, was da alles Fürchterliches passiert ist, wundert mich. Gucken Sie sich doch einmal die Zahlen in dem Bereich an! Hier wurde von Arbeitsverdichtung im Pflegebereich gesprochen. Ist Ihnen eigentlich aufgefallen, dass dort seit der Fusion 100 Vollzeitmitarbeiter im Pflegebereich mehr arbeiten als vorher und zusätzlich auch noch einmal 100 Mitarbeiter im Ärztebereich?

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Ich sage Ihnen: Trotzdem ist es gelungen, dass dieses Uni-Klinikum im letzten Jahr einen **Gewinn** ausgewiesen hat. Das zeigt doch, dass auch Private in der Lage sind, ein solches Klinikum erfolgreich zu führen

Gucken Sie sich auch in Schleswig-Holstein nach dieser Verteufelung um! Viele Kreiskrankenhäuser haben private Träger. Die Sana arbeitet hier erfolgreich, auch das Westküstenklinikum, wo Asklepios aktiv ist.

(Detlef Buder [SPD]: Das ist doch nicht wahr! Das Westküstenklinikum ist in öffentlicher Hand!)

- Dann gehen Sie doch einmal zu Sana hin, und gucken Sie sich das an! Es wird erfolgreich gearbeitet. Das sagen auch Ihre Kollegen. Die SPD bei uns im Kreistag unterstützt das, die Grünen übrigens auch.

(Beifall bei der CDU)

Aber Sie sehen, dass wir in einigen Punkten unterschiedlicher Auffassung sind. Dafür ist es hier auch ein Parlament. Dennoch halte ich die Verquickung dieser Diskussion um das UK S-H mit der Diskussion um den **Standort Lübeck** nicht für zielführend. Aber wir können diese Debatte gern im Ausschuss weiterführen. Deshalb stimmen wir dem Antrag auf Überweisung auch zu.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion der FDP hat Frau Abgeordnete Kirstin Funke das Wort.

Kirstin Funke [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die widersprüchlichen Meldungen über das Jahresergebnis 2009 des UK S-H warfen Fragen auf, und ich danke dem Minister für seinen Bericht und die schriftliche Zusage, bei weitergehenden Fragen in den Ausschüssen zur Verfügung zu stehen.

Die hohen **Mehrkosten**, die das **UK S-H** im letzten Jahr zu verzeichnen hatte und die als erste Meldung in den Medien genannt wurden, ergeben sich nach dem Bericht größtenteils aus den **Personalkosten**. So finden sich im Bericht als Einmalausgaben die Rückstellung über den gesamten Zeitraum von Altersteilzeit und Sozialversicherungsbeiträgen und Personalleistungssteigerungen im stationären und im Verwaltungsbereich. Dies sind Mehrausgaben, die zum einen keinen Wiederholungseffekt haben und zum anderen durch die Steigerung der stationären und ambulanten Erlöse zu erklären sind. Dies kann ein Hinweis darauf sein, dass sich diese sogenannte **Kostenexplosion** in diesem Jahr nicht wiederholen wird.

Demgegenüber stehen die hohen zusätzlichen Erlöse aus der vermehrten stationären und ambulanten Behandlung von Schwerkranken im UK S-H, ein Aspekt, der in der Breite der guten Arbeit und den Behandlungsmöglichkeiten zuzuschreiben ist.

Die Forschung und die gute Arbeit in den einzelnen Häusern des UK S-H steigert die Reputation des Landes Schleswig-Holstein in der Bundesrepublik, und beides ist für unser Land von immenser Bedeutung, da dies ein Rohstoff ist, den unser Bundesland zu bieten hat. Vor wenigen Monaten haben wir alle mit Freude gehört, dass mit Professor Dr. Jan Born ein schleswig-holsteinischer Mediziner mit dem Leibniz-Preis ausgezeichnet worden ist. Die Forschung und Lehre bleibt auch weiterhin ein wichtiger und bedeutender Faktor im Land, auf den in Schleswig-Holstein nicht zu verzichten ist.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Auffällig sind aber auch die steigenden Ausgaben für Gutachter. Es wird sich nun zeigen, ob diese Ausgaben durch die Umsetzung der Empfehlungen den Mehrwert bringen, sodass es sich um eine Investition in die Zukunft handeln könnte.

Ausbleiben wird auch zukünftig nicht die Diskussion, inwieweit und in welche Richtung sich das UK S-H weiterentwickeln wird. Hier muss ganz klar gesagt werden: Es stimmt, die derzeitige Situa-

tion ist nicht akzeptabel; der bauliche Masterplan muss dringend umgesetzt werden. Die Finanzierung dieser Maßnahmen gestaltet sich jedoch äußerst schwierig. Ein wichtiger Mosaikstein wird in diesem Zusammenhang zweifellos sein, dass das Defizit des UK S-H zurückgefahren werden muss.

Daher dürfen wir uns keine Denkverbote auferlegen lassen. Wir haben bestimmte Rahmenbedingungen - zu denen zählt natürlich auch die **Vereinbarung**, vor April 2015 keine Entscheidung von erheblicher Tragweite zu fällen, sprich: den **Primärbereich der Krankenversorgung** des UK S-H zu privatisieren.

Ferner haben wir aber auch die Pflicht - sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UK S-H als auch für den Forschungsstandort und das Land Schleswig-Holstein -, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten nach Lösungen zu suchen, die die berechtigten Interessen jeder betroffenen Seite bestmöglich in Einklang bringen. Das heißt auch: Wenn wir uns vor der Prüfung aller Variablen schon darauf festlegen, dass wir uns im Rahmen der rechtlichen Bedingungen noch weitere Grenzen setzen, können wir keine echten Fortschritte erzielen.

Dies nur kurz: Die von der Fraktion DIE LINKE kritisierte **Auftragsvergabe** bei der **Wäscherei** des UK S-H war rechtlich einwandfrei und im Rahmen der notwendigen Kostenersparnis richtig. Daher besteht von unserer Seite auch kein Grund, dieses Vergabeverfahren infrage zu stellen.

Ein Anfang ist gemacht. Die vom Ministerium vorgelegten Zahlen sind vielversprechend und zeigen für das UK S-H eine finanzielle Perspektive auf. Hinzuzufügen bleibt aber, dass dies nur ein erster Schritt sein kann. Wir werden uns sehr genau überlegen müssen, wie wir hier zu einer dauerhaften und tragfähigen Lösung kommen können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist im Vorfeld schon mehrfach erwähnt worden, aber man kann es nicht oft genug betonen: Das UK S-H ist der einzige Träger der medizinischen Maximalversorgung in Schleswig-Holstein.

(Flemming Meyer)

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Eine **Privatisierung** dieses Hauses birgt kaum kalkulierbare **Risiken**, und dahin gehende Überlegungen sind meines Erachtens nicht nur unverantwortlich, sondern grob fahrlässig.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Dies gilt ganz besonders für die spärlichen Informationen aus der **Haushaltsstrukturkommission** zu diesem Thema. Dass Öffentlichkeit und Oppositionsparteien über Umfang und Ziele der geplanten Sparmaßnahmen so lange im Unklaren gelassen werden, ist nach Meinung des SSW bereits ein kaum tragbarer Zustand.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Doch die Tatsache, dass auch die **Mitarbeiter des UK S-H** in ihrem konkreten Fall durch gestreute Privatisierungsgerüchte verunsichert werden und um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen, ist eine absolute Zumutung.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Denn sie sind es, die jahrelang Opfer an Arbeitszeit, Lohneinbußen und Arbeitsqualität erbracht haben. Die Auffassung der SPD, die derartige Gerüchte in ihrem Antrag als Ausdruck der Respektlosigkeit gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des UK S-H bezeichnet, können wir daher uneingeschränkt teilen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Der SSW lehnt eine Privatisierung des einzigen Uni-Klinikums und mit weit über 10.000 Mitarbeitern größten Arbeitgebers in Schleswig-Holstein unverändert ab. Nicht ohne Grund wurde von Experten in der Vergangenheit mehrfach festgestellt, dass das UK S-H im Begriff ist, sich kaputtzusparen - eine Entwicklung, die durch eine Privatisierung wohl kaum aufgehalten werden kann. Anstelle von Investoren mit kurzfristigen, maximalen Renditeerwartungen braucht das Klinikum für seine Zukunftsfähigkeit langfristige Rückendeckung und eine finanzielle Unterstützung durch das Land.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Denn diese Mittel werden nach wie vor benötigt, um die **Infrastruktur** zu verbessern und die **Prozesse** zu optimieren.

Vorstand wie Mitarbeiter sehen im **baulichen Masterplan** als Kern des Sanierungskonzepts den einzig gangbaren Weg, um das UK S-H zukunftsfähig zu gestalten und nicht zuletzt die umfassende medizinische Versorgung der Bevölkerung aus öffentlicher Hand zu sichern.

(Beifall bei der LINKEN)

Nur so kann das **Großklinikum** konkurrenzfähiger werden, und nur auf diesem Weg können die bestehenden strukturellen Probleme gelöst werden. Zur Umsetzung und Absicherung des umfangreichen Masterplans lassen sich sowohl Bundesmittel zum Hochschulausbau als auch öffentlich-private Partnerschaftsmodelle heranziehen.

Fast jedes Bundesland verfügt über ein Großklinikum mit Maximalversorgung in öffentlicher Trägerschaft. Erfahrungen mit einer Situation, in der die vollumfängliche Versorgung ausschließlich von Privaten erbracht wird, existieren kaum. Hierfür gibt es gute Gründe: Eine nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten organisierte Großklinik gewährleistet kaum eine bereichsübergreifende hohe Qualität der Versorgung. Das Profitinteresse des Investors darf nicht darüber entscheiden, ob, wann und wo ein Patient behandelt werden kann.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Hier ist der SSW unverändert einer Meinung mit den Personalräten des UK S-H.

In jedem Fall ist klar, dass ein **privater Investor** einen Gewinn für sein eingebrachtes Kapital erwarten dürfte. Zumindest für die Beschäftigten ist somit eines gewiss: Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Lohnentwicklung lässt sich in diesem Fall nicht erwarten.

In diesem Zusammenhang muss selbstverständlich auch dringend vor dem Verkauf des **Lübecker UK S-H-Standorts** an einen Klinikkonzern gewarnt werden. Denn die Universität Lübeck gerät mit der Gefährdung des dortigen Uni-Klinikums genauso in existenzielle Not.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Mit der Übernahme durch einen privaten Käufer läge letztlich auch die Entscheidung über die **Zukunft des Lübecker Medizinstudiums** - und damit der gesamten Universität in der heutigen Form - in

(Flemming Meyer)

seiner Hand. Der SSW sieht auch hierin ein viel zu hohes und unkalkulierbares Risiko. Die vollumfängliche Versorgung und eine zukunftsfähige Lehre und Forschung kann nur durch den Verbleib in öffentlicher Hand sichergestellt werden.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Rolle der Universität Lübeck bei der zukünftigen Versorgung des Landes mit Medizinern soll auf keinen Fall unterschätzt werden. Gerade in Zeiten, in denen Experten verstärkt vor dem drohenden Ärztemangel warnen und einen Ausbau der Ausbildungskapazitäten fordern, darf die Christian-Albrechts-Universität in Kiel nicht zur einzigen Medizinischen Fakultät werden, die diese Aufgabe wahrnimmt.

Die Universität Lübeck muss daher in öffentlicher Hand bleiben und zumindest über ein Mindestmaß an **Planungssicherheit** verfügen. Dies gilt umso mehr, da die Medizinerausbildung in Lübeck im bundesweiten Ranking immer hervorragend abschneidet und somit ein Aushängeschild des sogenannten Gesundheitsstandorts Schleswig-Holstein ist. Die Landesregierung - und insbesondere der Wissenschaftsminister - muss sich der Verantwortung gegenüber den Menschen und der Wirtschaft bewusst werden und sich auch endlich auch klar zu ihr bekennen.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vor dem Hintergrund der wenigen Informationen, die uns aus der Haushaltsstrukturkommission zum Thema UK S-H erreichen, fällt es schwer, die Vergabepraxis im Fall des **Wäschereiauftrags** nicht auch in diesem Zusammenhang zu sehen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Zwar ist das UK S-H durch **europäische Vergaberichtlinien** dazu gezwungen, den wirtschaftlichsten Anbieter zu beauftragen. Dass billige Produkte aber nicht immer auch die wirtschaftlichsten sind, ist hinlänglich bekannt.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Versorgungssicherheit sollte bei solchen Großaufträgen an erster Stelle stehen, da eine unzuverlässige Versorgung mit Textilien den ganzen Klinikbetrieb lahmlegen kann. Hierzu gehört für uns auch eine angemessene Entlohnung der Men-

schen, die diese Versorgungssicherheit gewährleisten müssen.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ob Einsparungen durch die Vergabe an die Firma Sitex auch eine tatsächliche Kostensenkung für das Land bedeuten, wage ich zu bezweifeln. Die Höhe der Folgekosten für die Integration der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firma Berendsen in den Arbeitsmarkt lässt sich auf jeden Fall kaum noch kalkulieren. Dass die Mitarbeiter der Firma Sitex laut Aussage eines Gewerkschafters von ihrem Lohn "nicht leben und nicht sterben können", ist jedenfalls untragbar.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Natürlich dürfen hier auch die nachweislich gemachten Fehler des **Managements** bei Planung und Controlling nicht unerwähnt bleiben. Wie wir alle wissen, hat es Presseberichten zufolge im vergangenen Jahr unerwartete und hohe Steigerungen im Bereich der Personal-, Material- und vor allem der Beraterkosten gegeben. Der von den Kollegen der Grünen erhobene Vorwurf, dass das verantwortliche Management "offenbar schwerwiegende handwerkliche Fehler" gemacht hat, ist demnach alles andere als aus der Luft gegriffen.

Aus Sicht des SSW ist es sehr bedauerlich, dass die Konsequenz aus den erhöhten Kosten von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des UK S-H getragen werden sollen. Im Rahmen der sogenannten Vakanzenbewirtschaftung werden frei gewordene Stellen nicht zwingend und umgehend nachbesetzt. Dies führt oft zu erheblichen Mehrbelastungen des Personals und ist vor allem im medizinischen und pflegerischen Bereich nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Attraktivere Arbeitsplätze, die von den Personalräten als Antwort auf den schon heute herrschenden Notstand im Pflegebereich dringend gefordert werden, schafft man so sicherlich nicht. Hier sieht der SSW auch die Landesregierung in der Pflicht, auf eine zügige Neubesetzung der frei werdenden Stellen hinzuarbeiten.

Überteuerte **Beraterverträge**, die uns auch heute noch nicht detailliert bekannt sind, und Fehler im **Controlling** führen derzeit eindeutig zur Verschlechterung der Arbeits- und Versorgungsqualität. Dass es auch zukünftig bei den im Bericht erwähnten Einzelfällen bei der Überschreitung der

(Flemming Meyer)

Regelarbeitszeit bleibt, darf zumindest bezweifelt werden. Ähnliches wird man leider auch für die Entwicklung bei den Überlastungsanzeigen des Personals erwarten können.

Der SSW schließt sich den gestellten Forderungen nach einem Erhalt der öffentlichen Trägerschaft für das UK S-H und der Universität Lübeck in vollem Umfang an. Der beschrittene Weg zur Sanierung des Unternehmens muss auf der Grundlage des baulichen Masterplans weitergegangen werden. Die Landesregierung ist hier ebenso mitverantwortlich wie bei der Ausbildung von dringend benötigten Medizinern an der Universität Lübeck. Nicht zuletzt ist sie als Träger auch dem Personal und den Patienten des UK S-H gegenüber verpflichtet, sich für erträgliche Arbeitsbedingungen und eine gute Versorgungsqualität einzusetzen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Den Fraktionen DIE LINKE und FDP steht noch eine Restredezeit von fünf Minuten für DIE LINKE und fünfeinhalb Minuten für die FDP zur Verfügung. Für DIE LINKE erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Ranka Prante das Wort.

Ranka Prante [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister de Jager, ich werde nun auf unseren Berichtsantrag zur Wäscherei eingehen, um Ihnen an einem kleinen Beispiel zu zeigen, wie Sie mit Betrieben in Schleswig-Holstein und deren Mitarbeitern umgehen.

Geiz ist geil. Wer seine Arbeiter am schlechtesten behandelt, der bekommt den Auftrag. Nicht umsonst ist der Wäschereiauftrag für die Notfallversorgung des UK S-H vorerst an Sitex gegangen, eine Wäscherei, die ihren Arbeitern 5 € und ein paar Zerquetschte zahlt. Moralisch gesehen so etwas von verwerflich!

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Noch viel verwerflicher ist es, wenn man sehenden Auges einen Auftrag an eine Firma vergibt, die mit christlichen Scheingewerkschaften zusammenarbeitet. Schon 2008 haben Journalisten von Report Mainz die arbeitnehmerfeindlichen Machenschaften dieser Scheingewerkschaft aufgedeckt. Also ist diese Machenschaft bekannt. So eine Scheinheiligkeit ist für mich einfach nur ekelhaft und hat mit Ih-

ren Parolen wie "Leistung muss sich lohnen" gar nichts, rein gar nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie diese Formeln weiter benutzen, ist das mehr als zynisch. "Leistung muss sich lohnen", wie sehr wollen Sie die arbeitenden Menschen in diesem Land eigentlich noch - mit Verlaub - verarschen, wenn Sie einen Auftrag an Sitex vergeben und dann noch von **Tarifbindung** reden?

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Solche Begriffe bitte hier nicht gebrauchen.

Ranka Prante [DIE LINKE]:

Entschuldigung, es tut mir leid, es kam so.

(Zurufe)

Ab dem 1. Mai übergab das UK S-H die Reinigung der Wäsche an das Unternehmen Sitex, obwohl das **Ausschreibungsverfahren** noch schwebend war. Ich frage mich: Wie ernst nimmt das UK S-H das Ausschreibungsverfahren, kann es sein, dass hinter verschlossener Tür alles schon geregelt war?

Der Aufschrei unseres Mittelstandsbeauftragten, Herrn Arp, blieb leider aus. Da frage ich mich: Wozu haben wir einen Mittelstandsbeauftragten, wenn Betriebe in Schleswig-Holstein bankrottgehen?

(Beifall bei der LINKEN - Johannes Callsen [CDU]: Er hält sich an Recht und Gesetz!)

- Dazu komme ich noch. Ich bin noch nicht fertig mit meiner Rede.

Für mich wirft sich da die Frage auf, ob ein Dienstwagen wichtiger ist als Betriebe bei uns in Schleswig-Holstein.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Frau Prante, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Arp zu?

Ranka Prante [DIE LINKE]:

Nein, jetzt gerade nicht, ich möchte erst einmal weitermachen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist ja schwach! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Herr Arp, es ist unsere Region, und Sie wissen, wie strukturschwach die Region ist, und Sie verschlie-

(Ranka Prante)

ßen Ihre Augen. Da frage ich mich doch schon, warum Sie mit Absicht wegschauen.

Der Auftrag ist nun bei Sitex, die Verantwortlichen beim UK S-H können sich nun die Hände reiben, man hat doch schließlich stolze 1,5 Millionen € eingespart.

Doch schnell wird sich diese Rechnung als Milchmädchenrechnung erweisen, denn die sozialen Folgekosten, die durch die Arbeitslosigkeit der rund 120 Beschäftigten bei Berendsen entstehen werden, werden die eingesparten 1,5 Millionen € bei Weitem übersteigen.

Es muss in Schleswig-Holstein ein **Tariftreuegesetz** für die **Branche der Dienstleistungen** verankert werden. Ein solches Gesetz gibt es bisher nur für den Sektor der öffentlichen Bauaufträge, Beförderung von Schienenpersonennahverkehr und Abfallentsorgungswirtschaft. Die Landesregierung und die **öffentliche Hand** haben bei der Vertragsvergabe eine besondere Verantwortung und Vorbildfunktion. Soziale, ökologische und für den Standort Schleswig-Holstein unterstützende ökonomische Standards müssen äußerste Priorität haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Gehen Sie endlich in die Verantwortung, die diese Landesregierung hat, und schützen Sie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer! Es liegt in Ihrer Hand, ob die Belegschaft von Berendsen bald Arbeitslosengeld II beziehen muss, da die Entscheidung des UK S-H zu 100 % in Ihrer Hand liegt.

Ich möchte noch einmal betonen: Es ist allein Ihre Entscheidung. Ich hoffe, Sie entscheiden sich endlich für die Menschen in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki, hat das Wort.

(Zurufe)

- Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

(Anhaltende Zurufe)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man sollte sich mit wesentlichen Beiträgen beschäftigen und nicht mit den Redebeiträgen der LINKEN.

(Anhaltende Zurufe)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Frau Jansen, das gilt auch für Sie. Ruhe jetzt bitte!

(Anhaltende Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, ich bitte jetzt um angemessene Ruhe.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin, ich möchte die zehn Sekunden, die Sie mir abgezogen haben, wiederhaben; ich konnte noch nicht anfangen.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auf die wirklich bemerkenswerte Rede des amtierenden Oppositionsführers Dr. Stegner eingehen, bei der ich das Gefühl hatte, dass die Lautstärke darüber hinwegtäuschen sollte, dass die Versäumnisse der Vergangenheit von Ihnen zu verantworten sind.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Dr. Stegner, die Haushaltsstrukturkommission ist ein Gremium - übrigens ein sehr vernünftiges Gremium -, das aus den Koalitionsfraktionen unter Beteiligung der Regierung geschaffen worden ist, um die Hinterlassenschaften Ihrer Politik aufzuarbeiten, nämlich mit der Verschuldung des Landes Schleswig-Holstein fertig zu werden. Wir haben gestern eine Schuldenbremse beschlossen, und Sie erwarten selbstverständlich zu Recht, immer wieder angemahnt, die Vorlage des Konzepts. Das kommt jetzt, das haben wir erarbeitet. Das wird offen kommuniziert und anschließend in einem transparenten Verfahren behandelt werden können, mit Vorschlägen - darauf warten wir ja -, mit Alternativvorschlägen, die zu unseren Vorschlägen gemacht werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Das erwarten wir, darüber werden wir dann diskutieren.

Herr Dr. Stegner, die Situation, die Sie bei den Kindertagesstätten oder beim UK S-H beschreiben, ist eine Situation, die nicht von dieser Regierung zu verantworten ist, jedenfalls nicht unter Beteiligung der FDP. Die 800 Millionen € Investitionsstau, die wir hier abarbeiten müssen, sind von

(Wolfgang Kubicki)

Ihrer Regierung zu verantworten, und das müssen wir beseitigen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Situation in den Kindertagesstätten haben Sozialdemokraten zu verantworten, die 21 Jahre lang in diesem Land regiert haben. Die Studie der Bertelsmann-Stiftung rekurriert auf das Jahr 2009. Da war die FDP an der Regierung nicht beteiligt.

Wir müssen also den Müll, den Sie aufgetürmt haben, abtragen. Da erwarten wir konstruktivere Beiträge als die dauernde Wiederholung von Mindestlöhnen, Vermögensteuer und anderem mehr. Wir erwarten konstruktive Beiträge und auch, dass Sie sich zu Ihrer Verantwortung für die Versäumnisse der Vergangenheit bekennen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wenn ich von Ihnen als gestandenem Sozialdemokraten - von den Linken bin ich ja nichts anderes gewöhnt, weil die eh nichts von Wirtschaft verstehen -

(Lachen bei der LINKEN)

immer wieder höre, dass **private Betriebe** ein Ort der Unfreiheit seien, der Verelendung, der Unterdrückung, sage ich Ihnen: Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung arbeitet in privaten Betrieben, und zwar sehr erfolgreich,

(Beifall bei FDP und CDU)

und verdient in privaten Betrieben auch ein erhebliches Einkommen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist selbst unter Ihrem Niveau!)

- Na ja, ich muss mich ja Ihrem Niveau anpassen, Herr Dr. Stegner. Sonst verstehen Sie das ja nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Ich will an einem ganz praktischen Beispiel deutlich machen, wie unter Ihrer Verantwortung beispielsweise im Bereich des öffentlichen Dienstes Lohndrückerei betrieben worden ist. Sie haben das Weihnachtsgeld gestrichen. Sie können uns vorwerfen, dass wir das jetzt nicht wieder einführen. Das können wir momentan nicht wegen der Schuldenregelung, die wir haben. Sie haben nicht die Lohnerhöhungen vorgenommen, die notwendig gewesen wären. Sie haben Tarifsteigerungen schlicht und ergreifend einkassiert mit der Zusage, weitere Beförderungen auszusprechen, beispielsweise bei der Polizei, unter Ihrer Ägide als Innenminister. Daraus ist nichts geworden. Sie haben Leistungen der Be-

schäftigten eingesammelt und nicht zurückgegeben, und da machen Sie uns den Vorwurf, wir seien diejenigen, die zur Verelendung beitrügen.

Herr Dr. Stegner, im Bereich der Finanzverwaltung - übrigens auch unter Ihrer Ägide eingeführt und weiter vorangetrieben - sitzen eine Vielzahl von Personen auf Stellen, für die sie nicht bezahlt werden, und üben Tätigkeiten aus, für die sie nicht bezahlt werden. Wir reden da nicht über wenige, sondern wir reden über mehrere Hundert, die Funktionen ausüben, für die sie nicht bezahlt werden, auf Stellen, die eigentlich höher dotiert sind. Und da kommen Sie und reden von Lohndrückerei und davon, dass im öffentlichen Bereich alles besser sei. Das wüsste ich aber, Dr. Stegner!

Bei den Behauptungen, die Sie zur Privatisierung aufstellen - ich habe das dem Kollegen Tietze schon gezeigt -, sollten Sie vielleicht einmal über Ihre eigenen Vorurteile hinwegspringen und die Ergebnisse zur Kenntnis nehmen. Ich empfehle den Artikel in der "FAZ.NET" von heute, der sich mit den Ergebnissen des Klinikums Gießen und Marburg beschäftigt. Es heißt dort:

"Der Verkauf von Uni-Kliniken löst immer wieder Emotionen aus. Obwohl die Erfahrungen positiv sind ... Die Privatisierung in Hessen wurde von einer emotional geführten Debatte begleitet. Der Marburger SPD-Landtagsabgeordnete und Arzt Thomas Spies behauptete damals: "Privatisierung tötet.'... Schon im ersten Jahr nach der Privatisierung, 2006, sank das Defizit in Gießen-Marburg unter Führung von Rhön auf 5,6 Millionen €. 2009 setzte das Klinikum 500,8 Millionen € um und trug mit einem Gewinn von 4,8 Millionen € zum ersten Mal mit einem nennenswerten Betrag zum Überschuss des Klinikkonzerns bei.

Ohne Privatisierung hätte das Überleben des Klinikums infrage gestanden, weil das Land unter der rot-grünen Vorgängerregierung Kochs nicht mehr hinreichend in den Standort investiert hatte."

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von SPD und der LINKEN)

Vergleichbare Situation! - Frau Jansen, keiner der Beschäftigten verdient weniger als vorher. Niemand verdient weniger als vorher.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Ausgaben in Forschung und Lehre gesenkt! Wunderbar!)

(Wolfgang Kubicki)

- Man sollte sich vielleicht doch einmal mit den Fakten beschäftigen und nicht immer mit falschen Argumenten kommen.

"Die Zahl der Mitarbeiter ist seit der Privatisierung um etwa 1.000 auf etwa 8.500 gesunken. Dadurch wurden Mittel für neue qualifizierte Kräfte frei."

Es handelt sich nämlich um die Mitarbeiter, die aufgrund der neuen baulichen Veränderung nicht mehr notwendig waren, um Krankentransporte auszuführen

"Die Zahl der Ärzte stieg seit der Übernahme durch Rhön um 7 %, die der Pflegenden um 5 % und die der stationär behandelten Patienten um 10 % auf 86.600 im Jahr 2009."

Ich sage Ihnen: Wir erwarten ja Vorschläge von Ihnen, Herr Dr. Stegner, wie Sie den Investitionsstau auflösen wollen. Lösen wir den nämlich nicht auf, geht das Uni-Klinikum Schleswig-Holstein einen bitter schweren Gang. Dann kann die Patientenversorgung nicht ordentlich sichergestellt werden, und es wird auch nicht mehr genügend Patienten geben, die sich dort einweisen lassen, weil sie in anderen privaten Kliniken im Zweifel besser versorgt werden. Genau das wollen wir verhindern.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Wer kann sich das leisten?)

Wir wollen für die **Mitarbeiter** Beschäftigung sichern, wir wollen eine hoch qualifizierte medizinische Betreuung sichern, und wir wollen, dass der Investitionsstau aufgelöst wird, den Sie zu verantworten haben. Die Situation des Klinikums ist so, weil Sie versagt haben, Herr Dr. Stegner. Herzlichen Dank!

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Habeck zu?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich lasse ich eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Habeck zu.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kubicki, können Sie erklären, welcher Teil des Investitionsstaus in Marburg-Gießen für Lehre und Forschung aufgelöst wurde, welcher für die medizinische Betreuung, und wie es in Schleswig-Holstein ist?

- Herr Dr. Habeck, das könnte ich Ihnen erklären. Ich empfehle Ihnen aber, dass Sie das Gutachten des Wissenschaftsrats zu dieser Frage abwarten, der - wie ich gehört habe - zu einem sehr positiven Ergebnis kommt.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Es gibt eine weitere Frage von Herrn Heinemann dazu.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ja.

Bernd Heinemann [SPD]: Herr Abgeordneter Kubicki, wissen Sie erstens, wie viele Einbrüche es im Bereich der Lehrstühle bereits gibt? Haben Sie sich zweitens selbst zugehört, als Sie gesagt haben, dass die Zahl der Patienten steigt und gleichzeitig die Zahl der Pflegenden nicht so stark steigt wie die Zahl der Patienten? Haben Sie einmal das Verhältnis pro Patient umgerechnet? Wissen Sie, was das für den einzelnen Patienten weniger an Pflege bedeutet? Ihre eigenen Zahlen, Ihre eigenen Worte. Ich würde von Ihnen gern wissen, ob Sie mitgedacht haben bei dem, was Sie gesagt haben.

- Zunächst einmal habe ich über Einbrüche bei Lehrstühlen weder geredet, noch sind mir Einbrüche bei Lehrstühlen bekannt, da haben Sie vielleicht andere Informationen - abgesehen davon, dass ich nicht weiß, was Sie mit Einbrüchen bei Lehrstühlen meinen; ich versuche, das nachzuvollziehen.

Vielleicht mag es auch Ihnen einleuchten, dass man bei einer **Veränderung von Organisationsabläufen** - es gibt ja einige, die Organisationsberatung machen - mit weniger Personal mehr Qualität anbieten kann. Sie müssen nur Organisationsabläufe verändern.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Sie haben noch eine halbe Minute.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Wenn ich Ihre Argumentation richtig verstehe, dann ist eine optimale Pflege die, dass jeden Tag acht Stunden am Bett eines zu Pflegenden eine Pflegeperson sitzt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Begrüßen Sie bitte mit mir auf der Tribüne die Schülerinnen und Schüler der Klaus-Groth-Schule aus Neumünster. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat sich der Herr Abgeordnete Jürgen Weber gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde sehr gern ein paar Worte zu dem Beitrag des Kollegen Günther sagen, der sich immerhin mit dem UK S-H befasst hat. Herr Kollege Günther, Sie haben gesagt, wir seien ein Parlament, und wir sollten unsere Meinungen austauschen. Das wollen wir auch gern tun.

Der erste Punkt war die Frage, warum wir nicht dafür seien, **Strukturen** zu überprüfen. Herr Günther, natürlich sind wir dafür, Strukturen zu überprüfen. Wissen Sie eigentlich, was in diesem UK S-H seit Jahren passiert? Wissen Sie, wie viele Gutachter und wie viele Sanierer in den letzten Jahren für wie viele Millionen von Beiträgen dort begutachtet und Strukturen durchaus mit positiven und erfolgreichen Abschlüssen überprüft haben?

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Anders als andere stehe ich nicht an zu sagen, dass auch die Arbeit, die Herr Schleifer als ein Bestandteil von Sanierung dort gemacht hat, positive Ergebnisse gezeitigt hat. Es ist also nicht das Problem der Strukturüberprüfung. Wogegen wir uns wenden, ist, dass in dieser Situation Strukturen zerschlagen werden sollen. Das ist unser Problem.

Zweiter Punkt. Sie haben sehr kryptische Anmerkungen zum Thema **Fusion** gemacht nach dem Motto: Jetzt reden alle vom gemeinsamen Klinikum, früher seien wir nicht dafür gewesen. Ich will deutlich sagen: Ich habe Sie so verstanden, dass die CDU-Fraktion ohne Frage zur Fusion steht und weiterhin eine Fusion des Klinikums haben will. Wenn dem so ist, nehme ich das als positive Botschaft auf. Ihr Koalitionspartner war derjenige, der von Beginn an in diesem Landtag immer gegen die Fusion argumentiert hat

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

und mehr als einmal gegen die Fusion eingetreten ist. Wenn die Union das anders sieht, nehme ich das

als positives Zeichen. Ich meine, Sie so verstanden zu haben.

Dritte Anmerkung: **Privatisierung**. Wir müssen gar keinen Popanz aufbauen. Auch privates Kapital ist im Bereich des Klinikums erforderlich. Das haben wir alles schon. Wir haben private Beteiligungen in der **Service GmbH**, wir haben Managementverträge. Wir haben Konzepte für **Öffentlich-Private Partnerschaft**, die wir auch brauchen. Das ist komplett unumstritten. Was wir nicht wollen, ist ein Ausverkauf, ein Abverkauf des gesamten Klinikums, der sämtliche Strukturen infrage stellt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vierter Punkt - das ist der, über den wir eigentlich streiten müssen. Die Frage ist nämlich, wie künftig der bauliche Masterplan finanziert werden soll. Das ist der eigentliche Punkt. Sonst würde bei den Regierungsfraktionen wahrscheinlich nicht einmal über Privatisierung nachgedacht. Auch in der Großen Koalition haben wir dieses Thema bewegt. Da will ich Ihnen deutlich sagen: Natürlich gibt es einen erheblichen Investitionsstau. Den abzubauen ist die Voraussetzung dafür, dass dieses Klinikum vernünftig arbeiten kann. Das ist auch eine Frage der Rechtsform. Die Frage ist, wie man Kapital gewinnt. Die Frage ist aber nicht, ob man Eigentümer wechselt. Das ist nicht der Ansatzpunkt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen in den wenigen Sekunden, die ich jetzt habe, noch einmal deutlich machen: Wir haben das im letzten Jahr in der Großen Koalition beschlossen. Da stand das Thema **Schuldenbremse** schon längst auf der Tagesordnung und war auf den Weg gebracht. Tun Sie nicht so, als sei durch das, was wir gestern hier im Landtag beschlossen haben, die Frage der Finanzierung des Masterplans ein völlig neues Thema. Das ist nicht von vorgestern oder von vorvorgestern. Wir haben es gemeinsam im letzten Jahr beschlossen. Es wäre schön, wenn auch die Union dabei bliebe.

(Beifall bei der SPD)

Letzter Satz: Gießen-Marburg. Ich will dazu nur Folgendes sagen: Natürlich muss man abwarten, was der **Wissenschaftsrat** sagt. Ich will Ihnen aber sagen: Der **Betreuungsschlüssel** an den Betten für die **Medizinerausbildung** ist schon jetzt hart an der Grenze dessen, was die Approbationsordnung rechtlich zulässt. Die Hessen können es sich vielleicht erlauben, in Gießen-Marburg die Exzellenz

(Jürgen Weber)

herunterzufahren. Die haben noch andere Universitätskliniken in Hessen. Die haben noch andere Medizinische Fakultäten. Das haben wir nicht. Wenn wir diesen Weg gehen, bauen wir Exzellenz ab. Das kann ernsthaft niemand wollen.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Dr. Marret Bohn von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Uni-Klinikum Gießen-Marburg wird hier immer wieder genannt. Es wurde im Jahr 2006 an die RHÖN-KLINIKUM AG verkauft. Finanzexperten freuen sich über die schwarze Null, die dort geschrieben wird. Ich schildere Ihnen jetzt, wie sich das auf die medizinische Versorgung ausgewirkt hat. Zitat eines niedergelassenen Kollegen vor Ort:

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

"Die Qualität der Patientenversorgung ist seit der Privatisierung erheblich schlechter geworden. Die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte aus der Region beschweren sich öffentlich über eine schlechtere Qualität der Patientenversorgung. Oberärzte der Kinderklinik beschweren sich in einem Offenen Brief über eine deutliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auf der Kinderintensivstation. Innerhalb von wenigen Jahren haben 18 Fachärztinnen und Fachärzte und Ärztinnen und Ärzte in der Weiterbildung gekündigt. Sie alle mussten durch Assistenzärztinnen und -ärzte ohne Berufserfahrung ersetzt werden."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe lange auf einer Intensivstation gearbeitet. Nachts um halb drei gehören allein keine Anfänger auf die Intensivstation.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Das sind die Zeit und der Ort für erfahrene Ärztinnen und Ärzte.

Auf der Intensivstation der Kinderklinik ging es um die kleinsten Patienten des privaten Uni-Klinikums, Frühgeborene mit komplexen Fehlbildungen, krebskranke Kinder, junge Diabetiker. Das ist alles nicht rentabel.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ist das in der Uni-Klinik Kiel anders?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hinter der betriebswirtschaftlichen schwarzen Null in diesem Krankenhaus steckt ein tiefrotes medizinisches Minus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

An allererster Stelle kommt die Qualität der Versorgung und dann die Wirtschaftlichkeit. Wirtschaftlichkeit ja, aber Benchmarking und Shareholder Value gehören nicht in eine Uni-Klinik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir Grüne wollen, dass die Qualität der medizinischen Versorgung in Schleswig-Holsteins einzigem Haus mit **Maximalversorgung** erhalten bleibt.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Frau Dr. Bohn, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki zu?

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Im Moment nicht, Entschuldigung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist aber schade! - Weiterer Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich versuche gerade, über Qualität zu sprechen. Ich dachte, das wäre deutlich geworden. Vielleicht ist es das aber auch nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinter dem Betriff **Maximalversorgung** verbirgt sich kein Luxus. In vielen Krankenhäusern in Schleswig-Holstein wird gute Medizin betrieben. Das Uni-Klinikum müssen Sie sich wie einen Airbag vorstellen. Im Notfall machen andere Kliniken eine Vollbremsung und die Patientenversorgung wird vom Airbag Uni-Klinikum übernommen. Das bedeutet Maximalversorgung. Wir Grüne wollen, dass Schleswig-Holstein ein Bundesland mit einem Airbag und einer Uni-Klinik für alle Patientinnen und Patienten bleibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und SSW)

Wir Grüne sind dafür, im Rahmen der Enquetekommission unter Beteiligung der Mitarbeiterschaft (Dr. Marret Bohn)

Möglichkeiten der strategischen Zusammenarbeit mit dem Uni-Klinikum Eppendorf in Hamburg zu überprüfen. Wir halten eine "Gesamtstrategie nachhaltige öffentliche Daseinsvorsorge" vom UK S-H im 5K-Verbund mit den fünf Krankenhäusern für denkbar. Aber auch so eine Strategie muss gemeinsam entwickelt werden.

Ich fordere die Landesregierung auf: Halten Sie sich an den gültigen Vertrag. Der läuft bis 2015. Die Zeit bis dahin können wir nutzen. Alles andere wäre für das Gesundheitswesen, für Wissenschaft und für Forschung ein falsches Signal für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt beim SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Daniel Günther für einen Dreiminutenbeitrag das Wort.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal zum Kollegen Weber: Ich habe hier eben für die CDU-Fraktion gesprochen. Deshalb habe ich auch für die CDU-Fraktion deutlich gemacht, dass wir zu dieser **Fusion** stehen. Wir sehen auch bei allen Ergebnissen, die das UK S-H vorlegt, dass diese Fusion wirklich sehr, sehr viele Erfolge gebracht hat. Deshalb finde ich es gut, dass hier im Haus auch übergreifend erkannt wird, dass dieser damals eingeleitete Prozess richtig war.

Das Zweite ist: Ich finde, Sie haben eben gut dokumentiert - vielleicht hätten Sie das weniger dem Parlament, sondern mehr Ihrem Nebenmann im persönlichen Gespräch erläutern sollen -, dass **Privatisierung** in einigen Bereichen auch durchaus Erfolge bringt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Dr. Stegner, Sie haben in Ihrer Rede wieder den Eindruck erweckt, wenn Private Aufträge übernehmen, sei das Teufelszeug, und wir im Landtag müssten das geschlossen ablehnen.

(Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Weber hat eben deutlich gemacht, dass es in einigen Bereichen natürlich positive Ergebnisse gibt, dass Private eben vieles auch gut können. Herr Weber, ich bin Ihnen dafür auch dankbar, dass Sie das so dargestellt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Das Dritte ist: Auch wenn wir hier über das UK S-H sprechen, möchte ich doch noch einmal weil Sie hier Drohkulissen aufbauen - ein Wort zum Uni-Klinikum Gießen-Marburg sagen. Ich habe mich sehr genau damit beschäftigt. Vorhin sind die Zahlen von Herrn Kubicki in Zweifel gezogen worden, der gesagt hat: 4 % mehr Personal im Pflegebereich, 7 % mehr im ärztlichen Bereich, aber 10 % mehr Patienten. Wissen Sie, wie die das gemacht haben? - Die haben gleich, als sie dort die Federführung übernommen haben, ein völlig **neues** Konzept zur Patientenbetreuung umgesetzt. Sie haben die gesamten Ablaufprozesse nicht aus Sicht des Klinikums organisiert, sondern gefragt, wie es am optimalsten für den Patienten in der Betreuung ist, wie man die Wege für ihn kürzen kann. So haben sie die einzelnen Bereiche auch aufgebaut. Es sind genau solche Managemententscheidungen, die durchgesetzt werden, die zu Einsparungen führen können. Das läuft nicht auf Kosten der medizinischen Qualität. Das wollte ich an der Stelle auch noch einmal deutlich feststellen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Christian von Boetticher das Wort.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht verwunderlich, dass ich die Worte des Kollegen Weber mehr schätze als die des Kollegen Stegner, weil sie in der Regel etwas sachorientierter sind als das, was wir von dem sogenannten Oppositionsführer hören.

Herr Stegner, Sie erinnern sich vielleicht noch dunkel an das Jahr 2004. Das ist noch nicht so furchtbar lange her, dass man sich daran nicht mehr erinnern könnte. Damals sind unter Ihrer Führung als Finanzminister die **Landeskliniken privatisiert** worden. Wenn ich heute Ihre Worte hier höre, haben Sie damals die Kliniken der Meute der Privaten zum Fraß vorgeworfen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das ist Ihr Duktus, den Sie hier heute benutzen - in Zusammenarbeit mit Handlungen, die Sie selber als Finanzminister im Jahr 2004 vorgenommen haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Dr. Christian von Boetticher)

Ich finde, angesichts dieser Tatsache sollte man zu einer etwas rationaleren Debatte neigen, als Sie das getan haben. Ich werde das tun.

Wir stehen heute vor einer Herausforderung, die nicht erst seit der Schuldenbremse besteht - da ist ja richtig -, sondern wir wissen, dass wir mit dem **Masterplan** auch einen hohen Landesanteil zu erbringen haben. Wir haben einen Plan mit einer Zielvorgabe, die wir gemeinsam hier auch vereinbart haben. Jetzt müssen wir überlegen, wie wir das hinkriegen.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Gern.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Kubicki, können Sie für Ihre Fraktion - -

(Heiterkeit)

- Nein, so weit ist es noch nicht.
 - Entschuldigung, das war nicht persönlich gemeint. Ich nehme die Namensverwechslung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Buder [SPD])

Können Sie als Jurist für Ihre Fraktion erklären, Herr von Boetticher - der 31. März 2015 ist eine klare Regelung; vor diesem Termin kann nicht verkauft werden -, wie Sie den Masterplan umsetzen wollen? Wie wollen Sie in der Zwischenzeit diese 700 Millionen € organisieren, oder wollen Sie gar nichts machen, sodass es noch weiter heruntergewirtschaftet wird? Das wollte ich noch einmal fragen.

- Ich finde es nett, dass Sie mich heute fragen. Sie wissen aber genau, dass Sie die Antwort Anfang nächster Woche bekommen werden, wenn wir nämlich unsere Konzepte und unsere Aufträge an die Landesregierung dazu vorstellen werden. Ich muss Sie einfach um diese Geduld bitten, das gilt für jeden anderen auch.

(Serpil Midyatli [SPD]: Dann können wir ja nach Hause gehen!)

Ich sage Ihnen aber ganz deutlich: Ein verantwortliches Ministerium muss natürlich verschiedene Optionen abklären, welche Möglichkeiten wir haben, das sind die juristischen, das sind aber unter der gegebenen **Haushaltslage** auch haushaltspolitische.

Das ist auch etwas, was es in diesem Land immer gegeben hat. Deshalb habe ich eben den Hinweis auf das Jahr 2004 gemacht. Man hat immer gefragt: Was können wir uns in diesem Land leisten? Darauf musste ein Finanzminister - im Übrigen auch im Jahr 2004 - gucken. Was können wir uns leisten?

Ich sage Ihnen noch einmal: Wir hätten diese Debatte heute in diesem Haus nicht, weil unsere Ziele ähnlich sind, wenn wir nicht im Jahr 2005 bei der Regierungsübernahme einen **Investitionsstau** von 700 Millionen € festgestellt hätten.

(Zurufe von der SPD)

Unter dem leiden wir heute.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe noch keine Antwort!)

- Doch. Das ist eine Antwort, dass Sie die Ergebnisse und die Aufträge an die Regierung am Dienstag erfahren.

Wir haben diesen **Sanierungsstau** gefunden, der nun einmal daraus entsteht, wenn man 17 Jahre lang bei diesen Strukturen, die man heute so hoch wertschätzt - Frau Bohn, von denen Sie gesagt haben, wie wichtig sie sind; aber auch die Grünen waren damals daran beteiligt - genau diese Investitionen über eineinhalb Jahrzehnte nicht tätigt. Genau das müssen wir heute abarbeiten. Genau dieser Herausforderung stellen wir uns. Wir stellen uns dieser Herausforderung sehr bewusst und sehr angemessen. Herr Stegner, das wäre eigentlich angesichts Ihrer eigenen Geschichte Anlass für ein bisschen mehr Demut vor dem, was Sie selber einmal in diesem Landtag auf der Regierungsbank mitgetragen haben. Das wäre eigentlich angebracht gewesen. Aber ich erwarte das gar nicht mehr von Ihnen, denn so kennen wir Sie.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es würde einen reizen, eine halbe Stunde etwas zu sagen. Ich will aber - ohne dass ich dafür Beifall haben möchte - drei Punkte nennen, die mir nach dieser Debatte wichtig sind.

Erstens. Es ist ein kleiner Unterschied, ob manche Stellen besser dotiert sein könnten - auch im öffentlichen Dienst, das mag sein - oder ob ich möglicherweise Menschen für 6,50 € die Stunde arbeiten lasse. Das ist für mich ein ganz klarer Unterschied in der Debatte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Wenn ich mir vorstelle, dass Menschen in der Pflege heutzutage von 8,52 € die Stunde leben müssen, und was sie dafür leisten müssen, dann möchte ich doch darum bitten, hier etwas mehr zu differenzieren

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Zweitens. Man kann ja alles so oder so sehen, aber die Kollegin Dr. Bohn hat für mich völlig zutreffend dargestellt, dass wir im Gesundheitswesen schon heute - wir haben überall einen hohen Arbeitsdruck - einen unerträglich hohen Arbeitsdruck haben. Bei der Art und Weise, wie hier Ärzte und Pflegepersonal zum Teil in Anspruch genommen werden, müssen wir uns alle genau überlegen, dass wir uns hier über Menschen unterhalten, die behandelt werden müssen, und über Menschen, die das leisten müssen.

(Beifall)

Wer von diesem Thema ein bisschen Ahnung hat, das kennt und erlebt, was Menschen im **Bereitschaftsdienst** über 24 Stunden leisten und wie sie sich engagieren müssen, der weiß, dass die Kollegin Recht hat, dass man dort nicht von der Uni kommende Ärzte nachts um halb drei Uhr auf der Intensivstation einsetzen kann.

Wir müssen immer bedenken, dass wir uns hier über Menschen unterhalten. Darüber müssen wir uns sehr, sehr viele Gedanken machen. Ich werde mir darüber Gedanken machen, wenn ich die Vorschläge gehört habe.

(Vereinzelter Beifall)

Drittens. In den 80er-Jahren war ich ehrenamtlicher Ausschussvorsitzender beim Kreiskrankenhaus in Preetz. Es wies 1 Million D-Mark Minus aus. Es wurden Vorschläge gemacht. Der erste Vorschlag war: Die Arbeitskräfte aus der Küche und im Bereich der Reinigung sollten freigesetzt werden. Ich habe mich mit Engagement dagegengestellt. Das Krankenhaus arbeitet jetzt inzwischen nach 25 Jahren wirtschaftlich und sogar gewinnbringend.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich weiß, dass man die Uni-Klinik nicht mit einer kleinen Klinik vergleichen kann, aber der Ansatz, zunächst einmal nur Dienstleistung der kleinen Servicekräfte zu privatisieren, erfordert auch, darüber nachzudenken, ob das wirklich der alleinige Weg ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Wenn ich mir vorstelle, was die Menschen dort zum Teil leisten müssen, wie wenig Geld sie dafür verdienen und dass sie doch oftmals eine menschliche Stütze der Patienten sind, sage ich: Ich bin nach wie vor - "stolz" will ich nach der gestrigen Debatte nicht sagen - zufrieden damit, vor 25 Jahren gegen das, was meine Parteifreunde damals teilweise auch nicht wollten, dieses mit durchgesetzt zu haben. Noch heute arbeitet das Krankenhaus wirtschaftlich.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich vier kurze Anmerkungen machen. Erstens. Es ist richtig, dass wir die Privatisierung mit den Fachkliniken durchgeführt haben. Im Übrigen gehöre ich durchaus zu denjenigen, die selbstkritische Anmerkungen zu der Frage, ob das in jedem Punkt richtig gewesen ist, hier auch schon gemacht haben. Ich habe kritisiert, dass es neben der **Beseitigung des Investitionsstaus** eben auch dazu geführt hat, dass eine Abteilung ausgegliedert wurde und die Mitarbeiter dort deutlich schlechter bezahlt werden, obwohl sie die gleiche Arbeit verrichten wie alle anderen auch. Das habe ich gegenüber der Geschäftsleitung kritisiert, das habe ich öffentlich kritisiert, und dabei bleibe ich auch hier.

Sie wollen aber nicht ernsthaft diesen Bereich der Fachkliniken mit dem großen Uni-Klinikum

Schleswig-Holstein vergleichen, dem einzigen Ort der Maximalversorgung, den wir in Schleswig-Holstein haben. Ich finde es schon schwierig, dass Sie nach dem sehr ernsten Beitrag der Kollegin Bohn beklatschen, was hier gesagt wird zum Thema, welche Ansprüche man habe, aber nicht zur Kenntnis nehmen, dass das genau die Konsequenz in Marburg-Gießen gewesen ist. Das hat sie hier nämlich vorgetragen. Das dann auch noch zu beklatschen, ist wirklich purer Hohn.

Zweitens. Ich erinnere daran: Die Frage der Wirtschaftlichkeit, auch für den Zuschuss, ist viel weniger dieser Erlös als die Tatsache, dass man jährlich mehr hat. Ich erinnere daran, dass es die sozialdemokratische Gesundheitsministerin Gitta Trauernicht gewesen ist - obwohl Sie immer gesagt haben, das schaffen die nie -, die den Basisfallwert durchgesetzt hat, der 2013 auch bundesweit kommt. Das ist viel wichtiger. Sie hat das für Schleswig-Holstein betrieben. Sie haben immer gesagt: Das kriegen Sie nie hin. Das sage ich an dieser Stelle einmal ganz deutlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Herr Kollege von Boetticher, was ist das eigentlich für ein Verfahren? Wie viel Respekt haben Sie eigentlich als Parlamentarier? Sie werden hier im Landtag etwas gefragt und Sie sagen: Tut mir leid, im Landtag gebe ich keine Auskunft. Ihr Nebenmann aber gibt Interviews in der Republik. Ja, bemerkenswerte Interviews geben Sie in der letzten Zeit und stellen in der Öffentlichkeit dar, dass es vermutlich alles so kommt, wie vermutet. Und Sie stellen sich hier in diesem Parlament, dem Organ der höchsten Willensbildung hin, und sagen, dem sage ich das nicht. Das ist respektlos, Herr Kollege von Boetticher. Das können wir uns nicht gefallen lassen. So geht das nicht. Sie werden sich hier schon dem zu stellen und das zu verantworten haben

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie hier den Kahlschlag anrichten, dann glauben Sie bloß nicht, dass Sie damit davonkommen, dass Sie das per Interviews abarbeiten, wie es Ihr Nachbar neuerdings tut. Wir werden Wert darauf legen, dass Sie sich für das, was Sie tun, mit allen Konsequenzen verantworten. Sie müssen dann auch hinnehmen, dass Ihnen die Folgen vorgehalten werden, wie es die Kollegin Bohn hier getan hat.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rainer Wiegard zu?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Mit dem größten Vergnügen.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Sie können die Regierung befragen, aber nicht mich! Sie kennen nicht die Geschäftsordnung!)

Rainer Wiegard [CDU]: Herr Stegner, würden Sie dann bitte die Frage beantworten, wie Sie die fast 1 Milliarde € für die Aufhebung des Sanierungsstaus aufbringen wollen?

- Sehr geehrter Herr Abgeordneter Wiegard, ich darf Ihnen sagen, dass wir hier gestern in der Debatte gesagt haben - die Kollegin Herdejürgen und ich; und ich erinnere mich auch daran, dass die Kollegin Heinold das auch gesagt hat -, dass wir die Frage, wie wir die Anforderungen der Schuldenbremse erfüllen, die wir zwar gestern beschlossen haben, seit dem Beschluss der Föderalismuskommission diskutieren. Das war vor dem Beschluss über den Masterplan. Das ist eben nicht allein mit Ausgabenkürzungen getan, schon gar nicht mit Privatisierung.

(Unruhe bei der CDU)

Wir brauchen einen Mix aus Einnahmeverbesserungen, aus Strukturveränderungen und aus vielen anderen Dingen mehr. Das ist im Gegensatz zu Ihnen unsere Position.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Sie glauben immer, wenn Sie nur den Rasenmäher anwerfen und alles privatisieren, was nicht nietund nagelfest ist, dass Sie das dann hinkriegen. Das ist nicht unsere Auffassung.

(Unruhe bei der CDU - Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Sie können noch nicht einmal die Frage beantworten!)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Dr. Stegner, lassen Sie eine Nachfrage zu?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Aber bitte, die klugen Fragen höre ich gern. Weiter.

Rainer Wiegard [CDU]: Herr Abgeordneter, ich warte nur auf die klugen Antworten.

Meine Frage ist, im Anschluss an Ihre Antwort von eben: Wenn Sie allein für die Sanierung des UK S-H etwa 1 Milliarde € brauchen, welche Steuer würde Sie dann allein für diesen Zweck um 1 Milliarde € erhöhen -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: In Schleswig-Holstein!)

nur für Schleswig-Holstein?

- Ich kenne Sie ja ein paar Jahre auch als Kollege. Ich weiß sehr genau, dass Sie intelligenter sind, als es diese Frage hier verrät.

(Zurufe von der CDU und FDP: Oh!)

Sie wissen ganz genau, dass es nicht die Frage einer einzelnen Steuer ist, wenn man über einen solchen Punkt redet. Wir reden hier über einen Mix von Maßnahmen, die erforderlich sind. Herr Wiegard, ich erinnere Sie noch einmal daran, dass Sie schon Finanzminister gewesen sind. Die Föderalismuskommission hatte schon entschieden, was kommt, als hier der Masterplan von der Regierung mitgetragen und im Landtag beschlossen worden ist. Also, was soll diese Frage? Fragen Sie sich das doch einmal selber. Kommen Sie doch nicht mit dem Argument, das sei jetzt neu. Das ist überhaupt nicht der Fall. Gucken Sie einmal in den Kalender.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Das ist die Antwort darauf.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das reicht! - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Das war blamabel genug!)

Rainer Wiegard [CDU]: Darf ich eine weitere Ergänzungsfrage stellen? - Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sind wir uns einig, dass die Sanierung erforderlich ist. Das wird ja wohl allgemein mit dem Wort Masterplan beschrieben. Es ist nur völlig unklar, woher das Land das Geld nehmen soll. Deshalb muss man andere Nutzer suchen, die bereit sind, diesen Masterplan umzusetzen, damit das Klinikum eine Zukunft hat.

- Herr Kollege Wiegard, da haben Sie mich völlig missverstanden. Ich war der Auffassung, dass, wenn der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein dem Masterplan zustimmt, was er im letzten Jahr getan hat, er dann auch eine Vorstellung davon hat, wie das finanziert werden soll. Das war in der Tat meine Auffassung. Sie zeigen uns hier, dass das offenkundig nicht Ihre Position gewesen ist. Wenn das der Punkt ist, muss ich sagen, es ist schade, dass Sie nicht sorgfältig arbeiten.

(Unruhe bei CDU und FDP - Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Das ist schon dreist!)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Kollegen Werner Kalinka sehr dankbar, dass er den Fokus in dieser Debatte auf die Betroffenen gelenkt hat. Ich hätte mich gefreut, wenn noch mehr Debattenbeiträge in diese Richtung gegangen wären. Was nicht ist, kann ja noch werden. Schließlich reden wir über Menschen, die für nicht allzu viel Lohn schwere Dienste leisten.

Mit dem Kollegen Daniel Günther verbindet mich ja, dass wir aus dem Kreis kommen, in dem es Krankenhäuser gibt, die erfolgreich arbeiten, die erfolgreiche Bilanzen vorlegen, die als gGmbHs geführt werden, in denen die Mitarbeiter nach wie vor wie im öffentlichen Dienst bezahlt werden und wo nur eine Sache privatisiert worden ist, nämlich das Management.

Das hat zum Erfolg beigetragen. Daran, dass auch Sozialdemokraten dieses Modell mitgetragen haben, können Sie erkennen, dass wir nicht aus ideologischen Gründen gegen Privatisierungen sind.

Ich bin für den Beitrag des Kollegen Kalinka dankbar. Warum muss der Druck immer auf Verpflegungskräfte, Reinigungsdienste, Schwesternschülerinnen und ausgeübt werden? Sie haben am wenigsten Lohn und können am wenigsten in irgendeiner Weise zum wirtschaftlichen Erfolg eines Krankenhauses beitragen, weil sie nur ganz wenig verdienen.

Es lohnt sich durchaus, über solche Modelle nachzudenken. Das würde ich auch allen Kolleginnen und Kollegen, die sich damit beschäftigen, für die Zukunft empfehlen. Das Management sollte privatisiert werden. Die Leute, die hart arbeiten und nicht so viel Geld verdienen, sollten in öffentlichen Tarifverträgen bleiben. Das hat durchaus Vorteile.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Bernstein zu?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Das wäre jetzt mehr eine Endfrage, aber nur zu.

(Dr. Kai Dolgner)

Dr. Axel Bernstein [CDU]: Werter Herr Kollege, ich bin nach Ihrem Beitrag und dem Beitrag Ihres Fraktionsvorsitzenden ein bisschen irritiert. Ist das Thema Privatisierung ein Punkt, über den man mit der SPD sprechen kann, oder ein Thema, über das man nicht sprechen kann?

- Es ist ein - -

(Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

- Natürlich kann man mit uns nach wie vor vernünftig über alle Punkte sprechen. Das konnten wir auch in der Vergangenheit, als wir noch gemeinsam in einer Großen Koalition waren. Im Augenblick tun Sie das nur nicht. Wir erfahren es nur aus Zeitungen, Zeitschriften und Sonstigem.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema "vernünftig sprechen" könnte man noch ein paar Anmerkungen machen. Ich möchte aber keine weitere Schärfe hineinbringen, lieber Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat die Abgeordnete Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mich in erster Linie zu Wort gemeldet, um auch von diesem Platz aus noch einmal zu sagen, dass ich den Beitrag des Kollegen Kalinka wirklich geschätzt habe. Jeder von uns weiß, es ist nicht einfach, sich hier hinzustellen und zu sagen, die vorherrschende Sichtweise kann auch anders interpretiert werden. Das ehrt ihn. Ich sage das ganz ausdrücklich, weil ich mich gern einmal mit dem Kollegen Kalinka streite. Ich schätze an ihm aber wirklich, dass er nach vorne geht und seine Position offensiv vertritt.

(Beifall bei SSW, CDU und SPD)

Das ist auch für das Parlament gut. Das ist ein gutes Zeichen für parlamentarische Diskussionen. Diese werden uns noch weiter verfolgen.

Aus Presseberichten wissen wir, was in der nächsten Woche auf die regierungstragenden Fraktionen zukommt. Auch wenn Kollege Kubicki jetzt Andeutungen macht, als sei in der nächsten Woche schon Weihnachten, so glaube ich das nicht so richtig. Ich kann Sie nur alle ermuntern, sich ein Bei-

spiel an den Aussagen und Ausführungen des Kollegen Kalinka zu nehmen.

Das Thema wird uns noch weiter verfolgen. Für die weitere Diskussion möchte ich noch einmal kurz zusammenfassen, was wir aus dieser Diskussion mitnehmen.

Erstens. Es darf nicht vergessen werden, dass es zig Analysen und zig **Gutachten zur Zukunft des UK S-H** gegeben hat. Diese Gutachten haben ganz viel Geld gekostet. Die Situation hängt auch damit zusammen, dass in der Vergangenheit herumgewurstelt worden ist.

Zweitens. Ich gehe jede Wette ein, dass sich die jetzt auf dem Tisch liegenden Konzepte im Wesentlichen nicht von anderen Konzepten unterscheiden. Auch darum ist es wichtig, daran festzuhalten, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UK S-H schon sehr viel geleistet haben.

(Beifall bei SSW und DIE LINKE)

Sie haben sehr viel **Einsparvolumen** geschaffen. Das darf man ganz einfach nicht unter den Tisch fallen lassen. Es ist verständlich, dass die Menschen unsicher sind und sich fragen, wie es mit uns in Zukunft weitergehen wird. Natürlich kann man sagen, man könne mit Privaten auch gute Verträge schließen. Die Wirklichkeit spricht aber immer wieder dafür, dass eine **Privatisierung** bestimmter Bereiche auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu negativen Konsequenzen führt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Lieber Kollege Kubicki, der Wäschereibetrieb ist ein Beispiel dafür, was in ganz vielen Bereichen in unseren Kommunen und Kreisen geschehen ist. Auch ich war in der Vergangenheit Kreistagsabgeordnete und weiß, wie es im Martin-Luther-Krankenhaus in Schleswig ausgesehen hat. Von daher sollten wir uns nichts vormachen.

Dieser notwendige **Masterplan** aufgrund des **Sanierungsstaus** ist weiß Gott nicht erst vorgestern erfunden worden. Vor der Wahl wusste man, wie notwendig es ist, diesen Masterplan umzusetzen.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Das mache ich jetzt, Frau Präsidentin.

(Anke Spoorendonk)

Das wusste man vor der Wahl, und man beschloss ihn vor der Wahl. Nach der Wahl tut man so, als sei alles ganz schrecklich und eigentlich nicht machbar. Das ist unredliche Politik.

Es ist aber auch unredliche Politik, wenn als Beispiel immer wieder das UK Gießen und Marburg angeführt wird. Das UK Gießen und Marburg ist ein anderes Beispiel. Man vergleicht Äpfel mit Birnen, wenn man sagt, dass dies auch hier so sein wird.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki hat das Wort für einen Dreiminutenbeitrag.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erinnere mich daran, dass unter der Führung des Landtagspräsidenten Heinz-Werner Arens, Sozialdemokrat, die Reinigung im Landeshaus privatisiert wurde und private Sicherheitsdienste eingestellt wurden. Liebe Anke Spoorendonk, Sie waren damals schon im Parlament. Haben wir das gemacht, um zur Verelendung der Massen beizutragen, oder hatte das einen anderen Sinn? Damit möchte ich nur sagen, dieses Stereotyp, "privat ist schlecht und Staat ist gut" hilft uns überhaupt nicht weiter, weil das in sich selbst nicht stimmt.

Herr Dr. Tietze und Frau Bohn, die wissen, der Vorschlag des UK-S-H-Vorstandes beinhaltet die **Erwirtschaftung einer Rendite** von 8 % zur Finanzierung der Umsetzung des Masterplans. Wir selbst dürfen nicht mit Bilanzkosmetik arbeiten. Das dürfen gern andere tun, um Erfolge vorzuweisen. Man muss schauen, wie eine **Bilanz** über einen längeren Zeitraum wirklich ausschaut. Ich sage, das UK S-H hat nach wie vor jedes Jahr ein **strukturelles Defizit** in Höhe von 20 Millionen €. Es gibt von uns definitiv keine Patronatserklärung für die Risiken, die wir mit eingehen. Wir geben keine Patronatserklärung für die HSH Nordbank. Wir geben auch keine Patronatserklärung für das UK S-H.

Ich habe aus den Reihen der Sozialdemokraten und von den Grünen gehört, dass das Management in den vergangenen Jahren möglicherweise versagt hat. Das will ich einmal so stehenlassen.

Die Haushaltsstrukturkommission ist aber kein Entscheidungsgremium. Das muss ich noch einmal erklären. Es ist ein Gremium, welches einen Vorschlag erarbeitet, um festzustellen, ob es gelingen kann, im Rahmen des Haushalts solide zu dokumentieren, dass wir 125 Millionen € im Jahr einsparen und die **Finanzierungslücke** schließen können. Wir werden definitiv am Dienstag einen Vorschlag vorlegen können, in dem dokumentiert wird, dass es geht. Deshalb bin ich so freudig erregt.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Sofort. Ich will das nur kurz erklären.

Das ist ein **modulares System**. Da wir gestern festgestellt haben, dass die Schuldenbremse für alle gilt und sich alle beteiligen wollen, wird im Rahmen der parlamentarischen Beratung, der Beratung der Regierungsfraktionen und der Beratung der Regierung immer noch die Möglichkeit bestehen, ein Modul herauszunehmen und zu sagen, das wollen wir nicht. Dann werde ich aber auf jeden Fall immer fragen, was ihr stattdessen hineinpacken wollt.

Wir werden die Finanzierungslücke in Höhe von 125 Millionen € pro Jahr schließen müssen. Das gilt nicht nur für uns als regierungstragende Fraktionen, sondern auch für die SPD, für die Grünen und andere. Jeder Vorschlag kann eine Alternative haben. Die Alternative muss aber auf den Tisch gelegt und debattiert werden. Man kann sich nicht mehr dahinter verstecken zu sagen, wenn wir einmal auf Bundesebene an der Regierung sind, führen wir im Jahr 2030 die **Vermögensteuer** wieder ein. Das wird nicht gehen. Das will ich nur sagen.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Darf der Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Stegner eine Frage stellen?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Kubicki, können Sie bestätigen, dass der Anteil, den das Land für den von diesem Parlament beschlossenen Masterplan zu zahlen hätte, in der Größenordnung exakt dem entspricht, was dem Land Schleswig-Holstein durch Ihre Zustimmung zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat verloren geht?

- Nein, das kann ich nicht bestätigen, das ist gestern bei Ihnen schon für die **Kinderbetreuung** veraus-

(Wolfgang Kubicki)

gabt worden. Sie können den gleichen Betrag nicht immer wieder verwenden. Das ist wie der Jäger 90.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Dr. Stegner, ich wiederhole mich jetzt wirklich gern. Drei Viertel der steuerlichen Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes beruhen auf Beschlüssen der Sozialdemokraten und der CDU, nämlich auf Beschlüssen zur **Steuersenkung** zu Zeiten, als die sozialdemokratische Fraktion noch gemeinsam mit der CDU im Deutschen Bundestag eine Große Koalition bildete.

Kommen Sie also nicht mit der Frage nach der Situation der FDP. - Das war die Antwort.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter Wolfgang Baasch hat das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht noch einmal wiederholen, wie wichtig es ist, vertragstreu zu sein, und zwar vertragstreu gegenüber den Beschäftigten und auch gegenüber dem, was man für das Uni-Klinikum Schleswig-Holstein an Sanierungsvorhaben auf den Weg gebracht hat. Hier haben wir aus der letzten Legislatur eindeutige Beschlüsse, durch die die Umsetzung des baulichen Masterplans gewährleistet werden soll.

Eines will ich ansprechen, weil ich meine, dass dies Auswirkungen auf die Zukunft hat. Es wurde hier schon über das Klinikum Marburg und Gießen diskutiert. Ich will zitieren, dass die Personaldecke so dünn sei, dass die Neugeborenenstation nur noch betrieben werden könne, wenn die ausdrücklich vom Land finanzierten Stellen für Forschung und Lehre zur klinischen Versorgung, also nicht zur wissenschaftlichen Arbeit, herangezogen und somit zweckentfremdet werden. Wenn man natürlich mit solchen Methoden arbeitet wie in Gießen und Marburg, dann ist es klar, dass das Uni-Klinikum in privater Trägerschaft Gewinne für die Privaten abwirft, weil der Staat einen Teil der Finanzierung von Stellen übernimmt, die für die medizinische Versorgung notwendig sind. Das kann nicht sein, und das ist zumindest auch nicht vorgesehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, der LINKEN und SSW)

Es geht aber noch weiter: Da auch von den sowieso schon überlasteten Ärzten auf den Stationen keine gute **Lehre** am Krankenbett mehr erwartet werden kann und die Studierenden oftmals Pflegekräfte ersetzen, herrscht eine Rette-sich-wer-kann-Stimmung. Es ist schon zitiert worden, dass die Ärzte dort reihenweise weglaufen.

Es wird wieder deutlich: Wenn man so eine Struktur macht, dann muss man sich nicht darüber wundern, dass der **Staat** trotz der **Privatisierung** einspringen muss, um abzusichern. Man muss sich nicht wundern, wenn man zu solchen Auswegen greifen muss, dass zum Beispiel Studierende für Pflegedienste eingesetzt werden.

Vorhin wurde das tolle **Benchmarking** angesprochen. Zum Vergleich mit dem Uni-Klinikum Marburg-Gießen, das in Trägerschaft der Rhön AG ist, ist ein nichtuniversitäres Haus, nämlich das Klinikum in Frankfurt (Oder), herangezogen worden. Da weiß man, dass auch hier Äpfel mit Birnen verglichen worden sind. Es ist dann natürlich leicht, sich hinzustellen und zu sagen, das sei ein leuchtendes Vorbild.

Ich glaube nicht, dass das ein leuchtendes Vorbild ist. Ich glaube nicht, dass man sich an diesem Vorbild orientieren sollte. Es sollte eher zum Nachdenken bringen. Es sollte eher davor warnen, einen solchen Weg zu gehen und nicht eine gute medizinische und eine gute Forschung und Lehre, wie wir sie am UK S-H haben, aufs Spiel zu setzen.

Ich sage deutlich: Alle feiern, und auch wir feiern es. Wir feiern, dass sich das Fraunhofer-Institut und auch andere zukunftsfähige Institute der wissenschaftlichen Forschung im Umkreis des UK S-H ansiedeln. Ich sage Ihnen: Mit einer Entwicklung der Privatisierung werden wir das alles gefährden. Wir setzen das alles aufs Spiel. Tun Sie das nicht. Setzen Sie nicht die Zukunft der medizinischen Versorgung, aber auch die Zukunft von Forschung und Lehre in Schleswig-Holstein aufs Spiel. Lehnen Sie ganz entschieden eine Privatisierung ab.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Dr. Robert Habeck hat das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, wir haben in weiten Teilen eine Gespensterdebatte geführt. Herr Kollege de Jager - Entschuldigung, sind Sie Abgeordneter? - Das soll

(Dr. Robert Habeck)

nicht ehrverletzend sein. Herr Minister de Jager hat gesagt, dass wir über den **baulichen Masterplan** reden. Wir haben uns viele Gedanken über die Privatisierung der Medizin gemacht und viele Wortgefechte geführt. Wenn ich das richtig verstanden habe, dann hat das einen strukturellen Grund beziehungsweise einen Widerspruch, der in dem Wortbeitrag von Herrn Kubicki noch einmal aufgetaucht ist.

Das UK S-H, alle Fachleute und die Kommission sagen: Um wirtschaftlich zu arbeiten, brauchen sie den baulichen Masterplan. Herr Kubicki hat aber gesagt, es werde weiterhin ein strukturelles Defizit von 20 Millionen € geben, deshalb müssten wir privatisieren. Das beißt sich. Die einen sagen, das sei die Strategie. Die anderen und Herr Kubicki sagen, diese Strategie werde nicht erfolgreich sein. Die Lösung ist allerdings relativ klar: Wenn wir an den Weg glauben, wenn wir uns einig sind, dass die öffentlichen Gelder für den baulichen Masterplan nicht einfach so im Landeshaushalt stehen, was ich für meine Fraktion sagen kann, dann - -

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Ich bringe den Satz noch zu Ende. Ich habe noch zwei Sätze: Das ist nicht der Punkt, das hat auch die SPD in Zwischenrufen deutlich gemacht. Die Frage der Wege der **baulichen Finanzierung** über ÖPP oder private Wege ist nicht ideologiebelastet. Darüber sollten wir reden, aber wir sollten das tun, damit das UK S-H als öffentliches Krankenhaus bestehen bleibt. Wenn das das Ziel ist, dann sind wir uns in weiten Teilen sehr einig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Was wir nicht mitmachen, ist erstens die Vorverurteilung, dass dieser Weg gescheitert sei, und zweitens ein Krankenhaus, das privatisiert wird, denn dann hält die Lohndrückerei, die sowieso schlimm, gerade aber im medizinisch Bereich besonders abscheulich ist, dort Einzug.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Lassen Sie jetzt die Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki zu?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Habeck, auf die Diskussion mit Ihnen freue ich mich in der Sache, weil es keine ideologische Vorfestlegung gibt. Die spannende Frage ist und wird für uns bleiben, ob das Land Schleswig-Holstein bereit ist, eine Patronatserklärung für die Refinanzierung dieser Investitionen abzugeben, denn die Refinanzierung muss aus dem laufenden Betrieb erwirtschaftet werden, und zwar selbst dann, wenn hohe Zweifel daran begründet sind, dass dieser Refinanzierungsplan aufgehen kann. Das ist die spannende Frage. Können und wollen wir das Risiko eingehen, als Land Schleswig-Holstein für die Refinanzierung einzustehen? - Können wir das überhaupt in dem Fall, dass das nicht aufgeht?

- Das ist eine spannende Frage, aber sie war nicht unbedingt an mich gerichtet, sondern eher an Sie selbst. Die Antwort wurde allerdings schon gegeben. Herr von Boetticher ist der Frage von Andreas Tietze ausgewichen. Es gibt einen bestehenden Vertrag. Wir sagen, wir sollen den baulichen Masterplan weiter als Pfad beschreiten, weil auch und gerade von Regierungsseite erklärt wurde, dass die Sanierung erfolgreich sei. Also ist die Frage bis 2015 eigentlich schon beantwortet. Es geht darum, diesen Weg weiter zu gehen und zu schauen, ob das zum Erfolg führt. Es gibt keinen Grund, diesen Weg zu ändern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter Bernd Heinemann hat das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal kann man in vier Punkten zusammenfassen, worum es geht: Erstens. Wir haben einen gültigen **Vertrag**, und dieser gültige Vertrag geht bis 2015.

Zweitens. Man kann mit der SPD selbstverständlich über Privatisierungsanteile reden; das ist klar. Wir werden das immer wieder tun. Wir sind dabei jedoch auf kommunaler Ebene einige Male auf die Nase gefallen. Wir haben zum Teil zugestimmt und

(Bernd Heinemann)

würden heute anders entscheiden. Man muss **Privatisierung** sehr kritisch sehen. Das tun wir Sozialdemokraten ganz besonders. Deshalb ist es sehr konstruktiv, sich Teilbereiche anzugucken, die man durchaus privatisieren kann. Ich denke, das Management war ein richtiges Beispiel.

Drittens. In der allgemeinen Medizin werden uns in den nächsten Jahren neue Mediziner fehlen, weil die Situation und die demografische Veränderung dazu führen, dass wir unsere Ausbildung ganz nach vorn bringen müssen. Das ist ein Grund mehr dafür, warum wir in der Frage des Hochschulstandorts, von dem wir nur das UK S-H haben, darauf angewiesen sein werden, als Land gute, ja perfekte Wege der Ausbildung von neuen Medizinern zu finden. Das müssen wir selbst in der Hand haben, sonst werden wir abgehängt. Dann ist der Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein wegrationalisiert.

Ein letzter Punkt: Die Basisfallwerte wurden von Ministerin Trauernicht - teilweise mit Unterstützung der CDU und mit Unterstützung aus anderen Ländern - erkämpft. Sie führen dazu, dass sich bis 2013 eine Veränderung darstellt, die natürlich auch auf das UK S-H eine Wirkung haben wird. Auch die Strategie des UK S-H, sich stärker auf schwierige Fälle zu spezialisieren und damit über die Basisfallwerte hinaus Einkünfte zu erzielen, wird sich im Verlauf des Weges auswirken. Das kann nicht schon im Vorwege sozusagen durch das Brechen dieses Vertrages ausgehebelt werden, damit die Braut so hübsch wird, dass sie jeder kauft und nimmt. Wir werden hier keinen Ramschausverkauf mitten in der Laufzeit des Vertrags machen. Letztlich müssen wir den baulichen Masterplan und die damit zusammenhängenden Verträge auch selbst zu Ende führen und an uns selbst glauben. Sonst brauchen wir da nicht hinzugehen und uns selbst zu feiern. Das sollten wir nicht tun.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Der Herr Abgeordnete Jost de Jager hat das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag.

(Zuruf: Minister!)

- Entschuldigung, Minister.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Es wäre jetzt nicht schlecht, wenn ich Abgeordneter wäre. Dann könnte ich drei Minuten in Anspruch nehmen und wieder gehen. Aber

jetzt ist es so, dass meine Redezeit auch Ihre Redezeit verlängert. Insofern ist das Risiko natürlich größer.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Entschuldigung. Sie haben noch eine Minute von vorhin übrig.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Gut. Dann war schon einmal eine halbe Minute weg.

Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil, Herr Stegner, ich mich gewundert habe, wie Sie in dieser Debatte aufgetreten sind. Sie haben den Eindruck erweckt, als hätten Sie bisher mit dem Thema UK S-H nichts zu tun gehabt.

Ich sage Ihnen aber einmal, wie es ist. 2003 gab es eine Fusion des UK S-H. Da waren Sie der zuständige Staatssekretär, Sie haben fusioniert, und es ist zunächst einmal nichts passiert. Als im Jahr 2005 das UK S-H in unsere Zuständigkeit gewandert ist, hatte es ein jährliches **Defizit** von 22,5 Millionen €. Daran hat das, was Sie in die Wege geleitet haben, überhaupt nichts geändert. Inzwischen sind wir dabei, dass wir das jährliche Defizit des UK S-H auf null, wahrscheinlich auf eine schwarze Null, zum Ende des Jahres werden reduzieren können.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Nein, ich führe das jetzt erst einmal aus. Das hat wiederum mit dem, was Sie einmal getragen haben, überhaupt nichts zu tun. Ich freue mich ja, wenn Sie oder auch die Grünen jetzt sagen: Der Sanierungserfolg war so groß, wir brauchen an der Struktur nicht mehr zu rütteln. Dann freue ich mich, weil die Grünen vor einem Jahr übrigens noch beantragt haben, dass ich gefeuert werde, weil beim UK S-H alles so schlecht läuft.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Minister Jager, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Nein, lasse ich nicht zu.

(Minister Jost de Jager)

Ich freue mich ja, dass Sie anerkennen, dass es einen Sanierungserfolg gegeben hat. Insofern: Die Privatisierungswürdigung, die die wir haben, hängt nicht an der Frage, ob wir es dem UK S-H zutrauen, das jährliche Ergebnis tatsächlich richtig zu steuern, sondern es geht um die entscheidende Frage: Wird das UK S-H aus eigener Kraft die Möglichkeit haben, den Betrag von 700 Millionen € mit dem baulichen Masterplan tatsächlich zu finanzieren?

Wenn Sie jetzt sagen: "Ich bekenne mich zum baulichen Masterplan", beeindruckt mich das zwar, aber ich kann mir dafür nichts kaufen, weil Sie als Opposition das Geld dafür nämlich nicht zur Verfügung stellen. Insofern geht es um die Frage: Könnte es das UK S-H allein?

Ich weiß, dass es die Würdigung gibt. Herr Kubicki hat darauf hingewiesen, dass das 8 % bedeutet. Ich sage Ihnen einmal, was das in Zahlen ist. Wenn das Modell gefahren würde, dass das UK S-H für sich selbst baut, würde das jährliche Ergebnis des UK S-H auf Dauer mit 48 Millionen € Miete belastet werden. Auch wenn ich mich freue, dass wir die Sanierung hinbekommen haben, bin ich mir nicht sicher, ob das auf Dauer gelingt. Das Risiko dafür - auch das ist ausgeführt worden - würde beim Land bleiben.

Nun sage ich Ihnen einmal bei alledem, was hier über Gießen und Marburg gesagt wurde: Zumindest was den baulichen Masterplan anbelangt, müssen Sie auch einmal berichten, dass die Vereinbarung in Gießen und Marburg mit der RHÖN-KLINIKUM AG damals gewesen ist, dass die bauen, ohne staatliche Unterstützung dafür in Anspruch zu nehmen. Das heißt, die Investitionen, die in Gießen und Marburg erfolgt sind, sind allein erfolgt aus dem, was der Konzern dort gemacht hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Das ist einer der wirklich qualitativen Unterschiede, über die wir miteinander reden müssen.

Ein weiterer Punkt. Es wird immer so getan, als wenn nur bei einer **Privatisierung** des UK S-H der Kostendruck auf einmal auf die Mitarbeiter entstehen würde und nicht, wenn es öffentlich bleibt. Das ist doch falsch. Denn wenn es richtig ist, dass das UK S-H für die Miete, die es aufbringen muss, eine genauso hohe Rendite erzeugen muss wie ein privater Konzern für die Kapitalrendite, dann ist der Unterschied in der Tat gar nicht so groß. Insofern führen viele Fährten, die Sie gelegt haben, ins Nichts,

Sie sind deshalb auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber nicht ehrlich.

Insofern muss man über die wirklichen Alternativen reden. Das sage ich, Kollege Kalinka, auch wenn ich kein Kollege im Abgeordnetensinne bin, der sein Haupt wiegt: Das sind die Dinge, die man sehr klar besprechen muss.

Was das Thema Wissenschaftlichkeit anbelangt. Ich bin hier im Land nicht Bauminister, sondern ich bin der Wissenschaftsminister. Ich war nämlich damals dabei, als man im Wissenschaftsrat beraten hat, wie man mit einem privaten Klinikum Gießen-Marburg umgeht. Natürlich hat es die gleichen Rechte wie jede staatliche Uni-Klinik. Wir werden noch in diesem Jahr erleben, dass der Wissenschaftsrat eine Empfehlung darüber verabschieden wird, ob Gießen-Marburg im wissenschaftlichen Sinne tatsächlich gut gelaufen ist. Bei dem, was ich kenne, bin ich da überhaupt nicht bange.

Vieles, was hier gesagt wurde, ist ein echter Popanz. Insofern bleibe ich bei dem, was ich anfangs gesagt habe: Es geht um die Kernfrage, ob wir es schaffen, ohne die öffentlichen Mittel eine baulichen Sanierung des UK S-H auf den Weg zu bringen, die aus meiner Sicht das Kern- und Schlüsselprojekt auch für die qualitative Entwicklung dieses Klinikums ist. Denn wenn wir nicht bauen, bleibt in weiten Teilen die Patientenunterbringung so schlecht, wie sie ist. Wenn wir nicht bauen, bleiben oftmals auch die Bedingungen für die Beschäftigten so schlecht, wie sie sind. Wenn wir nicht bauen, schaffen wir nicht die Verbesserung der Wege und der Abläufe, die wir brauchen, um eine Rationalisierungsrendite auch tatsächlich zu erzeugen.

Meine Damen und Herren, das Thema "alternativlos" hat in diesen Tagen ja Konjunktur, auch was Berlin anbelangt. Ich sage Ihnen: Die Investition Bauen ist alternativlos. Deshalb muss sie auch auf den Weg gebracht werden. Wir haben die öffentlichen Mittel nicht mehr. Deshalb müssen wir kreativ darüber nachdenken, wie wir sie tatsächlich bekommen können, ohne dass das UK S-H im Umkehrschluss wiederum durch eine zu hohe Belastung dadurch Schaden nimmt.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Vielen Dank, Herr Minister. - Allen Fraktionen stehen jetzt weitere vier Minuten Redezeit zur Verfügung. Herr Dr. Stegner hat das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte Ihnen das eigentlich ersparen, Herr Minister Jager. Aber wenn Sie anfangen, die Vergangenheit so zu verdrehen, dann kann ich es Ihnen das nicht ersparen. Ich bin in der Tat als zuständiger Staatssekretär dafür eingetreten, die Klinika zu fusionieren. Ich bin in Veranstaltungen gegangen, da waren die Professoren dagegen, da waren die Beschäftigten dagegen, da waren alle dagegen. Man musste sie überzeugen, dass es aus wirtschaftlichen Gründen notwendig ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So wie heute!)

Sie haben das Meter für Meter bekämpft. Der Erfolg dieser **Fusion**, die sie immer wieder bekämpft und auch teilweise hintertrieben haben, war - die FDP hat es offen abgelehnt bis in diese Tage hinein -, dass die Defizite, die erheblich höher gewesen sind plus dem, was die Beschäftigten geleistet haben, erheblich heruntergegangen und wir bei der schwarzen Null gelandet sind. Geben Sie das doch endlich einmal zu und tun Sie hier nicht so, als ob Sie das jetzt in Gang gebracht hätten.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Durch die Fusion doch nicht!)

Das ist die Wahrheit und nicht das andere.

Das Zweite - es schlägt wirklich dem Fass den Boden aus -: Man beschließt einen baulichen Masterplan in einer Regierung, in der Herr Wiegard Finanzminister ist. Man schlägt das dem Landtag vor. Nun sagt man: Tut uns leid, die bauliche Finanzierung ist alternativlos, aber die Opposition will uns das Geld dafür nicht geben. Wenn diese Regierung im Bundesrat dafür stimmt, den gleichen Betrag an Einnahmen für das Land zu verringern - und das vor wenigen Wochen -, schlägt das wirklich dem Fass den Boden aus. Wir finden auch, dass die bauliche Masterplanung alternativlos ist. Aber hinzugehen und aus ideologischen Gründen sozusagen Steuergeschenke zu verteilen, dem die Grundlage zu entziehen und zu sagen: "Jetzt müssen wir aber privatisieren", das ist wirklich ein Hammer.

Das Dritte. Es mag ja sein, Herr Minister, dass sich der **Wissenschaftsrat** zu Gießen-Marburg positiv äußert. Das will ich nicht ausschließen. Ich möchte jedoch auf zwei Dinge hinweisen, die in der Debatte erfreulicherweise gesagt worden sind, nämlich erstens, was Kollege Weber vorhin schon zu dem Unterschied von Gießen-Marburg und Kiel und Lübeck gesagt hat, bezogen auf die anderen Fakultäten dieser Art und Klinika, die es in Hessen noch

gibt. Das ist in Schleswig-Holstein nicht der Fall. Wenn Sie das machen, ruinieren Sie sozusagen die Gesundheitsversorgung in hohem Maße.

Zweitens. Zu dem sehr nachdenkenswerten Beitrag, den Kollegin Bohn hier vorgetragen hat. Das taucht in Statistiken und in Gutachten des Wissenschaftsrates nicht auf. Es geht um Menschen, es geht um ihre Versorgung, es geht um Gesundheitsvorsorge, es geht um Pflege, es geht auch um Menschlichkeit und nicht nur um die Frage, ob das vom Wissenschaftsrat so oder so beurteilt wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Loedige zu?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte.

Katharina Loedige [FDP]: Herr Dr. Stegner, könnten Sie noch einmal erklären, wie Sie die ungefähr 1 Milliarde € aus dem Ihnen bekannten Haushalt finanzieren wollen?

- Ich kann Ihnen sagen, Frau Kollegin Loedige, dass es mit Steuersenkungen auf keinen Fall geht.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Oh!)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 17/527 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es ist Ausschussüberweisung beantragt. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 17/519 und zur abschließenden Beratung den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/372, dem Wirtschaftsausschuss und dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist somit einstimmig beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte neu ordnen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/501

(Vizepräsidentin Anita Klahn)

Pflichtstundenerlass vom 30. März 2010 bestätigen

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/560

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Schullandschaft ist in Aufruhr. Das Hü und Hott des Bildungsministers verunsichert ganz Schleswig-Holstein. Der **Pflichtstundenerlass** ist ein weiterer Beweis dafür, aber dessen hätte es schon gar nicht mehr bedurft.

Der Erlass wurde im Februar verkündet und im März im Nachrichtenblatt veröffentlicht, um dann zwei Tage später einkassiert und dann drei Wochen später in einer neuen Version wieder aufgetischt zu werden. Herr Dr. Klug, mit so einem Vorgehen disqualifizieren Sie sich als Bildungsminister.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Das Vorgehen gibt uns aber auch einen Einblick in die Entscheidungs- und Kommunikationsstrukturen der Landesregierung. Der Bildungsminister veröffentlicht einen Erlass, der seit Langem in der Koalition bekannt ist. Dann fällt der Haushaltsstrukturkommission plötzlich auf, dass mit dem Erlass mehr Lehrerstellen verbunden sein werden. Schneller, als man gucken kann, wird der Erlass einkassiert. Und der Bildungsminister tut nichts dagegen. Dazu bilde sich jeder selbst eine Meinung.

Nun hat der Bildungsminister einen Erlass formuliert, der ab dem 1. August 2010 gelten soll. Laut dem Erlass arbeiten Studienrätinnen und Studienräte an Gymnasien und berufsbildenden Schulen je eine Wochenstunde und die Lehrkräfte an den bisherigen Gesamtschulen 1,5 Stunden mehr. Allein die Hauptschullehrkräfte arbeiten mit 27 Stunden eine halbe Wochenstunde weniger als vorher. Die Grundschullehrkräfte bleiben bei 28 Stunden.

Das Ganze soll - verrechnet mit der neu geregelten Altersermäßigung - Einsparungen von 150 Lehrerstellen bringen. Dumm nur, dass die **Zuweisung der Lehrerplanstellen** für das nächste Schuljahr schon stattgefunden hat. So hat es uns der Bildungsminister jedenfalls im Bildungsausschuss erklärt. Das heißt, dass die Lehrkräfte im nächsten Schuljahr zwar mehr Stunden unterrichten müssen, die Zahl der Stellen aber gleich bleibt.

Die Schulen können also im nächsten Schuljahr Doppelbesetzungen realisieren - leider nur für ein Schuljahr - oder Überstunden abbummeln. Aber **Haushaltseinsparungen** wird es durch den neuen Pflichtstundenerlass im nächsten Schuljahr nicht geben. Herr Minister, warum zerschlagen Sie so viel Porzellan durch einen übereilt erstellten Pflichtstundenerlass?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Bernd Heinemann [SPD] und Ellen Streitbörger [DIE LINKE])

Herr Minister, wir fordern Sie auf: Belassen Sie es bei dem versprochenen Erlass, der am 1. August 2010 hätte in Kraft gesetzt werden sollen. Er schafft zumindest ein wenig Entlastung an vielen Schulen.

Wenn Sie sich an den grünen Ursprungsantrag zu diesem Thema erinnern, dann sehen Sie, dass wir dort noch einen weiteren Vorschlag machen. Denn die ganzen Pflichtstundenerlasse gehen in die falsche Richtung. Damit verharren wir bei einer Arbeitszeitberechnung, die erstens nur an der Laufbahn orientiert ist und die zweitens die tatsächliche Arbeitsbelastung überhaupt nicht abbildet,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil sie nur knapp die Hälfte der tariflichen Arbeitszeit regelt, nämlich nur die Anzahl der Unterrichtsstunden.

Wir wissen, dass man das auch anders machen kann. An dieser Stelle ist uns aber ein gemeinsamer Oppositionsantrag wichtig, und wir stellen das Thema **Arbeitszeitmodell** zurück, obwohl es eigentlich das wäre, worüber Sie nachdenken müssten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Detlef Buder [SPD] und Ranka Prante [DIE LINKE])

Mit dem neuen Pflichtstundenerlass haben Sie, Herr Dr. Klug, das Kunststück fertiggebracht, alle Lehrkräfte gegen sich aufzubringen - auch die Gymnasiallehrkräfte, die Sie vorher noch für die Beseitigung der Benachteiligung der Gymnasien gelobt hatten. Alle Lehrkräfte sind aufgebracht, ebenso die Gewerkschaften, Eltern und auch Schulträger. Es herrscht eine Mischung aus Wut, Frust und blankem Entsetzen. Das betrifft leider nicht nur den neuen Pflichtstundenerlass, sondern auch das neue

(Ines Strehlau)

Schulgesetz. Niemand will es. Die Schulträger laufen Sturm und überlegen, wie sie das Gesetz kippen können.

Liebe Landesregierung, liebe CDU-Fraktion, nehmen Sie dies bitte zur Kenntnis, und stoppen Sie dieses unsägliche Chaos in unserer Schullandschaft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Ich hoffe auch, dass die FDP endlich in der Gegenwart ankommt und merkt, dass niemand diese Schulgesetzänderung will.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Nehmen Sie Ihren Pflichtstundenerlass und auch das Schulgesetz zurück. Bei so viel Unmut und Chaos im schleswig-holsteinischen Bildungsbereich sollte sich die Landesregierung Gedanken machen, wie sie die versprochene, produktive Ruhe an den Schulen tatsächlich hinbekommen kann, bevor unser Bildungssystem völlig den Bach runtergeht.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Minister, gehen Sie auf die Betroffenen zu, nehmen Sie ihre Bedenken ernst, und schaffen Sie ein Schulgesetz, das den Anforderungen der heutigen Pädagogik gerecht wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die CDU-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, der Bildungsminister hat den **Pflichtstundenerlass** vom 30. März dieses Jahres außer Kraft gesetzt, und er hat einen neuen Pflichtstundenerlass auf den Weg gebracht. Der bringt für einige Lehrkräfte eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung mit sich, und gleichzeitig ist im Erlass eine Entlastung für Hauptschullehrerinnen und Hauptschullehrer um eine halbe Stunde vorgesehen.

Ich will das deutlich sagen: Es fällt niemandem in den beiden Regierungsfraktionen leicht, eine solche Entscheidung mitzutragen - ganz im Gegenteil. Gerade den Bildungspolitikern fällt dieser Schritt in der Tat schwer. Wir wissen, dass die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen täglich einen fordernden Job haben. Wir wissen, welchen Belastungen sie bereits ausgesetzt sind, nicht nur durch die Unterrichtsbelastung, sondern auch durch zahlreiche bürokratische Belastungen, von denen wir die Lehrerinnen und Lehrer in Zukunft auch befreien müssen.

Richtig ist aber auch: Mit dem Erlass wird die Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrkräfte an den Bundesdurchschnitt angepasst. Eine weitere Tatsache ist, dass der aufgehobene Pflichtstundenerlass das Land zusätzlich 300 Planstellen gekostet hätte - keine einzige Unterrichtsstunde mehr für Schülerinnen und Schüler hätte das an der Stelle bedeutet.

(Beifall bei CDU und FDP)

Darüber hinaus enthält der neue Pflichtstundenerlass aber auch eine längst überfällige Regelung zur Altersermäßigung. Über die bisherige Einzelstunde Altersermäßigung ab dem 60. Lebensjahr hinaus werden weitere Ermäßigungsstunden ab dem 58. Lebensjahr und dem 63. Lebensjahr vorgesehen. Das ist durchaus begrüßenswert.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Dieser Erlass ist ehrlich. Es greift hier niemand zu Tricksereien wie Vorgriffsstunden, die einmal von einer rot-grünen Landesregierung benutzt worden sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich!)

Damals hat man den Lehrkräften versprochen: Wenn ihr jetzt eine Stunde mehr arbeitet, dann erstatten wir euch das später. Wie die spätere Erstattung finanziert werden sollte, darüber hatte sich niemand Gedanken gemacht. Wenn die CDU-Fraktion innerhalb der Großen Koalition nicht vehement auf die Rückzahlung der Vorgriffsstunden gedrängt hätte, dann wären die Lehrkräfte hier in Schleswig-Holstein leer ausgegangen, Herr Dr. Stegner.

(Beifall bei CDU und FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist doch wohl eine Frechheit! Das ist doch wohl eine Märchenstunde!)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, Sie waren damals bei der Behandlung nicht dabei. Wir haben damals mit der Ministerin zusammengesessen und darum gerungen, dass diese Vorgriffsstunde finanziert wird. Dieses rot-grüne Versprechen kostet uns heute 600 Planstellen, die den Kindern nicht zugutekommen. Das ist ein Skandal, auf den man immer wieder hinweisen muss.

(Heike Franzen)

(Beifall bei CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier gestern mit großer Zustimmung die Schuldenbremse in unserer Landesverfassung verankert. Es wird künftig nicht mehr möglich sein, Finanzierungsprobleme künftigen Regierungen oder Generationen vor die Füße zu kippen. Gut so!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Sie hatten ursprünglich einen sehr ambitionierten Antrag gestellt. Sie hatten den richtigen Ansatz gewählt. Sie wollten ein **neues Arbeitszeitmodell für Lehrkräfte**. Die Unterrichtsverpflichtung sollte nach funktionalen Kriterien unterschieden werden. Außerunterrichtliche Tätigkeiten sollten anerkannt werden, und die Vertretungsdeputate sollten neu geregelt werden. Das Ganze sollte bis zum nächsten Schuljahr auf den Weg gebracht werden. Das finde ich sehr ambitioniert und sehr ehrgeizig. Da ist auch ein hoher Zeitdruck dahinter.

Gemäß dem Änderungsantrag allerdings haben Sie sich von diesem mutigen Ansatz und dem richtigen Weg verabschiedet, und das nur, um sich gemeinsam mit den anderen Oppositionsfraktionen auf einen einzigen Satz zu verständigen, der sinngemäß ohnehin schon Bestandteil Ihres Ursprungsantrags gewesen ist. Den Zeitansatz werden Sie überhaupt nicht mehr halten können. Sie haben sich für das nächste Schuljahr von Ihrem Antrag komplett verabschiedet.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das finde ich wirklich enttäuschend.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie regieren doch! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Nicht wirklich!)

Das heißt doch, Sie haben tatsächlich Ihren ursprünglichen Antrag gestellt, um die Diskussion über die Pflichtstunden anzuheizen und so zu tun, als hätten Sie schon ein besseres Konzept in der Tasche. Ich finde das sehr schade. Das Einzige, was Sie damit erreichen, ist: Sie machen sich im politischen Geschehen unglaubwürdig. Das ist Ihr einziges Problem.

(Beifall bei FDP und CDU - Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wirklich unlogisch!)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Detlef Buder das Wort.

Detlef Buder [SPD]:

Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von der Rede von Frau Franzen ist das Signal ausgegangen, dem wegweisenden Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zuzustimmen. Diese Nagelprobe können wir ja in der nächsten Landtagstagung im Juni machen. Dann wollen wir einmal schauen, ob FDP und CDU dem tatsächlich zustimmen

(Beifall des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und ob Frau Franzen das in dem gemeinsamen Arbeitskreis mit der FDP durchsetzen kann. - Das nur einmal zur näheren Erläuterung.

Herr Minister, Sie haben vorhin ein wenig den Kopf geschüttelt. Deshalb möchte ich doch in diese Behördensatire, die wir hier vorliegen haben, ein bisschen tiefer einsteigen.

Am 22. Februar 2010 unterzeichnet der Minister den neuen **Pflichtstundenerlass**. Am 30. März 2010 wird er im Nachrichtenblatt veröffentlicht. Am 1. April 2010 - ohne besonderen Bezug auf das Datum - zieht der Minister den Erlass in der Bildungsausschusssitzung zurück. Am 16. April 2010 gibt das Ministerium die Eckpunkte des neuen Erlasses bekannt. Am 30. April 2010 wird der ursprüngliche Erlass auch offiziell im Nachrichtenblatt zurückgezogen, und zwar ausdrücklich mit Verweis auf die sogenannte Haushaltsstrukturkommission der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen, die damit in den Adelsstand einer oberen Verwaltungsbehörden gehoben wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir haben also nicht nur neue Beauftragte, sondern wir haben auch eine zweite Behörde bekommen.

Man könnte Bände mit Ihren Landtagsreden und Presseerklärungen füllen, die Sie als Oppositionspolitiker über die angebliche Überlastung und Demotivierung der Lehrerinnen und Lehrer durch Ihre sozialdemokratischen Amtsvorgängerinnen gehalten haben. Die glühende Begeisterung, die Ihnen jetzt entgegenschlägt, ist einhellig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade die Lehrerorganisationen, die in der Vergangenheit große Hoffnungen in Sie gesetzt haben, erfahren jetzt, dass sie auf Wahlkampfversprechen hereingefallen sind.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ja, so ist es!)

(Detlef Buder)

Presseberichten zufolge soll mit der Ausweitung der Arbeitspflicht auf 27 Wochenstunden für die Lehrerinnen und Lehrer an Gemeinschafts- und Regionalschulen und von 25,5 Stunden für die Gymnasial- und Berufsschullehrer ein Stellenvolumen von ungefähr 585 erwirtschaftet werden. Diese bittere Pille füllen Sie in den Zuckerguss der erweiterten Altersermäßigung, was einem Stellengegenwert von 142 Lehrerstellen entsprechen soll.

Bleiben 443 Stellengegenwerte, und soweit diese nicht direkt zur Erwirtschaftung der Einsparquote des Einzelplans 07 herangezogen werden, gehört nicht viel Phantasie dazu, um vorauszusagen, dass hier die Finanzierung für die 350 Stellen steckt, die Sie für Ihre aberwitzigen Pläne für G8, G9 und Y-Modell brauchen werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sie wollen die Gemeinschaftsschullehrerinnen und -lehrer dafür bestrafen, dass sie an Gemeinschaftsschulen und nicht an Gymnasien arbeiten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

Ein Arbeitszeitmodell muss sich aber an größtmöglicher Gerechtigkeit orientieren. Dazu gehört, dass Lehrkräfte, die an ein und derselben Schule unterrichten, einheitliche **Arbeitsverpflichtungen** und eine einheitliche **Besoldung** erhalten.

Es ist schon immer grotesk gewesen, dass Gymnasiallehrer im Hinblick auf die hohen fachlichen Anforderungen weniger arbeiten und besser bezahlt werden als Hauptschullehrer, obwohl gerade diese die pädagogisch schwierigsten Schülerinnen und Schüler haben.

Eine gerechte Berechnung der Lehrerarbeitszeit ist schwierig, wenn nicht unmöglich. Es gibt zu viele Variablen. Aber wir haben ja gehört, dass wir das aufgrund des Antrags der Grünen in der nächsten Landtagssitzung hier einmal grundsätzlich diskutieren werden. Ich freue mich auf diese Diskussion.

Bevor wir das aber machen, würde ich vorschlagen, dass wir zunächst einmal dem gemeinsamen Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW zustimmen und die Landesregierung auffordern, den Pflichtstundenerlass zurückzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die FDP-Fraktion hat nun die Frau Abgeordnete Cornelia Conrad das Wort.

Cornelia Conrad [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt Dinge im Leben, die fallen einem schwerer als andere, Dinge, die getan werden müssen, weil es die Vernunft gebietet. Für mich gehört der neue **Pflichtstundenerlass** für Lehrerinnen und Lehrer eindeutig dazu.

Aber die Anhebung ist maßvoll - sie orientiert sich am Bundesdurchschnitt -, und daran möchte ich doch erinnern. Sie ist insofern auch nachvollziehbar vor dem Hintergrund, dass andere Bundesländer, die übrigens auch Geberländer für Schleswig-Holstein sind, bereits einen höheren Lehrerstundensatz eingeführt haben.

Die Schuldenbremse und die Steuerprognose zwingen uns zum Handeln - jetzt. Tun wir es nicht, versinkt unser Land in seinen Schulden.

Meine Damen und Herren, die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen leisten tagtäglich hervorragende Arbeit. Ich denke, das muss an dieser Stelle auch einmal gesagt werden.

Dass wir die Lehrerinnen und Lehrer wieder einmal mehr belasten müssen, ist deshalb bitter. Aber auch sie müssen einen zumutbaren Beitrag leisten, um die schwierige Finanzsituation unseres Landes zu bewältigen.

Die Politik der vergangenen Jahre hat überall in unserem Land Spuren hinterlassen, besonders aber in der Bildungslandschaft.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Unter einem 21 Jahre lang geführten SPD-Bildungsministerium haben sich die **Arbeitsbedingungen** für die **Lehrkräfte** an den Schulen stetig verschlechtert: Die Regelbeförderung wurde gestrichen, die Ermäßigungsstunden wurden gestrichen, das Urlaubs- und Weihnachtsgeld wurde gestrichen, der Klassenteiler wurde heraufgesetzt - um nur einige Punkte zu nennen.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Wir wissen: Wir muten den Kolleginnen und Kollegen erneut etwas zu.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

(Cornelia Conrad)

Aber es gibt im Gegenzug auch Bereiche, in denen wir die Lehrkräfte entlasten werden. Zum Ausgleich wird die "Altersermäßigung" ausgebaut, das heißt, die älteren Lehrkräfte werden dadurch stärker entlastet. Künftig werden nämlich den Lehrkräften bis zu drei Wochenstunden - gestaffelt nach Vollendung des 58., des 60. und des 63. Lebensjahres - erlassen. Das ist mehr als in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der FDP)

Nach dem Wegfall von EVIT und der Freistellung von Lernplänen sind bereits **Entlastungen** für alle **Lehrkräfte** erfolgt. Weitere Arbeitserleichterungen werden durch vereinfachte Vorgaben für Prüfungen und durch Bürokratieabbau folgen.

Der alte Pflichtstundenerlass würde 300 zusätzliche Planstellen erfordern, die aufgrund der dramatischen Haushaltssituation nicht realisiert werden können.

(Beifall bei der FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir erwarten in vier Wochen Ihre Vorschläge!)

Der vorliegende Änderungsantrag der Oppositionsfraktionen ist einfach nur populistisch. Sie alle haben doch gestern - ausgenommen die Fraktion DIE LINKE - für eine Verankerung der Schuldenbremse in die Landesverfassung gestimmt. Daher stößt Ihr Antrag bei uns auf absolutes Unverständnis.

(Detlef Buder [SPD]: Das ist aber schade!)

Er ist bezüglich der Haushaltslage absolut kontraproduktiv. Wir lehnen den vorliegenden Änderungsantrag ab.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Für die Fraktion DIE LINKE hat nun Frau Abgeordnete Ellen Streitbörger das Wort.

Ellen Streitbörger [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Conrad, das tat mir jetzt einmal so etwas von gut zu hören, dass nicht wir die Populistischen waren; ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der **Pflichtstundenerlass** vom 20. Februar 2010 hatte wirklich eine ungewöhnlich kurze Lebensdauer. Nur einen Tag nach seiner Veröffentlichung im Nachrichtenblatt widerrufen zu werden, das war

schon etwas überraschend. Etwas Vergleichbares habe ich noch nie vorher erlebt.

(Zuruf von Minister Dr. Heiner Garg)

- Danke. - Für mich war dieser extrem kurzlebige Erlass ein weiteres Puzzleteilchen in dem großen Chaosbild des klugschen Bildungsministeriums. Abgesehen von seiner Kurzlebigkeit und einiger Ungereimtheiten enthielt er wenigstens eine richtige Erkenntnis, nämlich Lehrerinnen und Lehrer, die an einer gleichen Schulart unterrichten, sollten unabhängig von ihrer Ausbildung die gleiche Anzahl von Pflichtstunden haben. Denn vorher hatten wir die Situation, dass Lehrerinnen und Lehrer an Gemeinschaftsschulen die gleiche Arbeit leisteten und je nach ihrer Ausbildung unterschiedlich viele Pflichtstunden unterrichten mussten. Das widerspricht jeglichem Grundsatz der Gleichbehandlung.

Von daher ist die Forderung ganz klar, dass eine neue Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte her musste. Wir halten von der Idee des Arbeitszeitmodells ähnlich dem Hamburger Modell nicht so viel, denn dieses Modell ist weder besonders hilfreich noch praktikabel, und es sorgt dafür, dass sogar innerhalb des Kollegiums einer Schule Ungleichheit herrscht. DIE LINKE stellt sich daher hinter die Forderung der GEW, die für Lehrerinnen und Lehrer an allen Schularten an allen Schulstufen 24 Pflichtstunden fordert.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher ist die Bestätigung des Erlasses vom 30. März 2010 auch nur ein erster Schritt in die richtige Richtung. Denn selbst die ursprünglich vorgesehenen 26 Pflichtstunden für Lehrerinnen und Lehrer an den Gemeinschafts- und Regionalschulen sind zu viel.

Dass Grundschullehrerinnen und -lehrer ganz von der Pflichtstundenermäßigung abgekoppelt worden sind, ist völlig unverständlich. Sehr geehrter Herr Minister Klug, ich wünschte mir, Sie könnten sich im kommenden September einmal eine Woche Zeit nehmen und an einer durchschnittlichen Grundschule - es muss vielleicht nicht gerade Gaarden oder Mettenhof sein - einmal fünf Tage jeden Tag vier Stunden eigenverantwortlich in einer ersten Klasse unterrichten.

(Lothar Hay [SPD]: Die armen Schüler!)

Ich bin der festen Überzeugung, dass Sie dann nie wieder auf die Idee kämen, dass Grundschullehrerinnen und -lehrer einen erheblich einfacheren Ar-

(Ellen Streitbörger)

beitsalltag hätten als die Lehrerinnen und Lehrer an weiterführenden Schulen.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgesehen von der Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung besteht auch ein weiteres wichtiges Argument für einen Pflichtstundenerlass mit deutlich reduzierter Stundenzahl. Schleswig-Holstein steht im Wettbewerb vor allen mit seinen direkten Nachbarländern Hamburg und Niedersachsen, die Lehrerinnen und Lehrern niedrigere Pflichtstundenzahlen und eine deutlich bessere Besoldung anbieten.

Auch in Bezug auf unsere Nachwuchslehrkräfte sind wir in einer echten Konkurrenzsituation. Schon jetzt wandern zu viele in Schleswig-Holstein ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer nach Hamburg oder Niedersachsen ab und werden uns in Zukunft fehlen. Das wird noch dadurch verschlimmert, dass deutlich weniger junge Menschen ein Lehrerstudium abschließen, als wir in Zukunft an Lehrkräften an unseren Schulen benötigen werden.

In dieser Situation macht es keinen Sinn, die Arbeitsbedingungen für Schleswig-Holsteins Lehrkräfte weiter zu verschlechtern.

(Beifall bei der LINKEN)

Ganz im Gegenteil muss die Landesregierung alles unternehmen, um die Attraktivität des Lehrerberufs in Schleswig-Holstein zu steigern. Bei alledem sollte die Debatte über die Quantität nicht die qualitativen Notwendigkeiten in den Hintergrund drängen. Lehrerinnen und Lehrer an allen Schulen brauchen mehr Zeit für ihre Schülerinnen und Schüler. Deshalb brauchen wir kleinere Klassen und eine deutlich bessere personelle und materielle Ausstattung.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Für den SSW hat nun der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die damalige Große Koalition hatte den Lehrerinnen und Lehrern an den Regional- und Gemeinschaftsschulen noch versprochen, dass sie aufgrund der besonderen Belastungen der Schulzusammenführung und des binnendifferenzierten Unterrichts zukünftig eine Stunde weniger unterrichten müssen. Dieses Versprechen hat Bildungsminister

Dr. Klug nun am 30. März 2010 mit dem Einkassieren des neuen **Pflichtstundenerlasses** gebrochen und deutlich gemacht, womit wir es in der Schulpolitik neuerdings zu tun haben. Wir haben einen Bildungsminister, der nicht für die Bildung kämpft, der den Schulen statt Ruhe Chaos bringt und der seine Arbeit von einer koalitionsinternen Arbeitsgruppe bestimmen lässt, die den pseudo-offiziellen Titel "Haushaltsstrukturkommission" trägt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Für den SSW sage ich ganz klar: So nicht! Aus unserer Sicht war es ein großer Fehler, den angekündigten Pflichtstundenerlass wieder einzukassieren. Nach den Umwälzungen in der Schullandschaft in den vergangenen Jahren ist es wirklich das falsche Signal, die Lehrerinnen und Lehrer als Belohnung für ihre Mehrarbeit auch noch mit zusätzlichen Stunden zu belasten. Zukünftig sollen nämlich die Lehrerinnen und Lehrer an den Regional- und Gemeinschaftsschulen einheitlich 27 Stunden pro Woche unterrichten, an den Gymnasien und den berufsbildenden Schulen 25,5 Stunden.

Es geht bei dem Einkassieren des Pflichtstundenerlasses aber nicht nur darum, dass Lehrerinnen und Lehrer eine Stunde mehr unterrichten sollen. Es geht vielmehr darum, dass der Bildungsminister die desolate **Finanzlage** des Landes auf die Lehrer abwälzt, um so sein umstrittenes Y-Abitur-Modell mit 450 Stellen finanzieren zu können.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Was dem Ganzen aber die Krone aufsetzt, ist die Tatsache, dass die Aufhebung des Pflichtstundenerlasses ein weiterer Beleg dafür ist, dass das gegliederte Schulsystem durch die Hintertür wieder eingeführt werden soll. Es kann doch nicht sein, dass schon wieder nach den **Gemeinschaftsschulen** getreten wird, obwohl die Schwächung dieses Schultyps bei der Landesregierung ja mittlerweile System hat.

Der Unterricht an den Gemeinschaftsschulen ist durch heterogene Schulklassen und ein Mehr an individueller Förderung sowieso schon schwierig. Aber statt dies zu honorieren, wird jetzt noch eins draufgesetzt. Die gymnasialen Fachkräfte der Gemeinschaftsschulen müssen zukünftig 1,5 Stunden mehr als an den Gymnasien unterrichten, und die Differenzierungsstunden wird es ab 2011 auch nicht mehr geben.

Was die Landesregierung mit der Rücknahme des Pflichtstundenerlasses zeigt, ist vor allem, dass ihr

(Lars Harms)

jeglicher Respekt vor der Arbeit an den Gemeinschaftsschulen fehlt -

(Beifall der Abgeordneten Ellen Streitbörger [DIE LINKE])

obwohl gerade diese Schulart durch den Einsatz der Schulleitungen, der Lehrer, der Eltern und auch der Schüler erfolgreich und nachgefragt ist. Das dürfen wir nicht vergessen.

Aus der Sicht des SSW brauchen wir langfristig ein völlig anderes **Modell** zur **Berechnung der Lehrerarbeitszeit**. Die Kopplung der Arbeitszeit an Schulformen, die es zum Teil schon nicht mehr gibt, ist veraltet und führt innerhalb der Lehrerschaft zu großer Unzufriedenheit.

(Beifall der Abgeordneten Detlef Buder [SPD] und Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir brauchen daher ein Modell, das die Arbeitszeit nach Aufwand und Einsatz individuell, transparent und nachvollziehbar darstellt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die umstrittene Verteilung von Unterrichtsstunden nach Schulformen muss abgeschafft und durch eine funktionale Differenzierung nach unterrichteten Fächern ersetzt werden. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel im Verständnis von Schule. Schule muss nämlich als Bildungsort verstanden werden, an dem 100 % der Arbeitszeit einer Lehrkraft wirkungsvoll eingesetzt werden soll. Somit verändern sich das Organisationsbewusstsein innerhalb der Schule und das Selbstverständnis der Schulleitungen und der Lehrerschaft.

Aus Sicht des SSW wäre eine solche Veränderung in Zeiten von Gemeinschafts- und Ganztagsschule zu begrüßen. Wir müssen aufräumen mit dem Bild vom Lehrer, der ein paar Stunden unterrichtet und die restliche Zeit mit Urlaub und Freizeit verbringt. Der Beruf von Lehrerinnen und Lehrern sieht schon lange anders aus. Es liegt an uns, die organisatorischen Rahmenbedingungen der veränderten Wirklichkeit anzupassen und die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer endlich angemessen zu honorieren. Das haben die Lehrerinnen und Lehrer verdient. Wir sollten endlich Ruhe einkehren lassen und allen Lehrerinnen und Lehrern die gleiche Stundenzahl zuweisen, den gleichen Lohn zahlen und selbstverständlich alle Schularten, die wir jetzt haben, gleich behandeln. Die Ungleichbehandlung, die wir jetzt haben, muss endlich ein Ende haben.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat sich Herr Abgeordneter Martin Habersaat gemeldet.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin ein Freund des Hamburger Arbeitszeitmodells dazu bekenne ich mich -, und zwar nicht nur aus der Theorie heraus, sondern aus jahrelanger Praxis.

Was jetzt passiert - wir diskutieren ja heute etwas anderes -, entspricht eher einer Anekdote, die in den Lehrerzimmern in Hamburg und Schleswig-Holstein bekannt ist. Da teilt ein Schulleiter seinen Lehrkräften mit: Verehrter Kollege, verehrte Kollegin, in Anerkennung Ihrer pädagogischen Kompetenz und Ihres vorbildlichen Einsatzes habe ich mir erlaubt, ihre Klasse um fünf Schüler aufzustocken.

Vor diesem Hintergrund sind momentan natürlich auch weitere "gute" Nachrichten zu verkünden. Was uns die Regierung in den vergangenen Tagen präsentiert hat, lässt sich im Politikunterricht gut als Beispiel für machiavellistische Machtpolitik einsetzen: Verkündet dem Volk erst die größtmögliche Grausamkeit, und schmeißt dann ein kleines Stück Zucker hinterher, um es wieder zu beruhigen! Das haben wir gestern bei den Kitas erleben dürfen, und nichts anderes passiert jetzt mit der Stundenermäßigung für Kollegen kurz vor der Pensionierung.

Positiv zwei: Ich hatte bisher immer den leichten Verdacht, Herr Klug sei in seiner Politik Einflüsterungen des Philologen-Verbands unterlegen und hätte möglicherweise eine Beraterin aus diesem Bereich. Herr Klug, mit diesem Erlass haben Sie mir nun bewiesen, dass das natürlich völliger Quatsch ist.

Aber Scherz beiseite. Ich sitze jetzt ein halbes Jahr in diesem Hohen Hause, arbeite ein halbes Jahr in den Ausschüssen mit und hätte persönlich nicht für möglich gehalten, dass es im Bildungsausschuss eine Situation geben kann, in der der Minister in einer Debatte sagt: Es tut mir leid, aber die Haushaltsstrukturkommission hat gesagt, ich muss das tun. - Ich hätte nicht gedacht, dass das überhaupt geht.

Herr Minister Klug, außerdem bitte ich Sie inständig: Lassen Sie es nach, an allen möglichen Fronten die Gemeinschaftsschule in Ihrer Idee auszuhöhlen und die Gemeinschaftsschule in ihrer Arbeitsfä-

(Martin Habersaat)

higkeit zu gefährden, und fangen Sie endlich an, auch dieser Schulform die Chance zu geben, sich so zu entwickeln, wie sie es verdient!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Angesichts der **finanziellen Möglichkeiten des Landes Schleswig-Holstein** kann und darf verantwortungsbewusste Politik keinen Illusionen Vorschub leisten. In den kommenden Jahren führt kein Weg an empfindlichen Einschnitten vorbei, und dazu werden auch Personaleinsparungen gehören. In einer Woche wird die Koalition hierzu ihre Beschlüsse fassen. In diesem Zusammenhang ist auch unsere Entscheidung zur **Unterrichtsverpflichtung** der Lehrerinnen und Lehrer zu sehen.

Die Große Koalition hatte im Jahre 2007, also noch vor der Finanzkrise, verabredet, 300 zusätzliche Planstellen bereitzustellen, um an Regional- und Gemeinschaftsschulen eine einheitliche Pflichtstundenzahl von 26 Unterrichtsstunden zu ermöglichen. Nach den Beratungen, die am 30. März 2010 zur Erarbeitung der Sparvorschläge der Landesregierung in der Haushaltsstrukturkommission geführt haben, ist klar gewesen, dass dieses Vorhaben nicht realisiert werden kann, wenn unter dem Zwang zur Haushaltskonsolidierung gleichzeitig auch eine befriedigende Unterrichtsversorgung gewährleistet werden soll.

Deshalb haben wir den **Pflichtstundenerlass**, der die vorgesehne Absenkung zum kommenden Schuljahr umsetzen sollte, nicht in Kraft gesetzt und unverzüglich eine Neuregelung erarbeitet, die sich nun in der Anhörung befindet. Sie orientiert sich an der Vorgabe, dass die Pflichtstundenregelung für Lehrkräfte in Schleswig-Holstein nicht unter dem Durchschnitt der im Bundesvergleich üblichen Sätze liegen soll. Das ist auch deshalb wichtig, weil Schleswig-Holstein Finanzhilfen in Anspruch nehmen will, und aus Sicht der Bundesländer wäre es widersinnig, Finanzhilfen zu gewähren, wenn Schleswig-Holstein die allgemeinen Standards in einzelnen Bereichen überschreitet.

Darüber hinaus soll für die neuen Schularten eine einheitliche Pflichtstundenzahl unabhängig von der jeweiligen Laufbahn bestehen. Für Realschullehrer bedeutet dies, dass sie an Regional- und Gemeinschaftsschulen wie bisher 27 Wochenstunden unterrichten, Hauptschullehrer erhalten damit eine Ermäßigung um eine halbe Wochenstunde. Auch für sie gilt nach dem neuen Erlassentwurf die Pflichtstundenzahl 27. Das entspricht bei Schularten mit mehreren Bildungsgängen der Situation in den Ländern Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Saarland und dem Mittelwert in Niedersachsen.

Unsere Neufassung des Pflichtstundenerlasses sieht eine Wochenstunde mehr Unterricht für Gymnasiallehrer und für Studienräte der berufsbildenden Schulen vor. Dies entspricht in beiden Fällen beispielsweise der Unterrichtsverpflichtung in Nordrhein-Westfalen im Umgang von 25,5 Wochenstunden.

Wir verlangen unseren Lehrerinnen und Lehrern damit viel ab, und ich hoffe, dass dieser Beitrag von den Menschen in unserem Land gewürdigt werden wird.

Zum Ausgleich werden die älteren Lehrkräfte stärker als bisher entlastet. Künftig soll es nicht nur nach Vollendung des 58. Lebensjahrs eine Altersermäßigung von einer Stunde geben, sondern eine weitere nach Vollendung des 60. und eine dritte Stunde Ermäßigung nach Vollendung des 63. Lebensjahrs.

Auf der einen Seite ist die Neuregelung der Stundendeputate darauf ausgerichtet, die Ziele Unterrichtsversorgung und Haushaltskonsolidierung gleichermaßen zu erreichen. Der rechnerisch damit mögliche Stellenabbau soll nach unseren Vorstellungen unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung vom Schuljahr 2011/2012 an schrittweise erfolgen, das heißt, nicht sofort in vollem Umfang. Dies würde zugleich - wenn wir so verfahren - Jahr für Jahr eine große, ausreichende Zahl von Neueinstellungen ermöglichen, sodass wir Beschäftigungschancen für junge Lehrkräfte, einen ausgewogenen Altersaufbau der Lehrerkollegien und gezielte Einstellungen in Mangelfächern sichern können.

Auf der anderen Seite werden wir Entlastungen für die Lehrkräfte, wie sie zum Beispiel durch den Wegfall von EVIT erfolgt sind, nach der angestrebten Schulgesetzänderung etwa auch durch wesentlich einfachere Vorgaben für viele Prüfungen erreichen.

(Minister Dr. Ekkehard Klug)

Einige Journalisten und natürlich Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition haben nach der Veröffentlichung des neuen Erlassentwurfs einen Zusammenhang mit der geplanten **Option** zwischen **G8** und **G9** an Gymnasien konstruiert. Dies ist nicht zutreffend.

Tatsächlich ergibt sich in den kommenden Jahren ein personeller Mehrbedarf an den Gymnasien durch den Abbau der bisherigen Benachteiligung der Gymnasien bei der Personalzuweisung, durch den erhöhten Unterrichtsbedarf in den aufwachsenden G8-Jahrgängen, die im Durchschnitt 33 Wochenstunden Unterricht nach der Stundentafel haben, sowie durch die Ausstattung der G8-Jahrgänge mit Intensivierungsstunden, die der Wiederholung und Vertiefung des Unterrichtsstoffs dienen und damit die Unterrichtssituation der Schüler in der verkürzten Gymnasialzeit spürbar verbessern sollen. Im Rahmen dieser Zuweisungen können die Gymnasien, wenn sie die Option wahrnehmen wollen, nach der Schulgesetzänderung künftig wieder genauso mit den Personalressourcen einen neunjährigen gymnasialen Bildungsgang anbieten. Wie gesagt, auch wenn man landesweit ausschließlich bei G8 bliebe, bräuchten wir für eine vernünftige Personalausstattung gerade auch der G8-Bildungsgänge die gleiche Personalausstattung, wie wir sie in den kommenden Jahren für den Bereich der Gymnasien vorgesehen haben.

Abschließend noch eine Anmerkung zum Vorschlag der Grünen, ein völlig neues Arbeitszeitmodell einzuführen, bei dem auch alle außerunterrichtlichen Aufgaben zeitlich miteinander verrechnet werden. Ich glaube nicht, dass ein solches Verfahren wirklich sinnvoll wäre. Bei erheblichem Verwaltungsaufwand würde damit nur der Anschein von Gerechtigkeit erzeugt und Zwietracht in den Lehrerkollegien gesät. Der Aufwand für ein solches neues Verfahren wäre erheblich und spricht dagegen, so etwas in Angriff zu nehmen.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine noch größere Illusion liegt freilich jenen gewerkschaftlichen Forderungen zugrunde, die für alle Lehrkräfte eine Absenkung der Unterrichtsverpflichtung auf 24 Wochenstunden verlangen. Die gewerkschaftlichen Forderungen gibt es ja. Dies würde - wenn man das so erfüllen wollte - entweder 1.880 zusätzliche Lehrerstellen kosten

(Beifall der Ranka Prante [DIE LINKE])

oder in entsprechendem Umfang die Unterrichtsversorgung schmälern. Beides ist auf keinen Fall tragbar und hinnehmbar. Deshalb sind diese

Wunschvorstellungen schlicht jenseits jeder Möglichkeit einer Realisierung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Minister Dr. Klug hat seine Redezeit um 2 Minuten 5 Sekunden überschritten. Wollen die Fraktionen von der dadurch ihnen ebenfalls zusätzlich zustehenden Redezeit Gebrauch machen? - Das ist nicht der Fall.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung. Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag, Drucksache 17/560, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag in der Drucksache 17/560 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW ohne Enthaltungen abgelehnt worden.

Ich lasse dann über den Antrag in der Drucksache 17/501 abstimmen. Das ist der Ursprungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zuruf von der CDU: Seid ihr jetzt dafür oder dagegen?)

- Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag in der Drucksache 17/501 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache Sie auf Folgendes aufmerksam. Alle am FC-Landtag Interessierten sollen sich bitte um 14:50 Uhr im Foyer des Plenums für ein Foto versammeln.

Damit unterbreche ich die Sitzung. Die Beratungen werden um 15 Uhr fortgesetzt. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:02 bis 15:04 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich eröffne die Sitzung wieder. Lassen Sie uns zunächst unsere Gäste begrüßen! Wir begrüßen den Traditionsverband des ehemaligen Panzergrenadierbataillons 162 aus Wentorf bei Hamburg. - Herzlich Willkommen!

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

(Beifall)

Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich eine geschäftsleitende Bemerkung zu machen. Es liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag aller Fraktionen zur Nachwahl eines Mitglieds des Medienrats der Medienanstalt Hamburg Schleswig-Holstein, Drucksache 17/562, vor. Es ist beabsichtigt, in dieser Tagung über den Wahlvorschlag abzustimmen. Ich schlage daher vor, den Punkt als Tagesordnungspunkt 11 a einzureihen und ihn am Freitag vor der Abstimmung über die Sammeldrucksache aufzurufen. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 19, 24 und 25 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Kleinstunternehmen von der Jahresabschlusspflicht befreien

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/494

b) Bundesregelung Kleinbeihilfen dauerhaft festschreiben

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/503

c) Wertgrenzen dauerhaft anheben

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/504

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Magnussen von der CDU-Fraktion.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestern hat der Landtag mit überwältigender Mehrheit für die Aufnahme einer Schuldenbremse in die schleswig-holsteinische Verfassung gestimmt. Das ist ein deutliches Bekenntnis dieses Landtags zu einem schwierigen Konsolidierungskurs, der nahezu alle Bereiche betreffen wird. Doch Geld allein ist nicht alles. Wir, die Koalitionsfraktionen, haben uns selbst die Aufgabe ge-

stellt, optimale Rahmenbedingungen für das Land, für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft des Landes zu schaffen. Wir wollen auch mit weniger Mitteln Wachstum schaffen und ermöglichen. Mit diesen Anträgen demonstrieren wir unseren Ansatz.

Verehrte Kollegen, wir diskutieren diese Anträge zwar zusammen, sie beziehen sich allerdings auf unterschiedliche Sachverhalte. Als Erstes wollen wir **Kleinstunternehmen** von der **Jahresabschlusspflicht befreien**. Von dieser Maßnahme würden ungefähr 20.000 Unternehmen allein in Schleswig-Holstein profitieren. Einsparungen in Höhe von 1.200 € je Betrieb ließen sich so erzielen. Das ist eine bürokratische Entlastung für den Mittelstand. Es ist vor allem auch eine finanzielle Entlastung für den Mittelstand.

Dabei darf man jedoch nicht außer Acht lassen, dass der Jahresabschluss natürlich eine Grundlage für die **Bonitätsprüfung** der Unternehmen ist. Regelungen wie das Führen von Büchern und Aufstellen einer Einnahme-Überschuss-Rechnung sowie die persönliche Haftung des Inhabers sind Instrumente, um Grundlagen für die **Kreditvergabe** zu legen.

Das **Freiwilligkeitsgebot** gilt auch hier, wenn ein betroffener Unternehmer persönliche Vorteile und Erkenntnisgewinne für sein Unternehmen sieht. Vor diesem Hintergrund sollte man die Kritik der Kreditreform der Steuerberater wahrnehmen, aber nicht überbewerten, da die Sorge um das eigene Geschäftsmodell der Antrieb zu sein scheint.

Als Zweites wollen wir erreichen, dass die **Bundesregelung** für Kleinbeihilfen verlängert wird. Sie erleichtert unter anderem die Vergabe von Bürgschaften. Dadurch wurde der Bürgschaftsbank ein Instrument gegeben, von dem übrigens nicht nur Unternehmen in Not profitieren.

Das Beste daran ist, in keinem der Fälle, bei der die Bundesregelung zur Anwendung kam, sind Zahlungsausfälle zu beklagen. Wir haben also eine unbürokratische und erfolgreiche Regelung, die leider am Jahresende auslaufen soll. Das wollen wir nicht. Landesregierung und Bundesregierung sehen wir daher in der Pflicht, die notwendigen EU-rechtlichen Änderungen zur Beibehaltung der Bundesregelung Kleinbeihilfen bei der Europäischen Kommission durchzusetzen.

Als letzten Punkt wollen wir, dass die Schwellenwerte bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch die Kommunen dauerhaft angehoben werden. Auch diese Regelung läuft im Rahmen des

(Jens-Christian Magnussen)

Konjunkturpaktes am Jahresende aus. Dabei ermöglicht sie den Abbau von Bürokratie und Kosten durch vereinfachte Wettbewerbs- und Vergabeverfahren. Gleichzeitig erwarte ich eine Stärkung der heimischen Betriebe.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich persönlich sehe jedenfalls keinen Sinn darin, wenn Planungsleistungen für Projekte in Schleswig-Holstein in München durchgeführt oder Bauaufträge an Unternehmen in Thüringen vergeben werden. Gerade die kleineren Maßnahmen müssen unserer Wirtschaft zugute kommen. Die regionalen Visitenkarten sind auch Qualitätsgrundlagen.

(Zuruf von der LINKEN)

- Die auch nicht. - **Regionale Unternehmen** sind ständig im Zugriff. Das darf man nicht vergessen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Anbetracht der Tatsache, dass wir aus dem Tal der größten Finanz- und Wirtschaftskrise kommen, haben wir ein sinnvolles Maßnahmenpaket vorgelegt. Es bleibt allein der Wermutstropfen, dass wir diese Punkte nicht allein beschließen können. Wir brauchen leider die Bundesebene und die europäische Ebene dazu. Dafür ist es notwendig, aus den Ländern heraus ein politisches Signal zu senden. Die kleinen Unternehmen brauchen verlässliche und planbare Rahmenbedingungen. Ich lade daher alle Fraktionen ein, den Anträgen zuzustimmen, damit wir diese Signale in umso stärkerem Maße nach außen senden können und damit diese wahrgenommen werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Regina Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was nach gleich drei Anträgen zu Wirtschaftsfragen so fleißig aussieht, stellt sich für mich bei näherer Betrachtung als recht oberflächliche Symbolpolitik heraus. Gleichzeitig finde ich es sehr schade, dass wir die Situation des Handwerks in Schleswig-Holstein wieder nicht in dieser Tagung beraten werden und dass dieser Tagesordnungspunkt erneut vertagt wird.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Was nach planvollem Handeln der Regierungsfraktionen aussieht, wirkt bei näherer Betrachtung zufällig und beliebig. Meine Sorge ist: Je nachdem, mit wem der sogenannte Mittelstandsbeauftragte der Landesregierung, der von mir sehr geschätzte Kollege Hans Arp, gerade spricht, tröpfelt ein Symbolantrag nach dem nächsten ein. Herr Kollege Arp, für Ihren Titel können Sie nichts. Das ist für mich Politik auf Zuruf, und ich frage mich: Auf wessen Zuruf? -

(Beifall bei SPD und SSW)

Wen wollen Sie mit dem Verzicht auf die Jahresabschlusspflicht unterstützen? - Der Präsident der Bundessteuerberaterkammer hat das Vorhaben ganz richtig ein "Danaergeschenk" genannt.

Herr Kollege Magnussen, Sie haben selbst darauf hingewiesen, dass Jahresabschlüsse die Grundlage jeder **Bonitätsprüfung** bilden. Sie sind wichtig für die Geschäftsbeziehungen zur Hausbank, sie sind wichtig für die Teilnahme an Ausschreibungen. Alle Beteiligten haben sich inzwischen daran gewöhnt, dass sie schnell standardisierte Informationen über Unternehmen brauchen. Für die Unternehmen selbst verbessert die Bilanzpflicht in vielen Fällen auch das Risikomanagement.

Eine Gewinn- und Verlustrechnung, ein Anlageverzeichnis für Abschreibungen und ein Verzeichnis über Forderungen und Verbindlichkeiten müssen Unternehmen ohnehin führen, damit sie den Überblick behalten und eine Steuererklärung machen können. Darauf haben Sie auch hingewiesen, Herr Kollege. Wir waren uns in diesem Haus immer einig, dass Bürokratieabbau kein Selbstzweck ist, sondern zur Minderung von Belastungen dienen soll. Das kann ich hier nicht erkennen. Über den Sinn, den Zweck und die Effizienz der Bundesregelung Kleinbeihilfen könnte man im Wirtschaftsausschuss mit Fachleuten trefflich diskutieren. Zu diesem Zeitpunkt und als Antrag im Landtag erscheint mir dies jedoch willkürlich herausgegriffen. Wenn ich die drei Anträge nebeneinander lege, dann kann ich nicht erkennen, wohin die Reise gehen soll.

Die SPD-Landtagsfraktion steht **einzelbetrieblicher Förderung** insgesamt sehr kritisch gegenüber, das wissen Sie. Die Bürgschaftsbank, die auch die Kleinbeihilfen verwaltet, verfügt bereits über Instrumente, mit denen der Bedarf unserer schleswigholsteinischen Wirtschaftsstruktur sehr viel besser gedeckt werden könnte, zum Beispiel mit dem **Programm "Kapital für Handwerk"**, das mit einem relativ schlanken Antragsverfahren und mit niedri-

(Regina Poersch)

gen Mindestgrenzen niedrigschwellig und bedarfsgerecht ist.

Was aber wollen Sie genau tun, um den Mittelstand zu stärken, nämlich das Handwerk, unsere 120.000 Kleinunternehmen und Familienbetriebe mit unter zehn Beschäftigten und 140.000 Betriebe mit bis zu 50 Beschäftigten? - Was genau ist Ihre Strategie, was ist Ihr Konzept? - Nicht nur meine Fraktion und ich, auch Handwerksbetriebe und andere Klein- und Familienunternehmen wären schon froh, wenn Sie ihnen das Leben wenn nicht leichter, dann wenigstens nicht noch schwerer machen würden, wenn Sie zum Beispiel die Finger vom Sparkassengesetz ließen und mithelfen würden, dass Betriebe und Unternehmen in Schleswig-Holstein auch in Zukunft kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort, in der Region und mit bester Branchenkenntnis haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir wären schon froh, wenn Sie außerdem zum Beispiel mithelfen würden, dass sich die **Betriebe** in Schleswig-Holstein einem fairen Wettbewerb stellen können; mit klaren Vergaberegeln und mit einem gerichtsfesten Tariftreuegesetz, damit Wettbewerb über die Qualität und nicht über Dumpinglöhne stattfinden kann

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet, dass Aufträge der öffentlichen Hand in einem transparenten und nachvollziehbaren Verfahren und nicht freihändig nach Gusto vergeben werden. Die Erfahrungen mit der Lockerung der Vergabevorschriften im Rahmen des Konjunkturprogramms haben leider gezeigt, dass schleswig-holsteinische Unternehmen und Betriebe nicht im erhofften Umfang zum Zuge kamen. Wenn nicht einmal die bestehenden Möglichkeiten zum Nutzen der schleswig-holsteinischen Wirtschaft ausgenutzt werden, dann ist die Frage, welchen Sinn es noch haben kann, die Grenzen weiter zu lockern. Das hört sich - ich muss es leider so deutlich sagen - für mich wie ein Korruptions-Förderungs-Gesetz an. Handeln nach Gutsherrenart würde durch Gesetz geadelt.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir finden Flexibilität und Bürokratieabbau richtig. Jetzt aber mal eben dauerhaft festzuschreiben, dass bis zu einem Betrag von 1 Millionen € beschränkt ausgeschrieben werden kann, dass Aufträge über bis zu 100.000 € freihändig vergeben werden können, kommt einer kompletten Aufhebung der

Wertgrenzen gleich. Da machen wir Sozialdemokraten auf keinen Fall mit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit.

Regina Poersch [SPD]:

Danke, Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. - Wenn die **öffentliche Hand** Aufträge aus Steuermitteln vergibt, dann brauchen wir einen fairen und transparenten Wettbewerb. Das kommt unserer Wirtschaft zugute. Deshalb beantrage ich, die Anträge Drucksachen 17/494 und 17/503 an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Darüber sollten wir wirklich reden. Den Antrag Drucksache 17/504 werden wir Sozialdemokraten ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die drei Anträge von CDU und FDP, die wir nun gemeinsam beraten, haben zwar unterschiedliche Auswirkungen - das stimmt -, aber sie gehen letztlich alle in die gleiche Richtung und haben den gleichen Hintergrund. Sie sollen die Rahmenbedingungen für kleine Unternehmen in Schleswig-Holstein verbessern. Der erste Antrag, Drucksache 17/494, möchte sogenannte Kleinstunternehmen von der Jahresabschlusspflicht befreien. Als Kleinstunternehmen sind Firmen definiert, die zwei der folgenden drei Schwellenwerte nicht überschreiten: Eine Bilanzsumme bis 500.000 €, Nettoumsatzerlöse bis 1 Million € und über das Jahr eine durchschnittliche Beschäftigtenzahl von zehn Mitarbeitern.

Laut Statistikamt Nord haben von den insgesamt über 26.000 Kapitalgesellschaften, die wir in Schleswig-Holstein haben, knapp 20.000 weniger als zehn Beschäftigte und könnten somit von einer **Befreiung** profitieren, wenn sie einen der beiden Schwellenwerte nicht überschreiten. Wie der Kollege Magnussen schon ausgeführt hat, geht es hier um eine freiwillige Entscheidung der Unternehmen und nicht um einen Zwang.

(Christopher Vogt)

Diese Unternehmen können durch eine entsprechende Gesetzesänderung relativ einfach von Bürokratiekosten entlastet werden, denn sie müssten nur noch ihre Bücher für die Steuerermittlung führen. Der Antrag hat also keine steuerrechtlichen, sondern nur handelsrechtliche Auswirkungen. Ich denke, das ist auch jedem klar. Die Kosten für einen Jahresabschluss belaufen sich bei Kleinstunternehmen auf etwa 1.200 € pro Jahr. Das ist immerhin etwas. Selbst wenn die Unternehmen aus Eigeninteresse, wofür es gute Gründe gibt, die Sie benannt haben, weiter eine Bilanz aufstellen wollen, können sie zumindest die Offenlegung beim Bundesanzeiger sparen, was immer noch eine Entlastung von einigen wenigen Hundert Euro pro Jahr bedeuten würde. Das ist auch schon einmal etwas.

Die Änderung dieser Richtlinie hat bereits die erste Lesung des Europäischen Parlaments beschritten. Nun steckt sie leider im Europäischen Rat fest, von dem derzeit Spanien die Präsidentschaft innehat. Ab Juni wird Belgien die Ratspräsidentschaft übernehmen, und es ist festzuhalten, dass sich beide Länder bisher negativ geäußert haben. Frau Kollegin Poersch, Sie wissen dies sicherlich auch. Das ist momentan das Problem, an dem es hakt. Durch diesen Umstand wird der Prozess leider verzögert, und wir wollen mit unserem Antrag Bewegung in die Sache bringen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Und Kiel muss sich zu Wort melden!)

- Genau, Frau Heinold. Kiel muss sich zur Wort melden. Das machen die Grünen in Kiel auch oft, darum wollen wir das auch machen.

Wir wollen mit diesem Antrag die Landesregierung bitten, sich gemeinsam mit der Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, die Richtlinie entsprechend zu ändern und darauf aufbauend auch die entsprechenden Paragrafen im Handelsgesetzbuch. Mit diesem Antrag zur Bundesregelung Kleinbeihilfen wollen wir eine wirkungsvolle Maßnahme des Konjunkturpakets II des Bundes verlängern und festschreiben. Hierbei geht es nicht um ein mit zusätzlichem Geld hinterlegtes Förderprogramm, sondern lediglich um eine Rahmenregelung, auf die Beihilfen, zum Beispiel in Form von Förderprogrammen der öffentlichen Hand, beihilferechtlich gestützt werden können. Es geht hier um einen Höchstbetrag von 500.000 € brutto. Die können beispielsweise als Darlehen, als Bürgschaft auf unterschiedliche Art und Weise gewährt werden.

Die FDP-Fraktion spricht sich mit Blick auf die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen und die oft noch angespannte Lage bei der Kreditvergabe dafür aus, dass diese **Bundesregelung** vor allem für die **Gewährung von Darlehen** genutzt wird. Also nicht zusammenmischen mit der einzelbetrieblichen Förderung, sondern vor allem für die Gewährung von Darlehen. Ich denke, das ist angesichts der Krise auch angebracht.

Diese Regelung stellt aus unserer Sicht eine schnelle und unbürokratische Unterstützungsmöglichkeit für kleine Unternehmen dar, die oft eine besonders niedrige Eigenkapitaldecke haben - im Gegensatz zu größeren Unternehmen - und von der Wirtschaftskrise oft durch Verzögerungseffekte betroffen sind. Das sollten einige Leute auch einmal zur Kenntnis nehmen.

Bei dem Antrag zur Beibehaltung der aktuell geltenden Wertgrenzen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge geht es ebenfalls um eine Weiterführung des Konjunkturpaketes II. Frau Kollegin Poersch, ich muss mich schon sehr wundern, dass Sie sagen, das sei ein Korruptionsförderungsgesetz. Denn die SPD hat es in der Großen Koalition Ende 2008 beschlossen. Ich weiß nicht, ob ich Sie da falsch verstanden habe. Aber auch die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass man natürlich gewährleisten muss, dass es nicht zu intransparenter Vergabe kommt. Das ist aus meiner Sicht leicht übertrieben, wenn man sagt Korruptionsförderungsgesetz. Wir hatten uns eigentlich vorgenommen, dies heute hier in der Sache abzustimmen. Aber ich denke, es ist auch okay, wenn wir diesen Punkt im Ausschuss beraten. Es ist natürlich eine Geschichte, die nicht ganz unheikel ist, aber es ist auf jeden Fall eine sinnvolle Maßnahme des Konjunkturpakets gewesen. Aus meiner Sicht können wir das gern im Ausschuss be-

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es ein sinnvolles Motto "Wir kümmern uns um die Kleinen". Wir würden uns freuen, wenn es nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für die Kindertagesstätten gelten würde.

(Dr. Andreas Tietze)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Aber im Prinzip ist es in Ordnung, dass man sich darum kümmert, wie es im Land aussieht.

In der Wirtschafts- und Finanzkrise haben Sie jetzt drei kleine Themen aufgegriffen. Wir haben uns damit beschäftigt. Ich finde, **Kleinstunternehmen** sind gekennzeichnet - auch in Schleswig-Holstein - durch eine dünne Personaldecke, eine dünne Finanzdecke, und sie unterliegen einem hohen Preisdruck. Deshalb ist es grundsätzlich sinnvoll, sie bei **bürokratischen Auflagen** zu entlasten.

Was verstehen wir unter Kleinstunternehmen? - In der Vierten Richtlinie der EU-Kommission werden Kleinstunternehmen definiert durch eine Beschäftigtenzahl weniger als zehn, eine Bilanzsumme unter 500.000 € und einen Umsatz unter 1 Million €. Ich war selbst sehr erstaunt, bei der Recherche zu dieser Rede festzustellen, dass wir in Schleswig-Holstein fast 90 % solcher Unternehmen haben. Das sind fast 20.000 Unternehmen. Da ist man nicht in einer Minderheit, sondern das ist eine große Anzahl von Unternehmen, um die es hier geht. Insofern ist es auch wichtig, das hier im Land ernsthaft zu beraten und nach Wegen zu suchen. Da haben Sie auch unsere Unterstützung.

Die kleinen und mittelständischen Unternehmen sind das wirtschaftliche Rückgrat des Landes. Sie stellen damit auch die meisten Arbeitsplätze, aber - was wir besonders wichtig finden - auch die meisten Ausbildungsplätze. In dem vorliegenden Antrag geht es um die Herausnahme der Kleinstbetriebe aus der Jahresabschlusspflicht, wie es von der EU-Kommission vorgeschlagen wird.

Grundsätzlich muss es im Interesse eines jeden Unternehmens sein, einen aussagekräftigen Jahresabschluss zu erstellen, also eine Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen. Das ist keine Schikane, sondern es geht darum, dass der Unternehmer nicht allein handelt, sondern für die Finanzlage zu den Banken geht und um Kredite nachsehen will, und deshalb Kredite erhöhen und verlängern will. Deshalb wissen wir alle nach dem Ratingverfahren, auch Basel II, ist es wichtig, dass hier aussagekräftige Unterlagen vorgelegt werden.

Schon jetzt erlaubt die Richtlinie bei Unterschreitung bestimmter Grenzwerte, eine verkürzte Bilanz aufzustellen. Diese **Grenzen** liegen allerdings angesichts der Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein sehr hoch. Wir Grüne befürworten, dass Kleinstunternehmen lediglich die Bücher führen

und eine jährliche Einnahme-Überschuss-Rechnung erstellen zur Ermittlung ihrer Steuern. Wenn die Unternehmen das so wollen, dann sollen sie das auch dürfen.

Zu den Forderungen, die Schwellenwerte bei öffentlichen beschränkten Ausschreibungen von 1 Million € und bei freihändigen Vergaben von 100.000 € über den 31. Dezember 2010 beizubehalten, möchte ich etwas differenzierter Stellung nehmen. Die Heraufsetzung der Wertgrenzen sollte die Auftragsvergabe für Projekte aus dem Konjunkturpaket II beschleunigen. Das ist angesichts der Finanzlage grundsätzlich sinnvoll. Auf der anderen Seite ist die öffentliche Ausschreibung die sauberste und fairste Methode, damit der öffentliche Auftraggeber auch das wirtschaftlichste Angebot erhält. So werden Steuergelder unseres Erachtens nach am effektivsten eingesetzt. Aber es ist hier schon angesprochen worden, im Sinne der Korruptionsbekämpfung muss man darüber nachdenken, ob die Auftragssummen von 100.000 € bis zu 1 Million € Größenordnungen sind, wo manches Unternehmen der Versuchung nicht widerstehen kann. Die Korruption ist hier natürlich ein Problem. Das ist klar.

Für eine **freihändige Vergabe** und eine **beschränkte Ausschreibung** spricht natürlich, dass Aufträge der Kommunen gezielt - das ist alles hier im Hause geeint - an Firmen aus der Region gehen. Wir wollen ja nicht, dass wir Projekte ausschreiben und am Ende die Ausschreibung in Niedersachsen, in Mecklenburg-Vorpommern oder in Nordrhein-Westfalen gewonnen wird, sondern wir wollen, dass unsere **heimische Wirtschaft** diese Ausschreibungen gewinnt. Wenn man das will, dann muss man auch sagen, wie man das organisieren will. Das ist eine sehr berechtigte Frage. Ich selbst habe mich als Kreispolitiker lange schwarzgeärgert, wenn Aufträge unseres Kreises eben nicht in die Region vergeben werden konnten.

Wenn wir dem Landesantrag nun zustimmen, dann unter der Bedingung, dass Sie sich mit gleichem Engagement auch für die Vorbeugung und Bekämpfung der Korruption bei den öffentlichen Auftraggebern einsetzen. Ich gehe davon aus, dass es in unserem gemeinsamen Sinne ist, dass wir hier nicht nachlassen, im Gegenteil. Hier müssen wir aufmerksam bleiben.

Wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise hatte die EU die Möglichkeit eingeräumt, **Kleinbeihilfen** an Unternehmen zu gewähren. Ein Höchstbetrag von 500.000 € darf dabei nicht überschritten werden. Das ist eigentlich ganz schön groß für eine Kleinbeihilfe. Die Beihilfe kann als **Zuschuss**, als **Zins**-

(Dr. Andreas Tietze)

zuschuss, als Darlehen oder als Garantieregelung vergeben werden. Die bundesdeutsche Regelung für Kleinbeihilfen trat in Kraft, und nur mit Zustimmung der EU-Kommission konnte diese Regelung europaweit weitergeführt werden.

Wir finden, die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise ist noch nicht vorbei. Deshalb müssen wir auch hier den Weg gehen und den Unternehmen ermöglichen, diese Kleinbeihilfen weiterhin zu bekommen. Insofern ist es sinnvoll, die Kleinbeihilfenregelung weiterzuführen, aber man braucht auch kein **Monitoring** bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Hier muss genau hingeschaut werden, und dann muss dies wieder auf das Normalmaß zurückgestuft werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion DIE LINKE hat nun Herr Abgeordneter Björn Thoroe das Wort.

Björn Thoroe [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich werde mich in meiner Rede auf den absurdesten Antrag der drei Anträge konzentrieren, den Antrag, Kleinstunternehmen von der Jahresabschlusspflicht befreien. Dieser Antrag zeugt entweder von vollständiger Unkenntnis der wirtschaftlichen Realitäten in diesem Land, von einer abgrundtiefen Fehleinschätzung wirtschaftlicher Abläufe oder aber schlicht und einfach von einer Maßnahme des Herrn Kubicki für seine eigene Steuerberatungsfirma. Insgesamt handelt es sich um einen GAU, den größten anzunehmenden Unsinn.

Die Vorstellung, dass es einem Unternehmen schadet, einmal im Jahr Kassensturz zu machen, ist absurd. Viel mehr ist das, was von Kleinstunternehmen gefordert wird, ja gar nicht.

Mit dem vorliegenden Antrag propagieren Sie ein Geschäftsmodell, in dem ein Kaufmann aus vollem Laden verkauft, sich über die Einnahmen freut, diese für Gewinne hält und sich am Ende wundert, wenn der Laden leer verkauft ist und er dann keine Mittel mehr hat, um neue Waren einzukaufen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das setzt sich fort mit den angestrebten Änderungen im Handelsgesetzbuch. In den einschlägigen Paragrafen geht es um Buchführungspflichten, die

Pflicht zur Aufstellung und Offenlegung. In § 241 a sind bereits Befreiungstatbestände formuliert.

(Zuruf von der CDU: Ganz schön viele!)

Die Wirklichkeit im Land ist doch so, dass es für diese Unternehmen bisher weitestgehend schon **entbürokratisierte Verfahren** gibt.

(Zuruf von der FDP: Welche denn jetzt?)

Diese sind auf das Wesentliche reduziert, nämlich dass ein Unternehmen weiß, wie es um sein Unternehmen steht.

Wir haben heute eine Situation, in der sich sehr viele Menschen selbstständig machen, auch aus dem ALG II, also mit staatlicher Unterstützung. Dies auch, weil die herrschende verfehlte Wirtschaftspolitik hochqualifizierte Menschen um ihre Lebenschancen in geregelten Arbeitsverhältnissen gebracht hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Diesen neuen Unternehmern wollen Sie also raten, nicht kaufmännisch zu handeln, nicht Rechenschaft abzulegen über Einnahmen und Ausgaben, nicht zu schauen, ob sich das, was sie da tun lohnt. - Schöne Wirtschaftsparteien sind Sie!

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, danke! - Peter Lehnert [CDU]: Gern geschehen!)

Und noch etwas: Wenn es unterstützte Unternehmensgründungen gibt, wie sollen diese ohne die Führung von Büchern und Jahresabschlüssen denn irgendwann irgendetwas über Erfolg oder Misserfolg nachweisen? Soll der Fallmanager eine weitere Förderung nach Gefühl bewilligen, weil die schwarz-gelbe Koalition meint, diese Unternehmen müssten nichts dokumentieren?

(Peter Lehnert [CDU]: Hans-Jörn, bleib hier! Hier kannst du noch was lernen!)

Wer sind eigentlich die Adressdaten Ihres politischen Handelns?

(Christopher Vogt [FDP]: Sie nicht!)

Wahrscheinlich sind es jene Kleinstunternehmer, die Ihren Parteien nahestehen und Ihnen die Ohren über zuviel Bürokratie, über den schlimmen Sozialstaat und zu hohe Steuern volljammern.

Die Wirklichkeit sieht aber so aus, dass Sie diese Leute lieber besser informieren sollten. Die Wirklichkeit sieht so aus, dass Sie sich nicht darin gefallen sollten, dieses Jammern auch noch zu unterstützen und diese Unternehmer dann wie kleine Kinder zu behandeln.

(Björn Thoroe)

Wenn Sie einmal mit Kleinstunternehmern sprechen, die wissen, was ein Amt ist, was ein Telefon ist, die ganze Sätze sprechen können,

(Lachen bei CDU und FDP)

werden Sie erfahren, wie unbürokratisch unser Land ist und wie schnell Entscheidungen, die von existenzieller Bedeutung sind, gefällt werden. Sie werden bei Kleinstunternehmern Ihrer Couleur hören, dass diese deshalb niemanden einstellen, weil Krankheitsfälle bei den Mitarbeitern die Firma gefährden, weil das mit der Lohnfortzahlung so schlimm ist. Aber eigentlich müssten Sie ihnen dann sagen, dass es eine Umlagefinanzierung für diese Unternehmen gibt und dass sie nur 10 % der Lohnfortzahlung tragen müssen. Stattdessen verstärken Sie die Unwissenheit mit Ihrem Dauergeraune, das lautet: "Wir leben über unsere Verhältnisse."

(Christopher Vogt [FDP]: Lars, wir setzen alle unsere Hoffnungen in dich!)

Noch ein letzter Gedanke:

(Unruhe)

Das **Handelsgesetzbuch** ist nach der sogenannten Langen Depression von 1873 bis 1896 entstanden. Es gab den Unternehmen **Rechtssicherheit** für ihr Handeln. In dieser Zeit entstand auch der Sozialstaat, also das, was Sie heute beides als lästig empfinden. Wenn Sie jetzt aus Kleinstunternehmen Black Boxes machen, zerstören Sie die erreichte Rechtssicherheit.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ihre Zeit ist abgelaufen! - Lachen bei der FDP)

Björn Thoroe [DIE LINKE]:

Noch ein Satz! - Ihre Parteien stellen sich somit mit diesem Antrag in ein Ausplünderungsverhältnis zum Land. Sie belästigen die Allgemeinheit mit Ihren Anträgen, die der Wirtschaft die Grundlagen ihres Handelns entzieht. Oder wollen Sie Ihr Geschäftsmodell als Miet- und Kaufparteien auf die Wirtschaft übertragen?

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion des SSW hat nun Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

(Unruhe)

Ich bitte um Aufmerksamkeit für die Rede des Abgeordneten.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Politik gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswirkungen der Krise abzufedern. Es wurden milliardenschwere Konjunkturpakete geschnürt. Auch wenn der SSW nicht mit allen Maßnahmen einverstanden war, so war es aus unserer Sicht richtig und notwendig, dass sich die Politik der Aufgabe gestellt hat, um mithilfe von Konjunkturprogrammen gegenzusteuern.

Maßgeblich war für uns, dass antizyklische Impulse gegeben werden. Das soll heißen: Wenn die Wirtschaft auf der Kippe steht, kann der Staat sie sehr wohl vor dem Absturz bewahren, wenn die Eingriffe zum richtigen Zeitpunkt kommen und zielgenau und zeitlich befristet sind.

Damit wäre ich bei zwei der vorliegenden Anträge. Die **Bundesregelung Kleinbeihilfen** wurde im Rahmen der **Konjunkturpakete** aus den bereits genannten Gründen eingeführt. Diese Bundesregelung wurde ausdrücklich mit Genehmigung der EU-Kommission eingeführt und bis Ende diesen Jahres befristet. Es handelt sich dabei um staatliche Beihilfen, um Unternehmen, die aufgrund der Krise in Schwierigkeiten geraten sind, zu unterstützen. Damit verbunden sind klare Regelungen zur **vorübergehenden Gewährung** solcher Beihilfen.

Die Forderung von CDU und FDP, die Regelung für Kleinbeihilfen unbefristet weiterlaufen zu lassen, macht deutlich, dass Sie den Sinn einer solchen Rettungsaktion nicht verstanden haben. Es hat seinen Grund, dass diese Regelung mit einer **Befristung** versehen ist. Wäre dies nicht der Fall, würde es sich dabei um ein Subventionsprogramm handeln, und es widerspräche damit dem prinzipiellen Verbot staatlicher Beihilfen. Dauerhafte Subventionen lehnen wir als SSW - im Gegensatz zu CDU und FDP - aber ab.

Die Regelung für Kleinbeihilfen wurde seinerzeit zur Behebung beträchtlicher Störungen im Wirtschaftsleben eingeführt. Angesichts der derzeitigen Wirtschaftsprognosen und der derzeit zu verzeichnenden Steuerzuwächse ist nicht davon auszugehen, dass die beträchtliche Störung - und nur um so etwas geht es - ewig andauern wird. Daher ist es nur richtig, dass das Programm ausläuft. Was CDU

(Lars Harms)

und FDP fordern, ist **Subventionspolitik** für Unternehmen, und dem werden wir so nicht zustimmen.

Kommen wir nun zum Antrag über die Wertgrenzen! Auch hierbei handelt es sich um einen Teil des Konjunkturpakets, das ebenfalls mit einer zeitlichen Befristung versehen ist. Wir haben seinerzeit die Anhebung der Wertgrenzen begrüßt, da darin die Chance liegt, dass die Gelder in der Wirtschaftskrise in der Region ausgegeben und verdient werden können. Darüber hinaus - und das ist noch viel wichtiger - sollte die bundesweit einheitliche Anhebung der Wertgrenzen dazu beitragen, den bürokratischen Aufwand in der Krisensituation zu verringern, damit die Aufträge in der Krisensituation schneller vergeben werden können. In der damaligen Situation war diese Maßnahme also richtig.

Auf der anderen Seite bergen zu hohe Wertgrenzen aber die Gefahr, den überregionalen Wettbewerb zu erschweren und dass es zu "Hoflieferantentum" und Korruption kommt. Wer sich aber die Wertgrenzen der Länder vor der Einführung des Konjunkturpakets ansieht, stellt fest, dass es durchaus unterschiedlich gehandhabt wurde. Aber sie waren alle weit unter der derzeitigen Grenze. Dafür hat es auch Gründe gegeben. Die Frage ist daher: Wie hoch dürfen die Wertgrenzen überhaupt sein? -Auch in anderen Bundesländern wird bereits diskutiert, welche Grenzen ab 2011 gelten sollen. Aber dies sollten wir im Ausschuss näher erörtern. Da schließen wir uns den Vorstellungen der SPD an. Auf jeden Fall können die Grenzen aber nicht so hoch sein, wie sie derzeit noch sind, weil das nur in der Wirtschaftskrise in Ordnung ist, aber nicht zu normalen Zeiten.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Regina Poersch [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Mit dem dritten vorliegenden Antrag greift die Koalition den Vorschlag der **EU-Kommission** auf, kleine Unternehmen von der Verpflichtung zur Erstellung eines **Jahresabschlusses** zu befreien. In Klammern gesagt: Ein Jahresabschluss ist nicht nur ein Blatt Papier, auf dem ein paar Zahlen stehen. Das ist ein etwas dickeres Werk und belastet durchaus die kleineren Unternehmen.

Die Zustimmung auf EU-Ebene für diese Regelung wird derzeit nur noch als Formalie angesehen. Begünstigt wären danach **kleine Unternehmen**, die entweder eine Bilanzsumme bis zu 500.000 € haben, Umsätze bis zu 1 Million € oder bis zu zehn Beschäftigte beschäftigen. Sollte der Vorschlag durchgehen, ist es an den Mitgliedstaaten, von der

Befreiungsmöglichkeit des Jahresabschlusses Gebrauch zu machen. Wir würden dies auch begrüßen. Es bestünde dann für Kleinstunternehmen aber weiterhin die Pflicht, die Bücher ordnungsgemäß zu führen und eine Gewinn- und Verlustrechnung zur Ermittlung der Steuern zu erstellen. Unternehmen, die sich dafür entscheiden, einen Jahresabschluss zu machen, werden dies ebenfalls auch weiterhin tun können. Es gibt also etwas mehr Freiheit für diese Unternehmen. Das bedeutet, dass tatsächlich die kleinen Handwerksbetriebe davon profitieren könnten, wenn man ihnen diese Hürde nehmen würde. Meine Damen und Herren, das würden wir begrüßen, und darüber könnten wir heute schon abstimmen.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr, Herr de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Tagesordnungspunkte 19, 24 und 25 gehen in die gleiche Richtung. Wir wollen in unserem Land Arbeitsplätze erhalten. Deshalb müssen wir diejenigen besonders unterstützen, die die Arbeitsplätze stellen, nämlich die mittelständischen, kleinen und Kleinstunternehmen. Sie stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Das wird die Mittelstandsoffensive erneut belegen, die die Landesregierung in Kürze vorstellen wird.

Lassen Sie mich aber kurz zu den Inhalten der drei Anträge Stellung nehmen.

Erstens. Der eine Antrag betrifft das Thema Rechnungslegung von Kleinstunternehmen. Man schätzt, dass Vereinfachungen in diesem Bereich bis zu 1.200 € pro Jahr bringen können. Das kann für eine kleine Firma ein großer Betrag sein. Derzeit befasst sich der Bundesrat mit einem entsprechenden Richtlinienvorschlag der Europäischen Union. Wir unterstützen nachdrücklich die europäischen Bemühungen zum Bürokratieabbau für Kleinstunternehmen.

(Beifall bei CDU, FDP, SSW und des Abgeordneten Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweitens. In einem weiteren Entschließungsantrag fordern die Fraktionen von CDU und FDP, die Lan-

(Minister Jost de Jager)

desregierung möge sich im Bundesrat und bei der Europäischen Kommission für eine über den 31. Dezember 2010 hinausgehende **Beibehaltung der Bundesregelung für Kleinbeihilfen** einsetzen. Die Wirtschaftsministerkonferenz hat bereits im Dezember in Lübeck einstimmig den Bund um Prüfung gebeten, die Maßnahmen des Wirtschaftsfonds Deutschland zur Sicherung der Unternehmensfinanzierung zu verlängern beziehungsweise darauf hinzuwirken, dass die EU die zugrunde liegende Regelung nicht auslaufen lässt.

Hintergrund dieser Forderung gegenüber dem Bund war, dass die Maßnahmen des Wirtschaftsfonds in besonderer Weise und entscheidend dazu beigetragen haben, dass die von der Wirtschaftskrise betroffenen Unternehmen Zugang zum **Kreditmarkt** behielten. Insofern haben die Maßnahmen auch einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit gerade im **Mittelstand** geleistet und damit zur Stabilisierung des Arbeitsmarkts.

Bisher hat der **Bundeswirtschaftsminister** noch nicht - leider noch nicht - endgültig Stellung bezogen. Er will sich für Übergangsvorschriften und, falls die EU das Temporary Framework nicht verlängert, für eine Anhebung der derzeit geltenden De-minimis-Schwelle von 200.000 € Beihilfewert in Richtung der Kleinbeihilferegelung, nämlich 500.000 € Beihilfewert, einsetzen. Hierüber wird die Wirtschaftsministerkonferenz im Juni im Einzelnen reden. Dort wird das Bundeswirtschaftsministerium über die Gespräche mit der Europäischen Kommission berichten. Wir werden uns jedenfalls erneut für eine Verlängerung und für eine großzügige Übergangsregelung für die Maßnahmen des **Wirtschaftsfonds Deutschland** einsetzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich will keine Kreditklemme herbeireden. Das sollte man auch nicht tun. Aber ich erkenne noch keine belastbaren Anzeichen dafür, dass die Kreditversorgung des Mittelstands sich durchgreifend verbessert hat. Die KfW sieht sogar die Gefahr, dass Kredite zunehmend knapper werden, während zugleich die Kreditnachfrage steigt. Hierfür müssen wir gewappnet sein. Vor diesem Hintergrund fordern wir weiter, dass die befristeten Maßnahmen verlängert beziehungsweise zumindest durch Übergangsregelungen gestreckt werden, weil die mittelständische Wirtschaft auch über 2010 hinaus eine verlässliche Hilfestellung braucht. Eine fraktionsübergreifende parlamentarische Unterstützung durch den Landtag kann dem nur Nachdruck verleihen.

Zum Schluss noch einige Worte zu dem dritten Antrag, nämlich die großzügigen Auftragswertgrenzen beizubehalten, unterhalb derer öffentliche Aufträge prinzipiell freihändig vergeben oder beschränkt ausgeschrieben werden dürfen. Die Wertgrenzen sind im Rahmen des Konjunkturpakets II angehoben worden, weil es darum ging, dass schnell gebaut wurde. So können beispielsweise Bauaufträge bis zu 1 Million € ohne vorherigen Teilnahmewettbewerb im Wege der beschränkten Ausschreibung vergeben werden.

Die Bundesregierung hat eine umfassende Untersuchung der Auswirkungen der erhöhten Wertgrenzen in Auftrag gegeben. Diese Evaluierungsergebnisse sollten wir abwarten und berücksichtigen. Nach dem, was bei mir ankommt, hat sich diese Heraufsetzung bei sehr vielen Firmen positiv ausgewirkt. Wir sollten aber sicher sein, dass auch eine dauerhafte Erhöhung dieser Grenzen tatsächlich für die kleinen und mittleren Betriebe von Vorteil ist. Insofern sollten wir eine endgültige Positionierung zu dieser Frage abhängig machen von der **Evaluierung**, die die Bundesregierung vorlegen wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt; so ist mir jedenfalls signalisiert worden. Es ist beantragt worden, die Anträge Drucksachen 17/594, 17/503 und 17/504 federführend dem Finanzausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Zurufe von der CDU: Dem Wirtschaftsausschuss federführend!)

- Gern auch umgekehrt. Also, federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Schleswig-Holstein ohne Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen

Antrag der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/294 (neu)

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

b) Sicherung der Gentechnikfreiheit im Anbau sowie in der Nahrungsmittelkette

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN

Drucksache 17/390

Koexistenz landwirtschaftlicher Anbaufirmen

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

Drucksache 17/420

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Lothar Hay von der SPD-Fraktion.

Lothar Hay [SPD]:

Verehrte Frau Präsidentin! Wir sollten uns bei all den Menschen bedanken, die seit Langem engagiert und mit voller Überzeugung für das Recht auf die Erzeugung von **gentechnikfreien Nahrungsmitteln** eintreten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland schon circa 30.000 Bäuerinnen und Bauern, die sich in 190 gentechnikfreien Regionen zusammengeschlossen haben, die Initiativen gebildet haben und die per **Selbstverpflichtung** freiwillig erklärt haben, dass sie keine Gentechnik auf ihren Äckern und Wiesen einsetzen wollen. Auf allen Ebenen ist dadurch Bewegung entstanden mit dem Ziel, gegenüber der Europäischen Union das Recht einzufordern, sich auch gesetzlich abgesichert als gentechnikfreie Region zu erklären.

Dieses Ziel wird von den Oppositionsfraktionen mit den beiden vorliegenden Anträgen unterstützt. Es muss eine **Bundesratsinitiative** eingeleitet werden. Das Selbstbestimmungsrecht für jedes Bundesland muss eingefordert werden.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

In Bayern hat sich der Umweltminister, der einer christlichen Partei angehört, bereits im letzten Jahr klar für ein Selbstbestimmungsrecht bei der Gentechnik ausgesprochen. Er will Bayern zur gentechnikfreien Region erklären. Dies muss in Schleswig-Holstein auch möglich sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

In **Hamburg** hat die Bürgerschaft Anfang Februar fraktionsübergreifend beschlossen, auf Gentechnik zu verzichten, und möchte dies auf die gesamte Metropolregion ausdehnen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr gut!)

Auch die Kirche in **Nordelbien** wird auf allen Pachtflächen in 590 Kirchengemeinden weiter ein Anbauverbot für gentechnisch veränderte Organismen aussprechen, und dies über 2011 hinaus.

Leider war die erste Reaktion auf den Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft, der dort einstimmig zustande gekommen ist, aus unserem Landwirtschaftsministerium, dass auf das noch bestehende **EU-Recht** verwiesen wurde, was man aber ja auch ändern kann.

Kurze Zeit später fand hier im Landeshaus eine Tagung der Initiative "Gentechnikfreies Norddeutschland" statt, die noch einmal überzeugend dargestellt hat, welche Vorteile es mit sich bringt, wenn Norddeutschland insgesamt zu einer gentechnikfreien Region wird.

Für die SPD möchte ich dazu unterstreichen, das wir diese Initiative weiter unterstützen. Vor allem das Ziel, die gentechnikfreie Produktion zu einem **Markenzeichen für Schleswig-Holstein** zu machen, ist aus meiner Sicht zukunftsweisend, weil dadurch unsere Landwirte erheblich bessere Chancen in einem sich verändernden gemeinsamen europäischen Agrarmarkt ab 2015 bekommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Dafür muss in einem ersten Schritt zunächst das EU-Recht geändert werden. Wir brauchen in den Mitgliedstaaten und Bundesländern ein Selbstbestimmungsrecht zum Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Wir wollen von der Europäischen Union **per Gesetz** das Recht erhalten, den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft in unserem Landwirtschafts- und Tourismusland auszuschließen.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle ein Wort zu dem vorgelegten Antrag der Koalitionsfraktionen. Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie wollen: die Koexistenz oder vorgeschaltet ein Monitoring. Beides zusammen geht nicht. Aber vielleicht hören wir ja von den Rednern nachher, wie der Weg der beiden Fraktionen aussieht.

(Lothar Hay)

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und der LINKEN)

Dass es auch anders geht, kann man in Bulgarien sehen. **Bulgarien** hat sich zwar nicht für ein generelles Anbauverbot ausgesprochen, aber nach dem Parlamentsbeschluss muss zu Schutzgebieten ein Abstand von 30 km, von 10 km zu Bienenstöcken und von 7 km zu biologischen Betrieben eingehalten werden. Das bedeutet ein komplettes Anbauverbot. Richtig so!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir waren in Schleswig-Holstein in der rot-grünen Regierungszeit bundesweit führend bei dem Thema "Gentechnikfreie Landwirtschaft".

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das stimmt!)

Da müssen wir wieder hinkommen. Ein **Reinheitsgebot** der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft muss ein von den Verbrauchern gefordertes **Qualitätskriterium** sein.

Die jetzige Regierung möchte im Gegenteil die Forschungsgelder für die Gentechnik erhöhen. Ich glaube, das ist der falsche Weg. Er zeichnet sich aus durch Technikgläubikeit und berücksichtigt nicht die eher negativen Erfahrungen, die es mit gentechnisch veränderten Organismen schon gibt.

Bevor ich mit einem Zitat zum Schluss komme, beantrage ich, dass alle Anträge zur weiteren Beratung an den Umweltausschuss überwiesen werden.

Ich schließe mit einem Zitat: "Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los". Wenn Sie einem Sozialdemokraten nicht glauben, sollten Sie zumindest dem bedeutendsten deutschen Dichter, Johann Wolfgang von Goethe, vielleicht etwas mehr Aufmerksamkeit zollen.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun das Wort Herr Abgeordneter Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gab einmal eine Zeit in Schleswig-Holstein - das war anno 2003 -, da hat die damalige Landesregierung mit zehn anderen Regionen in Europa ein Netzwerk gegründet, das das Ziel hatte, dass sich Regionen in Europa als gen-

technikfrei erklären können. Schleswig-Holstein verkrümelte sich dann - das war eine der ersten frühen Taten der Großen Koalition - 2005 aus diesem Netzwerk. Inzwischen waren über 150 europäische Regionen Mitglied. Wir waren einmal weiter vorn in diesem Land.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Länder können von der EU-Kommission gezwungen werden, **GVOs** für den Anbau zuzulassen. Daher begrüßen wir die Initiative der SPD-Fraktion zu diesem Antrag. Wir halten die Forderung für richtig und unterstützen sie. Wir haben diese Forderung in unserem Antrag wörtlich übernommen. Wir sind aber zugleich überzeugt - daher unser weitergehender Antrag -, dass das nicht genug ist. Im Gegenteil, für sich allein genommen birgt dieser Antrag sogar gewisse Gefahren.

Auch Kommissionspräsident Barroso möchte die Entscheidung über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzenarten künftig gern in die Mitgliedstaaten verlagern. Dazu soll es im Sommer einen Kommissionsvorschlag geben. Barroso hat sich aber auch wiederholt für eine Beschleunigung der **Zulassungsverfahren** ausgesprochen.

Sein neuer Kommissar John Dalli aus Malta hat dann auch ganz dalli dalli die Zulassung für die umstrittene **Stärkekartoffel Amflora** organisiert, geschehen am 2. März, am selben Tag mit einer Pressemitteilung, wo dann auch der Vorschlag angekündigt wurde, dass die Kommission die gentechnikfreien Regionen leichter ermöglichen möchte, verbunden mit der Ankündigung, MON 810 - das ist der besagte **Mais** - leichter zugänglich zu machen, Grenzwerte für Saatgutverunreinigung einzuführen und Kontamination mit nicht zugelassenen genveränderten Organismen zuzulassen.

Das Recht auf eine gentechnikfreie Lebensmittelerzeugung und Landbewirtschaftung als Standortfaktor für Schleswig-Holstein auf Dauer zu sichern, das ist das Gebot der Stunde. Nur damit haben wir die Chance, für unsere qualitätsorientierten Produkte auch zukünftig Absatzmärkte zu finden und zu sichern.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben diesen gentechnikfreien Markt verloren, aber die europäischen und auch die schleswig-holsteinischen Rohstoffe sind nach wie vor gentechnikfrei, und wir täten gut daran, dafür zu arbeiten, dass das auch so bleibt.

(Bernd Voß)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dazu gehört einmal das **EU-Reinheitsgebot** beim **Saatgut**, das die Basis ist, die gentechnikfreie Erzeugung sicherzustellen. Aber auch bei Importen darf für gentechnische Verunreinigungen keine Tür geöffnet werden. Hier muss weiterhin die Nulltoleranz durchgesetzt werden; das entspricht dem Vorsorgeprinzip. Nur weil die **Vereinigten Staaten** mit neuen Gentechniksorten von Monsanto nicht schnell genug auf dem Markt durchkommen und eine Trennung von Produktionszweigen nicht durchsetzen können, sollen wir dafür unser Recht ändern. Wir dürfen diesen Schlampereien, die teilweise bewusst laufen, keinen Vorschub leisten, und wir dürfen sie nicht belohnen. Wir müssen in dieser Frage streng bleiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die **Gentechnikindustrie** hat bewiesen, dass sie überhaupt nichts im Griff hat. Im Gegenteil, sie übernimmt für die Verunreinigungen und die Folgekosten im Handel, in der Erzeugung, in der Lebensmittelwirtschaft überhaupt keine Verantwortung.

Die Regierungskoalition in Berlin erwähnt - das ist ein einmaliger Vorgang - in ihrem Koalitionsvertrag ein bestimmtes Produkt - und auch noch das Unternehmen, die BASF -, das sie durchsetzen wollen, und - wir haben es erlebt - Sie haben die Genkartoffel Amflora durchgesetzt. Das ist so ähnlich, als wenn Sie in den Koalitionsvertrag auch noch reinschrieben: Nur noch der VW Golf soll zukünftig auf den Autobahnen fahren. Auf eine so penetrante Art und Weise wird hier Politik gemacht. Sie schreiben in den Koalitionsvertrag auch rein, wie sie EU-Recht umgehen, wie sie EU-Recht beugen wollen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Wenn ich sehe, dass auch der Koalitionsvertrag in Schleswig-Holstein nicht sonderlich anders tickt, bekomme ich schon ernste Sorgen. Die **Hamburgischen Bürgerschaft** - Herr Hay hat es gesagt - hat mit ihrem Beschluss zur Gentechnikfreiheit einen Anfang gemacht, dem wir als Schleswig-Holsteiner mit zum Erfolg verhelfen sollten. Wenn wir in dieser Landtagstagung eindringlich zur finanziellen Situation der öffentlichen Haushalte diskutiert und beraten haben, sollten wir uns auch hier klarmachen: Wir müssen uns davon verabschieden, immer

wieder mit öffentlichen Mitteln alles zurechtfördern zu wollen, was wir vorher durch falsche Rahmensetzung, durch eine falsche Politik kaputtgemacht haben

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das Land muss mitwirken, Regeln zu setzen für **Verbraucherschutz**, aber auch Regeln zu setzen für Erzeugung und Märkte. Wir haben auch in Schleswig-Holstein viel zu verlieren, auf den Märkten für gentechnikfreie Produkte, aber auch den guten Ruf des Landes für den Tourismus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Heiner Rickers das Wort.

(Zurufe)

Heiner Rickers [CDU]:

Gut, es kann losgehen. Ich habe immer Probleme mit der Höhe des Rednerpults, weil ich vielleicht ein bisschen viel Genfood in mich hineingestopft habe und deswegen etwas lang geraten bin. - Aber das war nur zur Auflockerung.

(Heiterkeit)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum Thema Pro und Kontra beim Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen liegen uns drei inhaltlich unterschiedlich ausgestaltete Anträge der Fraktionen vor.

Im Antrag der SPD-Fraktion - das wurde von Herrn Hay ausgeführt - wird die Landesregierung aufgefordert, sich durch **Bundesratsinitiativen** für eine Änderung des EU-Rechts dahin gehend einzusetzen, dass in den Mitgliedstaaten und Bundesländern eigenständig und rechtswirksam über den Einsatz oder das Verbot gentechnisch veränderter Pflanzen entschieden werden soll.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen weitergehenden Antrag gestellt, der keine Aufweichung der **Kriterien** bei Zulassung und Anwendung von GVOs auf EU-Ebene fordert. Dabei sollen die sogenannte Nulltoleranz für nicht zugelassene GVOs in Lebens- und Futtermitteln und das Reinhaltsgebot für Saatgut erhalten bleiben. - Richtig, Herr Voß?

(Heiner Rickers)

(Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig vorgelesen!)

Der von den Koalitionsfraktionen von CDU und FDP gestellte Antrag zielt darauf ab, sich in Schleswig-Holstein nicht der **internationalen Realität** zu verschließen. Deshalb ist unter Einhaltung strenger, wissenschaftlich abgesicherter rechtlicher Rahmenbedingungen die **Koexistenz** unterschiedlicher **landwirtschaftlicher Anbauformen** zu gewährleisten.

(Beifall bei CDU und FDP - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie wäre es mit internationalen Standards in der Bildungspolitik!)

- Im Moment sind wir bei der Gentechnik! Darüber können wir im Anschluss sprechen.

Meine Damen und Herren, die Forderung nach gentechnikfreien Regionen war sowohl in der 15. als auch in der 16. Legislaturperiode mehrfach Gegenstand der parlamentarischen Auseinandersetzungen im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Bisher hat die Landesregierung auf die Europäische Kommission verwiesen, welche die Ausweisung rechtsverbindlicher gentechnikfreier Regionen als Verstoß gegen bestehendes EU-Recht gewertet hat.

Anfang März dieses Jahres hat sich die Europäische Kommission dahin gehend geäußert, dass die EU-Mitgliedstaaten selbst entscheiden sollen, ob in der EU zugelassene GVOs bei ihnen angebaut werden dürfen oder nicht. Laut EU-Kommissions-Präsident Barroso ist es Ziel, eine "nationale Selbstbestimmung zu ermöglichen, ohne das gesamte GVO-Zulassungsverfahren infrage zu stellen." Bisher konnten sich die Mitgliedstaaten weder im Regelungsausschuss noch im Ministerrat auf die Anbauzulassung von GVOs einigen, sodass die Entscheidung doch wieder in der Kommission gelandet ist und ihr überlassen wurde. In solchen Fällen muss die Kommission die Zulassung erteilen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Darauf haben meine beiden Vorredner hingewiesen. Die Verschiebung eines solchen Zulassungsverfahrens auf die nationale Ebene würde eine entsprechende Änderung der Freisetzungsrichtlinie mit sich bringen. Leider fehlen hier bisher konkrete Entwürfe. Somit bewegen wir uns momentan bei dieser Diskussion im spekulativen politischen

Aus unserer Sicht hat der **EU-Umweltrat** jedoch positive Verbesserungs- und Weiterentwicklungsmöglichkeiten im Zulassungsverfahren von GVOs angedacht. Auch da zitiere ich aus den **Schlussfol**-

gerungen, die bereits 2008 gezogen wurden: Gestärkt werden sollen die Umweltrisikobewertung und die Monitoringregelungen, sozio-ökonomische Vorteile und Risiken von GVOs sollen weiter bewertet und ausgebaut werden, berücksichtigt werden soll das bisher erarbeitete Fachwissen in den genehmigten Verfahren, die gelaufen sind, und berücksichtigt werden sollen sensible und/oder geschützte Gebiete. Diese vier Punkte begrüßen wir als Leitlinien ausdrücklich. Dadurch wird eine Neuausrichtung des Zulassungsverfahrens angestoßen.

Nun werden in den Anträgen der Opposition einige Forderungen aufgestellt - auch das habe ich schon gesagt -, die durch ständiges Wiederholen nicht besser und auch nicht richtiger werden.

So fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag die **Nulltoleranz bei Lebens- und Futtermitteln**. Diese sogenannte Nulltoleranz gilt nach wie vor durch die Verordnung der EG Nr. 1829/2003. Darin sind keine Ausnahmeregelungen für geringe Spuren von Bestandteilen aus nicht zugelassenen GVO vorgesehen.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Voß?

Heiner Rickers [CDU]:

Ich bin gleich durch, dann können wir das diskutieren

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Gut. Prima.

Heiner Rickers [CDU]:

Für zugelassene GVO wird auf EU- und nationaler Ebene nach einer technisch praktikablen Lösung gesucht, die sowohl laboranalytische als auch statistische Parameter als "definierte Null" festlegt. Der EU-Umweltrat sieht momentan vor, für zugelassene GVO einen **Schwellenwert** auf niedrigstem Niveau festzulegen, der gleichzeitig für alle Beteiligten der Warenkette umsetzbar ist. Aus fachlicher Sicht gilt es, politisch einen Wert nicht größer als 0,1 % - nicht 0,0 %, wie Herr Voß sagte - bei entsprechender Qualitätssicherung der Unternehmen zu fordern.

Nochmals: Für nicht zugelassene GVO gilt auch weiterhin die absolute Nulltoleranz.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter, ich sage es ganz ungern, aber Ihre Redezeit ist schon abgelaufen.

Heiner Rickers [CDU]:

Ja, zwei Sätze! - Was das Monitoring-Verfahren in 2007 für mit geringfügig verunreinigtem Rapssaatgut bestellte Ackerflächen in Schleswig-Holstein betrifft, so können wir aus unserer heutigen fachlichen Sicht sagen, dass die Information des MLUR gegenüber dem zuständigen Agrarausschuss als umfassend zu bezeichnen ist.

Die Forderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gemeinsam mit Hamburg freiwillig gentechnikfreie Zonen zu schaffen und dieses durch unterschiedliche Maßnahmen und Strategien zu unterstützen, mag für den Stadtstaat Hamburg politisch umsetzbar sein, ist aber für ein immer noch agrarisch geprägtes Flächenland wie Schleswig-Holstein aus unserer Sicht der falsche Weg.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter - -

Heiner Rickers [CDU]:

Ich komme zum Schluss.

(Heiterkeit - Beifall bei CDU und FDP)

Wir sehen bei Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben für GVO im Pflanzenbau Chancen für Forschung und Entwicklung. Dieser Entwicklung einer Zukunftstechnologie darf sich Schleswig-Holstein nicht verschließen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Offensichtlich hat das Gen nicht nur Auswirkungen auf die Größe, sondern auch andere Auswirkungen.
- Erlauben Sie immer noch eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Voß?

Heiner Rickers [CDU]:

Ich hatte das ja so mit Herrn Voß besprochen.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich hoffe, es sprengt nicht den Rahmen. Ich habe inzwischen zwei Zwischenfragen.

(Heiterkeit)

Die Erste betrifft Ihre letzte Äußerung. An welcher Stelle wird Forschung in Sachen

gentechnisch veränderte Organismen in Schleswig-Holstein oder in Europa behindert? An welcher Stelle wird sie behindert und auf welcher Rechtsgrundlage?

Zweitens. Wie wollen Sie die Auswirkungen in Schleswig-Holstein in den Griff bekommen, wenn wir beim Raps Freisetzungen von gentechnisch veränderten Organismen haben - oder die Koexistenz, wie Sie es so schön beschrieben haben?

- Zur ersten Frage: Wenn ich richtig informiert bin, wird die Forschung momentan nicht behindert. Es könnte aber durchaus sein, wenn wir Schleswig-Holstein zur gentechnikfreien Zone erklären und das auf der Ebene der Bundesländer oder im Bund regeln dürfen, dass wir in Bezug auf Forschung in der Zukunft **Einschränkungen** hinnehmen müssten. Das ist aus Sicht der CDU und der FDP so nicht gewünscht. Momentan wird sie nicht behindert. Das habe ich so aber auch nicht gesagt. Erste Frage.

Zur zweiten Frage: Bezüglich der Rapsflächen sprechen Sie wahrscheinlich die Flächen an, auf denen 2007 verunreinigtes Saatgut ausgesät wurde. Der konkrete Fall wurde vom MLUR begleitet und wird von den ALR ständig kontrolliert. Nach unserer Information ist dieses Problem der verunreinigten Rapsaussaat aus dem Jahr 2007 damit erledigt. Die Flächen wurden mehrmals kontrolliert. Bei Beprobungen wurden keine GVO-veränderten Mechanismen in dem Raps festgestellt, der dort auf diesen Flächen im zweiten Aufwurf hochgekommen ist. Die Pflanzen, die im nächsten Jahr durch Aussaat noch erschienen sind, sind alle per Hand entfernt worden. Insofern gibt es momentan keine Gefahr für die Flächen, dass es zu Kreuzungen oder Aussaat kommen kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Es gibt die Möglichkeit, das im Ausschuss intensiver zu beraten.

Ich erteile nun für die FDP-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Carsten-Peter Brodersen das Wort.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich habe eine Frage! - Heiterkeit - Zuruf: Carsten, keine Zwischenfrage!)

Carsten-Peter Brodersen [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zu diesem Tagesordnungspunkt zwei Anträge und einen Änderungsantrag vorliegen - zwei Anträge, die eine Entwicklung der Gentechnik in Schleswig-Holstein und in ganz Deutschland nicht zulassen wollen.

Wir haben Verständnis für die Bedenken der Bevölkerung. Aber die Chancen, die die Gentechnik mit sich bringt, sollte man nicht von vornherein ablehnen. In der **Pflanzenzüchtung** ist die **Grüne Gentechnik** eine der vielversprechensten Methoden dieses Jahrhunderts. Sie verfolgt die gleichen Ziele wie die klassische Züchtung, stellt jedoch eine bedeutende Entwicklung dar. Die FDP-Fraktion spricht sich in der Gentechnikdiskussion für eine sachliche Abwägung und den Einbezug wissenschaftlicher Erkenntnisse aus. Die Erfolge der Roten Gentechnik sind, glaube ich, unbestritten.

Ich bin wirklich erstaunt über die Kreativität Ihrer Fraktion. Frei nach dem Motto "Alle Jahre wieder", hören wir nun seit 2005 Anträge der Grünen zum Thema Gentechnik.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Das scheint wichtig zu sein!)

Aber was wäre auch ein Jahr ohne einen solchen Antrag der Grünen?

Jetzt ist hinzugekommen, dass wir die Politik des schwarz-grünen Senats in Hamburg unterstützen sollen, der ein **gentechnikfreies Hamburg** fordert. Dieser Wunsch ist vielleicht populär, aber völlig absurd.

(Lachen der Abgeordneten Olaf Schulze [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hamburg mit seinem Hafen als größter Umschlagplatz für Waren aller Art führt diesen Wunsch allein schon ad absurdum. Außerdem lässt die unterschiedliche Struktur und die jeweilige **Bedeutung der Agrarwirtschaft** einen Vergleich zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein gar nicht zu.

Im Hinblick auf die Zulassung wollen wir als Grundlage primär die Orientierung an wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Auch die Nulltoleranz hat in jüngster Vergangenheit bekanntermaßen zu erheblichen Problemen geführt. Es wird sich die Frage stellen, ob uns in Zukunft noch alle notwendigen Rohstoffe zur Verfügung stehen, wenn wir die Nulltoleranzgrenze nicht praxisnäher gestalten.

Der andere Antrag möchte ein Ansetzen im EU-Recht, um Mitgliedstaaten und Bundesländern den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen verbieten zu können.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Carsten-Peter Brodersen [FDP]:

Nein, im Moment nicht.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Nein. - Setzen! - Ich gehe davon aus, dass Sie auch eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Voß nicht erlauben.

Carsten-Peter Brodersen [FDP]:

Ja, das ist so.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Wunderbar. Ich treffe Ihre Stimmungslage.

Carsten-Peter Brodersen [FDP]:

Die Zwischenfrage erlaube ich schon aus dem Grund nicht, weil ich weiß, dass Sie hier eine Fundamentalopposition betreiben und wir nicht zu einer Einigung kommen werden.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Tatsache ist doch, dass seit 1996 zum ersten Mal **gentechnisch veränderte Pflanzen** in nennenswertem Maße angebaut worden sind und sich deren Fläche bis zum Jahr 2004 weltweit auf über 80 Millionen ha ausgeweitet hat. Über 80 Millionen ha ohne Schreckensszenario, einfach nur über 80 Millionen ha Anbaufläche mit gentechnisch veränderten Pflanzen.

Die Grüne Gentechnik kann auf vielfältigste Weise eine nachhaltige Landwirtschaft sichern und einen Beitrag zum **Erhalt natürlicher Ressourcen** und der **Biodiversität** leisten. Im bisherigen weltweiten Anbau haben die Produkte der Grünen Gentechnik die in sie gesetzten Erwartungen voll erfüllt. Sie haben keinerlei Hinweise von schädlichen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt gezeigt. Die Grüne Gentechnik wird auch weiterhin in Europa erfolgreich sein. Das steht außer Frage.

Nun kann man bekanntlich für oder gegen Gentechnik sein, wie wir das auch in dieser Debatte erleben.

(Carsten-Peter Brodersen)

Doch sollten wir eine dritte, sehr entscheidende Komponente ins Spiel bringen: die **Verbraucher**. Wir sind der Auffassung, dass die Nachfrage der Verbraucher das Angebot bestimmen soll und nicht die Politik.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Fragen Sie doch mal die Bürger!)

Die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger dürfen wir ihnen nicht nehmen. Sie sollen selbst entscheiden können, ob sie Lebensmittel mit oder ohne gentechnisch veränderten Pflanzen kaufen oder nicht.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Das Problem ist, dass es keine mehr ohne gibt, weil das alles streut!)

So steht es im Koalitionsvertrag, und so sehen wir auch die Politik der schwarz-gelben Landesregierung: Verantwortung für die Verbraucher, unterstützt durch eine Kennzeichnungspflicht jener Lebensmittel.

Weiterhin ist auch die Forschung im Bereich der Grünen Gentechnik unabdingbar für eine zukunftsfähige Agrarpolitik und Landwirtschaft in Schleswig-Holstein.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter Brodersen, es ist bedauerlich, aber Sie müssen mit Ihren Ausführungen zu einem Ende kommen. Sie haben Ihre Redezeit bereits überschritten.

Carsten-Peter Brodersen [FDP]:

Ich komme zum Ende. Wichtig ist aber, dass das Thema Gentechnik im Interesse der Menschen in unserem Land ideologiefrei, sachlich und konstruktiv diskutiert wird, ohne unbegründete Ängste zu schüren, sondern indem **Chancen und Risiken dieser Technologie** objektiv gegeneinander abgewägt werden.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Und nun ein letzter Satz.

(Heiterkeit)

Carsten-Peter Brodersen [FDP]:

Mehr Verantwortung für den Verbraucher, Forschungschancen und die Verhinderung von Monopolbildung in Nachbarstaaten ist mit Abstand der bessere Weg. Auch Sie sollten das anerkennen

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und deshalb mit derart rückwärtsgewandten Anträgen Schluss machen.

(Zurufe von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE hat nun Frau Abgeordnete Ranka Prante.

Ranka Prante [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zuerst bei den Grünen dafür bedanken, dass sie dieses Thema immer und immer wieder auf den Tisch gebracht haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Ich finde, nur weil es nicht angenommen wird, wird es nicht unwichtiger.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Baasch [SPD]: Wir waren auch dabei!)

- Gut, dann möchte ich mich auch bei der SPD bedanken.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wundere mich allerdings, wenn Sie auch mit dabei waren, warum dieser Antrag in der letzten Legislaturperiode nicht durchgekommen ist.

(Zuruf von der SPD)

- Dankeschön für Ihr Vertrauen.

Mit dem gemeinsamen Antrag von SPD, DIE LIN-KE und SSW wollen wir einen kleinen Schritt in die Richtung gehen, dass man den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen konsequent verbieten kann. Wenn das nicht durchkommt, haben wir bald fünf Großkonzerne, die die alleinige Macht über unsere Nahrungsmittel besitzen.

Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen im Freiland birgt hohe Risiken für Umwelt, Natur und Gesundheit von Tier und Mensch. Die Verbraucher in Deutschland und Europa haben es schon erkannt

(Ranka Prante)

und lehnen mit großer Mehrheit den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Trotzdem versuchen **multinationale Konzerne** der Chemie- und Saatgutindustrie die Agro-Gentechnik in Europa und Deutschland zu etablieren.

Heuchlerisch wirbt Monsanto mit dem Slogan: "Pflanzenanbau mit weniger Pflanzenschutzmitteln". Eigentlich müsste es heißen: "Pflanzenanbau nur mit unseren Produkten", denn die **Düngemittel** zu der Saat gibt es nur vom Anbieter. Ohne Düngemittel keine Ernte. Es ist also nicht so, dass man Gen-Saatgut anbaut und damit höhere Ernten einfährt. Das Steigern der Ertragsraten hat sich bereits in etlichen Studien als Mumpitz erwiesen. Wieso sollte man Gensaat dann anbauen? Um den Welthunger zu bekämpfen? - Für unsere Fraktion ist das Blödsinn.

(Beifall bei der LINKEN sowie vereinzelt bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Noch immer gibt es keine Beweise, dass durch Gentechnik verändertes Saatgut keine Auswirkungen auf den Menschen hat. Selbst der Freilandanbau birgt weitere Risiken. Insbesondere im **Freilandanbau** besteht das **Risiko**, dass die veränderten Gene ungewollt und unkontrollierbar, zum Beispiel durch Bienen oder Pollenflug, auf andere Pflanzen übertragen werden. Die auf diese Art gentechnisch veränderten Sorten können sich weiter selbstständig ausbreiten. Keiner, wirklich keiner, kann die Gefahren abschätzen. Das wollen wir verhindern.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Beibehaltung einer gentechnikfreien landwirtschaftlichen Produktion wird mit zunehmendem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen schwieriger. Gerade dieses Risiko muss zu einem weitergehenden Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen führen. Leider ist durch die EU-Rahmengesetzgebung bereits der Anbau einiger Sorten zugelassen. Nun ist es an der nationalen Ebene, den Verzicht auf die Gentechnik in der Landwirtschaft zu fördern. Dies kann durch die Schaffung gentechnikfreier Regionen erreicht werden.

Zum Antrag der Grünen kann ich nur sagen, dass wir diesen ablehnen werden, da er sich mit der jetzigen Gesetzgebung abfindet. Damit sind wir nicht einverstanden. Wir halten die jetzige Gesetzgebung für nicht ausreichend.

(Beifall bei der LINKEN und SSW)

Laut der Statistik eines industrienahen Verbandes wurden im Jahr 2008 weltweit 125 Millionen ha mit **transgenen Pflanzen** bestellt, obwohl - ich wiederhole mich da noch einmal - keine gesicherten Untersuchungen vorliegen, ob diese Pflanzen für Menschen, Tiere oder die Natur schädlich sind. Wir - denke ich - sind doch keine Versuchskaninchen!

Immer wieder wird der **Welthunger** als Argument im Zusammenhang mit dem Gensaatgut gebracht. Der Welthunger wird durch **Umverteilung** von oben nach unten behoben, nicht durch fragwürdige Gensaaten, die keine größere Ausbeute bei der Ernte bringen.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus der kann der Bauer keine eigene Saat herstellen.

(Zuruf von der CDU)

- Nein, das kann er nicht. Allein das macht deutlich, dass es den Agro-Gentechnikkonzernen nicht um die Lösung von Menschheitsproblemen, sondern um die Eroberung eines lukrativen Marktes geht.

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es geht um die Marktmacht über das Saatgut.

Dieser Antrag könnte ein kleiner Schritt sein, diese Monopolherrschaft zu verhindern, sonst bekommen die Vertreiber von Gensaatgut die Kontrolle über unsere Felder.

CDU und FDP hingegen tun ihr Bestes, damit die Konzerne die Kontrolle gewinnen. Und wie das Spiel funktionieren könnte, sehen wir in Staaten wie Kanada, wo die **traditionellen Anbausorten** verdrängt worden sind. Wir sollten uns dies für Schleswig-Holstein nicht wünschen, ansonsten sähe es langfristig so aus, dass weltweit ein Einheitsbrei angebaut wird, unabhängig von den Gegebenheiten vor Ort. Es gibt schon gute Gründe, warum bisher auf den Feldern weltweit eine Vielfalt vorzufinden ist. Eine geeignete Einheitssupersaat existiert nämlich nicht.

Es gibt keine gesicherten Erkenntnisse darüber, wie sich Gensaat - ich wiederhole mich da noch einmal, weil mir das so wichtig ist - auf Mensch und Umwelt auswirkt. Niemand weiß, welche Langzeitfolgen die Verfütterung solcher Pflanzen für die Tiere und später für den Verbraucher hat.

(Ranka Prante)

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Frau Abgeordnete, auch Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ranka Prante [DIE LINKE]:

Okay, ich beeile mich. Ich spreche ein bisschen schneller. In Schleswig-Holstein wurden in letzter Zeit vier verbotene Gen-Mais-Linien gefunden. Nach Aussage der Landesregierung sind diese nicht zu kontrollieren und somit auch nicht in den Griff zu bekommen. Schleswig-Holstein muss endlich in die Lage gebracht werden, handeln zu können. Die Regierung muss sich im Bundesrat endlich dafür einsetzen, dass wir zum Schutz der Menschen und der Umwelt handlungsfähig werden.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag und darum, dass wir weiterhin im Umwelt- und Agrarausschuss beraten können. Ich würde auch vorschlagen, dass wir ihn im Europaausschuss auch noch einmal diskutieren. - So, jetzt habe ich gestottert und bin fertig.

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort. - Ich nutze vorher die Gelegenheit, gemeinsam mit Ihnen die Volkshochschule Kiel mit dem Frauengesprächskreis und den SPD-Ortsverein Glücksburg auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Herr Abgeordneter Meyer hat das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In regelmäßigen Abständen befasst sich der Landtag seit Jahren mit dem Thema Gentechnik in der Landwirtschaft. Für ein landwirtschaftlich geprägtes Land wie Schleswig-Holstein ist diese politische Diskussion von immenser Bedeutung, denn wir als Parlament haben es zum Teil immer noch in der Hand, die Zukunft für unsere Landwirtschaft zu gestalten. Diesen Gestaltungsspielraum sollten wir dann auch nutzen. In diesem Sinne ist auch unser Antrag zu verstehen.

Was für den einen eine Errungenschaft der modernen Technik ist, ist für den anderen ein unkontrollierbares Risiko. Die Frage ist also: Wo liegt die Wahrheit? Derzeit gibt es hierzu keine endgültige wissenschaftlich untermauerte Stellungnahme, die das eine oder das andere ausschließt. Solange es keine Entwarnung im Bereich der Agro-Gentechnik und es immer noch Risiken gibt, muss es die politische Aufgabe sein, den Umgang mit der Agro-Gentechnik gesetzlich so zu regeln, dass davon keine Gefahr für Mensch und Natur ausgeht.

(Vereinzelter Beifall bei SSW, SPD, BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Aus diesem Grund bleibt deshalb für uns noch festzustellen: Die sicherste Maßnahme ist das absolute **Verbot von Agro-Gentechnik**.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LIN-KEN)

Aus diesem Grund muss Schleswig-Holstein frei von Gentechnik in der Landwirtschaft, im Gartenbau, in der Lebensmittelverarbeitung und im Handel sein.

Hamburg hat es - wie gesagt - bereits vorgemacht und einen interfraktionellen Antrag für ein gentechnikfreies Hamburg verabschiedet. Dies war auch die Intention unseres gemeinsamen Antrages, doch nun liegen uns drei verschiedene Anträge zu diesem Thema vor.

Ich möchte nicht verhehlen, dass ich große Sympathie für den Antrag der Grünen habe. Doch uns geht es im ersten Schritt darum, für Schleswig-Holstein klare Regeln zu schaffen, die Gentechnik bei uns im Land zu verhindern.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Was den Antrag von CDU und FDP angeht, stelle ich fest, dass dort doch ein gewisser Widerspruch besteht. Zum einen wird die Koexistenz begrüßt, unterschiedliche landwirtschaftliche Anbauformen einschließlich der Grünen Gentechnik zu gewährleisten. Das lässt darauf schließen, dass es keine Bedenken gibt, Agro-Gentechnik anzuwenden und zu verarbeiten. Zum anderen wird im letzten Absatz dann aber gefordert, dass ein angemessenes Monitoring auf den Flächen, auf denen im Herbst 2007 gentechnisch veränderter Raps angebaut wurde, durchgeführt werden soll. Das heißt, auf der einen Seite wird instruiert, dass eine Koexistenz bereits heute möglich ist, auf der anderen Seite sind die Folgen aber nicht bekannt und müssen noch untersucht werden.

(Flemming Meyer)

Ich stimme dem Antrag von CDU und FDP in einem Punkt zu: Wir brauchen das Monitoring auf den Flächen, um bei einem Auftreten schädlicher Wirkungen auf die Umwelt frühzeitig reagieren und den Schaden minimieren zu können. Wenn man aber bedenkt, dass das gentechnisch veränderte Saatgut bereits 2007 ausgebracht wurde, frage ich mich, warum man nicht schon viel früher gehandelt hat und so einen Antrag gestellt hat.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solange wir nicht sicher sein können, wie sich die gentechnisch veränderten Organismen auf die Umwelt auswirken, müssen wir alles dafür tun, die Landwirte zu schützen, die sich weigern, gentechnisch veränderte Organismen auf ihren Flächen auszubringen.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rickers?

Flemming Meyer [SSW]:

Ja.

Heiner Rickers [CDU]: Herr Meyer, Sie sagten, 2007 sei verunreinigtes Saatgut ausgebracht worden, scheinbar auch wissentlich, beziehungsweise Sie implizieren zumindest, dass das wissentlich war. Es war GVO-Saatgut, haben Sie gesagt. Es war aber nur eine verunreinigte Partie, die durch Probenahme als auch verunreinigt nachgewiesen wurde. Wissen Sie, dass das so war, oder gehen Sie davon aus, dass auch tatsächlich die ganze Partie GVO-Saatgut war?

- Ob das wissentlich war, weiß ich nicht. Das spielt ja insofern auch keine Rolle.

Heiner Rickers [CDU]: Wussten Sie, dass es nur verunreinigtes Saatgut und nicht GVO-Saatgut war?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ein Fehler und kein gezielter Anbau!)

- Dass es ein Fehler und kein gezielter Anbau war, spielt keine Rolle. Es ist ja tatsächlich ausgebracht worden, und darum dreht es sich. Darin besteht auch die Gefahr.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wie gesagt, solange wir nicht sicher sein können, wie sich die gentechnisch veränderten Organismen auf die Umwelt auswirken, müssen wir alles dafür tun, die Landwirte zu schützen, die sich weigern, gentechnisch veränderte Organismen auf ihre Flächen auszubringen. Dabei handelt es sich bei Weitem um die Mehrheit unserer Landwirte. Ebenso verhält es sich bei den **Verbrauchern**. Die weitaus größte Mehrheit spricht sich heute eindeutig gegen gentechnisch veränderte Nahrungsmittel aus.

Eine **Koexistenz** ist nicht möglich. Pollen werden vom Wind und von Bienen verbreitet. Sie geraten unkontrolliert in den Naturkreislauf und können sich mit den natürlichen Pflanzen kreuzen. Damit werden diejenigen benachteiligt, die gentechnikfrei arbeiten wollen. Denn die **Kosten** für den Nachweis, gentechnikfrei zu sein, bleiben an ihnen hängen. Daher ist die Ausweisung **gentechnikfreier Regionen** ein deutliches Signal an unsere Landwirte, die Verbraucher und zu guter Letzt auch an die Agrokonzerne, dass wir in Schleswig-Holstein gentechnikfrei bleiben wollen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wenn mit Escherichia-Coli-Bakterien, die gentechnisch verändert wurden, in der pharmazeutischen Industrie Insulin hergestellt wird, haben wir nichts dagegen. Wenn aber im Agrarbereich Raps verändert ausgesät wird - das ist eine Pflanze, die von Bienen bestäubt wird, die einen 6-km-Radius bedienen, und die Verwandtschaft in den Naturraum hat, zum Beispiel zur Pflanze Hederich und allen Brassica-Arten; dazu gehört Kohl und so weiter - und wir auch tatsächlich schon gentechnisch veränderten Hederich beobachtet haben - eine Sache, die man sehr schwer in den Griff kriegen kann -, frage ich mich, warum Sie von der CDU und FDP solche Anträge stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Im Agrarbereich gibt es fast ausschließlich nur zwei Arten von veränderten Pflanzen. Das sind

(Detlef Matthiessen)

nämlich die sogenannten Resistenzen gegen Totalherbizide, in der Regel aus eigener Herstellung des Saatzuchtskonzerns. Das heißt also, Monopolisierung und Agrarindustrialisierung sind wirtschaftliche Gefahren, die damit verbunden sind. Schauen wir uns insbesondere die andere Art an, nämlich die Einkreuzung von Bacillus-Thuringiensis-Toxin, das ist ein insektenpathogener Keim, von dem es über ein Dutzend verschiedene Toxinarten mit unschiedlichem Wirkungsspektrum gibt. Vögel und Insekten, die dann saugen, stechen und fressen, gehen daran zugrunde. Wenn sich diese Eigenschaft aus einer Agrarpflanze in der freien Natur verbreitet, kann jeder Laie ablesen, dass das ein katastrophaler Eingriff in das ökologische Gleichgewicht ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Aufgrund der Kürze der Zeit will ich nicht auf die sogenannten paradoxen Effekte eingehen, dass nämlich Fütterungsversuche an Mäusen in Australien dazu geführt haben, dass sie lungenkrank wurden. Damit hat keiner gerechnet. Herr Brodersen, ich sage dies hier, weil mir Fundamentalopposition so viel Spaß macht, nicht etwa, weil es ein ernstzunehmendes Thema ist, vor dem wir zu Recht vor den Gefahren hier in diesem Hause warnen. Im Agrarbereich haben wir gar keine Notwendigkeit zur Einführung solcher Teufelstechnik. Davor warnen wir. Das ist seriöse Arbeit und nicht Fundamentalopposition.

Ich finde Ihre Einlassung unterirdisch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. von Abercron das Wort.

Dr. Michael von Abercron [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Matthiessen, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie auch noch einmal die Anwendungen genannt haben, die sehr positiv sind. Den letzten Satz von Ihnen, mit dem Wort "Teufelszeug", will ich so nicht stehen lassen. Sie haben sehr wohl Beispiele genannt, die diese Technik doch sinnvoll machen, gerade im medizinischen Bereich.

(Beifall bei CDU)

Sie haben völlig zu Recht das Thema **Bacillus thuringiensis** erwähnt. Das zeigt auch, dass es hier in Zukunft eine biologische Möglichkeit geben könnte, Insektizidemaßnahmen zu ersetzen. Wir wissen auch, dass es Risiken gibt. Um diese Risiken zu minimieren, glauben wir, dass es internationaler Regeln bedarf, keiner Insellösung, wie es eine Ausweisung einer kleinen Fläche ist.

Sie haben völlig recht, wenn Sie die Windbestäuber nennen. Welche Grenzen wollen Sie festlegen? Wollen Sie sagen, wir machen hier jetzt eine Insellösung und der Nachbar Dänemark, Österreich oder wer auch immer, darf das dann nicht. Wir müssen eine europäische Regelung finden. Die Europäische Union ist sehr wohl diejenige, die uns in die Lage versetzen kann, das vernünftig zu machen.

Herr Hay, völlig richtig: Die Geister, die ich rief. Die Geister, die ich rief, kann ich, wenn ich Insulinempfänger bin, damit möglicherweise aber auch los werden. Es hat in dem Bereich einige Vorteile und die sollten wir langfristig auch nutzen.

Ich habe gehört, dass Hamburg großes Vorbild ist. Als Agrarland? - Das ist mir völlig neu.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat jetzt aber Herr Abgeordneter Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Herr von Abercron, ich bin doch ein bisschen erschrocken, dass Sie anscheinend überhaupt nicht begriffen haben, worum es hier geht.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie ziehen hier die Rote Gentechnik hervor. Um die geht es hier nicht, über die diskutieren wir überhaupt nicht. Wir diskutieren über die Grüne Technik mit ihren Risiken und unnötigen Risiken bei der Freisetzung. Wir können sie nicht wieder einsammeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW - Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Michael von Abercron [CDU])

- Bitte schön. - Ach so.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Ja, wunderbar. Ich überlegte gerade.

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

Dr. Michael von Abercron [CDU]: Stellen Sie sich vor, über diese Grüne Technik ließe sich eine medizinische Anwendung erreichen. Wären Sie dagegen?

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr von Abercron, Sie haben immer noch nicht begriffen, worum es geht. In dem Moment ist das eine Rote Gentechnik.

(Dr. Michael von Abercron [CDU]: Aber die ließen Sie zu?)

- Bitte keine Zwischenrufe.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Das Thema ist zu ernst. Es hat mich heute wieder sehr erschreckt, mit welchem Radikalismus und mit welcher Technikblindheit insbesondere die FDP an dieses Thema herangeht.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Sie redet davon, dass Handelsströme behindert werden. Herr Brodersen, wissen Sie überhaupt, um welche Menge es sich handelt, die aufgrund der Nulltoleranz bisher nicht eingebracht werden konnte? 0,2 % der Menge an Soja-Mais und so weiter enthielten nicht zugelassene Organismen. Es geht nicht darum, dass deswegen schon große Hungersnöte ausbrechen. Diesen platten Argumentationen sollten wir nicht verfallen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Lassen Sie mich als nächstes Stichwort die Forschung nennen. Es wird immer so getan, als ob Forschung verhindert wird. Herr Rickers hat es vorhin relativiert. Wir müssen zugleich schlicht und einfach feststellen, dass diese Technik über Jahrzehnte kaum Erfolge gebracht hat. Es handelt sich um ein paar Eigenschaften und Pflanzen. Wenn diese riesigen technischen Erfolge möglich wären, hätten wir es weltweit mit einem ganz anderen Maßstab und mit einer ganz anderen Verbreitung zu tun als jetzt. So weit dazu.

Das andere muss man auch unter dem Stichwort **Risiko** und **Folgekosten** abwägen. Der amerikanische Reismarkt ist zum Beispiel zusammengebrochen. Darüber haben Sie auch einmal im Landtag gesprochen. Er ist sogar einmal in der Landtagskantine angekommen. Der Markt ist zusammengebrochen, nachdem nicht zugelassene GVO gefunden wurden. Die entsprechenden Reisfarmer, die Erzeuger, wurden überhaupt nicht entschädigt. Die deutsche Firma Bayer hing mit drin. Es handelt sich um

weltweite Verflechtungen und weltweite Probleme. Die weltweiten Folgekosten und Schäden werden nicht annähernd gedeckt.

Lassen Sie mich noch einmal ganz konkret zum Antrag der CDU und der FDP kommen. Solche Anträge verbreiten bei mir schlicht und einfach Angst und Schrecken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wie kann man mit solchen Positionierungen an das Thema herangehen? Man kann im Grunde genommen nur froh sein, dass wir eine solch starke Zivilgesellschaft haben, die den Durchmarsch der Gentechnik bisher verhindert hat. Herr Hay hat es schon gesagt. In Schleswig-Holstein als dem zentralen Vermehrungsstandort für **Rapssaat** von **Koexistenz** zu reden, ist schlicht und einfach fahrlässig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Rickers, Sie müssen im Grunde genommen wissen, dass sich Raps über die wilden Verwandten auskreuzt. Herr Matthießen hat es bereits gesagt. Das gibt es auch in der Pflanzenwelt. Er bleibt über Jahrzehnte keimfähig. Damit sind wir den wirtschaftlichen Vorteil der Gentechnikfreiheit los. Dann von Koexistenz zu reden und das banal herbeizuschwätzen, finde ich schlicht und einfach fahrlässig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das gilt im Grunde genommen auch für Ihren letzten Punkt.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sie reden von der **Wahlfreiheit** für Verbraucherinnen und Verbraucher. Womit wollen Sie die Verbraucherinnen und Verbraucher beglücken? Wenn wir in die Einzelhandelsgeschäfte gehen, sehen wir, die Masse der Produkte enthalten überhaupt keine Spuren und sind nicht gekennzeichnet. Das wollen Verbraucherinnen und Verbraucher. Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass Sie die hohen Verarbeitungskosten für den Handel erzeugen wollen, um einer Technik zum Durchbruch zu verhelfen.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist wirklich seit geraumer Zeit abgelaufen. Ich muss Sie darauf aufmerksam machen.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank. Ich komme zum Schluss und zum letzten, sehr kurzen Satz.

Ich kann nur dringend empfehlen, den Antrag von CDU und FDP zurückzuüberweisen. Ich kann den vielen Verbänden, Organisationen und Verbraucherinnen im Land nur dringend empfehlen, aktiv zu bleiben. Von der europäischen Gesetzgebung her könnte die Gentechnik sehr schnell kommen.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter, es ist wirklich gut. Was Sie machen, ist nicht akzeptabel. Sie haben mehrfach eine Aufforderung erhalten, zum Ende Ihrer Rede zu kommen.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nur diese Organisationen verhindern das letztendlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter Voß, noch ein weiterer Hinweis an Sie: Geschäftsleitende Anmerkungen an die Landesregierung gibt das Präsidium, nicht der Abgeordnete.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Lothar Hay das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lassen Sie mich drei Bemerkungen machen. Die erste Bemerkung ist: Wir diskutieren heute über **Grüne Gentechnik**. Über Rote Gentechnik haben wir in der Vergangenheit mehrfach diskutiert. Bitte vermengen Sie das nicht miteinander. Das sind zwei total verschiedene und mit anderen Ansatzpunkten zu behandelnde Themenfelder.

Zweite Bemerkung, Herr von Abercron: Es dürfte Ihren bekannt sein, dass es die Vier- und Marschlande in Hamburg gibt. Das ist ein sehr großes Gemüseanbaugebiet. Insofern kann ich die Kolleginnen und Kollegen in **Hamburg** gut verstehen, dass sie Hamburg zu einer **gentechnikfreien Zone** erklärt haben. Das sollten wir auch achten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Dritte Bemerkung: Dass man auf die Grüne Gentechnik verzichten kann, zeigt sich an dem Beispiel der jetzt zugelassenen Kartoffel Amflora mit einem antibiotikaresistenten Gen. Sie wird nur angebaut, weil die Stärkeindustrie sie angeblich aufgrund der guten Eigenschaften benötigt. Es gibt Saatgutbetriebe in Holland, die auf ganz normalem Wege zwei Kartoffeln mit ähnlichen Eigenschaften gezüchtet haben. Für mich stellt sich dann die Frage, in wessen Interesse es eigentlich ist, dass wir uns hier mit gentechnisch veränderten Organismen beschäftigen. Es handelt sich um große Konzerne, die später ein Patent auf diese genveränderten Organismen haben wollen. Damit machen sie Landwirte von großen Konzernen abhängig. Das ist nicht unser Ziel in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Dr. Juliane Rumpf das Wort.

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Anträge der Oppositionsfraktionen fordern die Landesregierung auf, über eine Bundesratsinitiative den **Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen** zu verbieten. Wir haben von den verschiedenen Rednern gehört, dass die EU Pläne hat, die Mitgliedstaaten künftig selbst entscheiden zu lassen. Ich schließe mich dem Votum an, dass wir erst eine Diskussion über diesen Punkt führen sollten, wenn wir konkrete Eckpunkte vonseiten der EU auf dem Tisch haben. Vorher macht es nicht viel Sinn. Voraussichtlich wird sich auch das Bundesrecht aufgrund des **EU-Rechts** ändern.

Herr Voß, ich komme zu dem Antrag, über den Bundesrat das strikte Zulassungsverfahren bei gentechnisch veränderten Pflanzen einzusetzen. Hier sind die Eckwerte, die der Europäische Umweltrat im Jahr 2008 erarbeitet hat, genannt worden. Auch in diesem Fall macht es Sinn, dass wir abwarten, welche konkreten Entwürfe uns die EU vorlegen

(Ministerin Dr. Juliane Rumpf)

wird. Die **Eckpunkte des Umweltrates** begrüße ich grundsätzlich aber auch.

Sie fordern weiterhin die Erhaltung von Nulltoleranz und das Reinheitsgebot für Lebens- und Futtermittel sowie Saatgut. Die Nulltoleranz gilt weiterhin. Die erforderliche technische Lösung für die **Definition der Nulltoleranz** bedeutet nicht die Aufweichung der bisherigen Nulltoleranz. Sie hat sich aber an den technisch machbaren und statistisch abgesicherten Parametern zu orientieren.

Ich komme zu dem von den Fraktionen gemeinsam beantragten **Monitoring** auf den Flächen, auf denen 2007 der verunreinigte Raps ausgesät wurde. Tatsache ist, dass wir alle Flächen mehrfach - auch in diesem Jahr - überprüft haben. Erfreuliches Ergebnis der bisherigen Untersuchungen ist, dass wir kein gentechnisch verändertes Pflanzengut gefunden haben. Aus fachlicher Sicht ist seitens des Landwirtschaftsministeriums alles getan worden, um die Verbreitung gentechnisch veränderter Rapspflanzen in die Umwelt und die Nahrungskette zu unterbinden.

Die Ergebnisse des **Saatgutmonitorings** veröffentlichen wir seit mehreren Jahren im Agrar- und Umweltportal. Bei einer Stichprobe von Importsaatgut aus Ländern mit GVO-Anbau 2 haben wir Saatgutpartien positiv getestet. Dies geschah so rechtzeitig, dass die Partien zurückgerufen werden konnten. Auch dort haben die Kontrollen also funktioniert.

Frau Prante, daher sehe ich keinen Grund, die Menschen in unserem Land zu verunsichern und Panik zu machen. Die Kontrollen wirken. Wir können das sicherstellen. Ich kann wirklich keinen Grund sehen, Panik zu verbreiten.

Zu der Forderung nach Unterstützung des Beschlusses der Hamburger Bürgerschaft für ein gentechnikfreies Hamburg sage ich: Eine gentechnikfreie Region ist eine politische Forderung. Das ist keine rechtsverbindliche Aussage. Sie kann natürlich nur für Hamburg, nicht aber für die Metropolregion gelten. Ich denke, dass wir in Schleswig-Holstein für eine solche politische Aussage im Augenblick keine Mehrheit haben.

Ein Wort zu aktuellen Ereignissen: Sie haben die Stärkekartoffel Amflora genannt. Wir haben im März die Zulassung nach fast 13 Jahren Verfahrensdauer durch die Europäische Kommission bekommen. Beim Anbau von Amflora gilt, dass Koexistenz und Wahlfreiheit zu gewährleisten sind. Ich möchte von der Agrarministerkonferenz berichten, dass wir klare Anbauregeln gefordert haben.

Ein Anbauverbot für Amflora wird vonseiten der Landesregierung aber nicht unterstützt.

Ich möchte mich auch klar zu Koexistenz und Wahlfreiheit bekennen. Die Maßnahmen, die die Koexistenz der verschiedenen Anbauformen sicherstellen sollen, müssen dabei effizient und verhältnismäßig sein. Politik muss einen verantwortungsvollen Rahmen setzen. Sie darf aus meiner Sicht nicht blockieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt. Es ist beantragt worden, die Anträge Drucksachen 17/294 (neu) und 17/390 sowie den Änderungsantrag Drucksache 17/420 als selbstständigen Antrag an den Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend an den Europaausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe!

(Unruhe)

- Wenn ich das richtig sehe, dann ist tatsächlich Ausschussüberweisung beantragt worden, und zwar auch durch Ihre Redner.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

- Ich bitte, das zu klären. Herr von Boetticher, ich bitte Sie, das zu klären. Ich habe in den Reden deutlich verstanden, dass es um Ausschussüberweisung geht.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Axel Bernstein [CDU])

- Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Präsidentin! Wenn ich das eben richtig gesehen habe, dann gab es einige Unsicherheiten in der Frage, ob Ausschussüberweisung erfolgen soll oder nicht. Ich schlage vor, dass wir diese Abstimmung wiederholen.

(Zurufe)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Ich will das noch einmal klären. Ich habe in den Reden vernommen, dass Ausschussüberweisung beantragt wurde. Deshalb muss es erst eine Abstimmung über die Ausschussüberweisung geben. Diese

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

Abstimmung hat es gegeben. Bei dieser Abstimmung hat es keine Mehrheit für eine Ablehnung der Ausschussberatungen gegeben.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe)

- Ich war bei der Gegenprobe, jetzt bin ich bei den Stimmenthaltungen. - Die Mehrheit hat sich für eine Ausschussüberweisung ausgesprochen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Auch am "Europäischen Tag der Meere" Unterstützung und Förderung für die Maritime Wirtschaft deutlich machen!

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/521

Maritime Politik umfassend verstehen!

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/561

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anette Langner das Wort.

Anette Langner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die maritime Branche befindet sich in der tiefsten Krise seit Jahrzehnten. Die Lage der Werften auch in Schleswig-Holstein ist mehr als angespannt. Die aktuelle Situation bei Lindenau macht dies mehr als deutlich. Davon betroffen sind auch die vielen hoch innovativen und überwiegend kleinen und mittelständischen Unternehmen im Zulieferbereich der maritimen Wirtschaft.

Wir haben immer wieder zu Recht betont, wie wichtig die maritime Wirtschaft und die mit ihr verbundene Schiffbauindustrie für unser Land sind. Diesen Bekenntnissen müssen aber Taten folgen. Deshalb will ich heute den Europäischen Tag der Meere nutzen. Sie alle wissen, dass heute dieser Tag ist. Es ist ein Armutszeugnis, dass die Landesregierung an diesem Tag keine eigene Initiative auf den Weg gebracht hat, keine Veranstaltung durchführt und keine Perspektive anbietet, um - wie in den vergangenen Jahren - an diesem Tag die Bedeutung unserer Lage zwischen den Meeren als Wirtschafts-, Innovations- und Wissenschaftsstandort deutlich zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb wollen meine Fraktion und ich diesen Tag nutzen, um die Landesregierung heute nachdrücklich aufzufordern, sich auf europäischer Ebene und bei der Bundesregierung für eine konkrete Unterstützung und Förderung der maritimen Wirtschaft einzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP, ich freue mich besonders, dass Sie sich heute auch bemühen, maritime Politik umfassend zu verstehen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Nach wie vor sind unzureichende Finanzierungsmöglichkeiten eine der größten Schwierigkeiten der Branche. Öffentliche und private Banken beginnen, sich aus Schiffsfinanzierungen, die keine zweistelligen Renditen mehr bringen, zu verabschieden. Dies erleben wir aktuell bei Lindenau. Dass die HSH Nordbank sich aus der Finanzierung des für die Werft überlebenswichtigen Auftrages zurückziehen will, ist, gelinde gesagt, ein Skandal.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und der LINKEN)

Ich bitte die Landesregierung eindringlich, die **HSH Nordbank** in die Pflicht zu nehmen, damit sie ihrer Rolle als **Schiffsfinanzierer** in und für Schleswig-Holstein gerecht wird. Ich weiß, dass im Moment schon viele Bemühungen zur Rettung von Lindenau laufen, und ich bin davon überzeugt, dass wir alle hier in diesem Hause an der Seite der Lindenauer Mitarbeiter stehen.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Dass die Schifffahrtsbranche sich jetzt in der Krise am eigenen Schopf aus dem Schlamassel ziehen soll, wie der maritime Koordinator der Bundesregierung sich das vorstellt, ist wirklich zynisch. Die Landesregierung muss den Bund in die Pflicht nehmen. Der Bund muss stärker als bisher sich an den Ausfallbürgschaften beteiligen. Der maritime Koordinator hat zugesagt zu prüfen, inwieweit die KfW-Sonderprogramme besser an die Bedürfnisse der maritimen Wirtschaft angepasst werden können. Ich erwarte, dass die Landesregierung hier am Ball bleibt. Offensichtlich plant die Bundesregierung auch noch, den Handlungsspielraum der maritimen Wirtschaft weiter einzuschränken. Die Förderung der maritimen Wirtschaft soll bereits ab 2011 um 10 % gekürzt werden. Dass die Krise dann überwunden sein wird, glaubt wohl keiner ernst-

Die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Schiffbauindustrie und ihrer Zulieferer hängt von

(Anette Langner)

ihrer **Innovationsfähigkeit** ab. Gerade jetzt in der Krise ist es von Bedeutung, Innovationshilfen auftragsunabhängig zu gewähren. Schleswig- Holstein hat mit der gewachsenen Verknüpfung von Wissenschaft und maritimer Wirtschaft die allerbesten Voraussetzungen dafür. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie sich in die Diskussion um die Neuausrichtung der nationalen LeaderSHIP-Strategie in diesem Sinne einbringt.

In der umweltgerechten Weiterentwicklung von Schiffbau und Schifffahrt liegen große Potenziale für die Branche. Ein Förderprogramm zur Abwrackung oder Umrüstung alter und umweltschädlicher Schiffe und die Umsetzung des Fünf-Punkte-Aktionsplans "Clean Baltic Shipping" sind hier Ansatzpunkte. Die Europäische Kommission wird den Mittelbedarf der integrierten Meerespolitik den aktuellen Anforderungen anpassen. Hier bedarf es eines abgestimmten Vorgehens der Küstenländer mit der Bundesregierung, um unsere Interessen in Brüssel zu vertreten.

Ich bedaure es in diesem Zusammenhang ganz ausdrücklich, dass das erfolgreiche **Modellprojekt** eines **Beschäftigungspools** einseitig von der Arbeitgeberseite aufgekündigt worden ist. Damit wird die Chance verspielt, in schwierigen Zeiten wertvolles Know-how in den Betrieben zu halten. Das finde ich absolut nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich sehe, welche Lobbyarbeit an Automobilstandorten geleistet wird, dann finde ich, dass unsere maritime Wirtschaft das gleiche Engagement verdient.

(Beifall bei der SPD)

Der Minister wird sicherlich später viele schöne Worte für die Aktivitäten der Landesregierung finden. Fest steht aber: Die Landesregierung bleibt im maritimen Bereich unter den Möglichkeiten unseres Landes

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Das ist schlecht für sie, aber es ist noch schlechter für Schleswig-Holstein. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Torsten Geerdts:

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist der "Europäische Tag der Meere". Die Kollegin Anette Langner hat darauf hingewiesen und diesen Antrag auch initiiert. Es ist gut, dass wir darüber diskutieren. Und wenn nicht hier, wo denn sonst? Das passt zu uns, das passt zu dem Blick heraus, das passt hierher. Allerdings, Frau Kollegin Langner, springen Sie mit Ihrem Antrag zu kurz - Ihre Rede hat das auch gezeigt - und teilweise auch in die falsche Richtung.

Sie kritisierten eben auch wieder, dass die Landesregierung keinen Tag, keine Veranstaltung zum Tag des "Europäischen Tags der Meere" macht. Sie wissen genau, dass so etwas Geld kostet. Wir haben gestern nun einmal beschlossen, wir wollen jetzt sparsam sein.

(Zuruf von der SPD)

Der eine Tag ist nicht entscheidend, sondern das Jahr ist entscheidend, wie Sie sich im Jahr verhalten, ob Sie sich im Jahr diesem Thema widmen und nicht an einem Tag eine Veranstaltung machen. Das allein ist nicht ausschlaggebend. Deshalb brauchen wir hier keine große Show-Veranstaltung, sondern wir messen die Landesregierung an ihren Taten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Anette Langner [SPD]: Das machen wir auch!)

Das ist wichtig, und dazu kommen wir jetzt.

Es ist die Frage: Wie setzt sich dieses Land für die Werften ein? Das ist ein sehr wichtiger und ohne Frage auch ein sehr entscheidender Fakt. Für unser Land Schleswig-Holstein, das Land zwischen den Meeren, sind natürlich die Werften sehr wichtig. Der Wirtschaftsminister wird sicherlich in seiner Rede detailliert darauf eingehen. Unsere Landesregierung - so liest man es auch in der Zeitung - steht in engem Kontakt mit der Bundesregierung und den Nachbarbundesländern im norddeutschen Raum. Beispielsweise wurde bei einem Gespräch im Bundeswirtschaftsministerium bereits im März 2010 eine Aufgabenliste zur Unterstützung der Schiffbauindustrie zusammengestellt. Ich gebe zu, wenn wir die gleiche Unterstützung, wie sie die Autoindustrie hat, bekommen können, sollten wir sie auch für uns, die Schiffbauindustrie, einfordern. Da sind wir uns einig.

(Hans-Jörn Arp)

In jedem Fall steht aber schon eines fest: Die Landesregierung hat gemeinsam mit den Werften eine gute Arbeit bei der **Stabilisierung der Schiffbaubranche** geleistet. Gerade gestern wurde vom VSM, dem Verband für Schifffahrt und Meerestechnik, bestätigt, dass die schleswig-holsteinischen Werften besser aus der Krise oder durch die Krise gekommen sind als andere Werften in anderen Bundesländern. Dieses Verdienst gilt es auch einmal zu würdigen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist nicht nur die Regierung, es sind die Förderbanken, es sind die Geldinstitute, es sind aber vor allen Dingen die Mitarbeiter der Werften, die dieses Lob verdient haben.

Trotzdem darf es auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es Fälle wie die Probleme der Lindenau-Werft immer wieder geben wird. Leider. Werftenprobleme hat es schon immer gegeben, solange es Werften in Schleswig-Holstein gibt, die wird es auch zukünftig geben. Die Landesregierung, insbesondere der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister, setzen sich täglich für den Erhalt und für die Fortsetzung der Beschäftigung der Mitarbeiter und für den Standort bei Lindenau ein.

Ich halte es aber für unredlich, was Sie hier eben gemacht haben und was Herr Dr. Stegner in seiner Presseerklärung gesagt hat, von dieser Stelle aus die **HSH Nordbank** anzugreifen und sie aufzufordern, ins **Risikogeschäft** zu gehen. Das können wir von hier aus nicht leisten, liebe Frau Kollegin Langner.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Das ist Aufgabe der Bank und nicht Aufgabe der Politik.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben doch selbst lange genug im Aufsichtsrat gesessen. Haben Sie nichts, aber auch gar nichts daraus gelernt?

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Gar nichts! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Das wissen Sie doch genau. Das ist keine Förderbank, und wir sind, wenn wir so weitermachen, doch in absehbarer Zeit wieder da, wo wir schon mal waren, dass sie Verluste machen, weil sie Risikogeschäfte eingehen, die sie nicht übersehen. Das können sie doch nicht machen.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Herr Dr. Stegner, das, was Sie heute Morgen bei den Mitarbeitern von Affeld und der Glückstädter Wäscherei gemacht haben, vor den Kindertagesstätten zu stehen, bei den Sparkassen zu reden, das sind große Sprüche, zum Teil Rechtsbruch, wenn Sie sagen, das kann nicht ausgeschrieben werden, das hat doch keine Substanz. Zum Glück sind Sie Oppositionsführer. Ich wünsche Ihnen, dass Sie es mindestens noch zehn Jahre bleiben. Denn so lange will ich noch im Landtag bleiben.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Aber mehr auch nicht.

Meine Damen und Herren, kommen wir zu den Anträgen zurück. Im Gegensatz zur SPD wollen wir mit unseren Anträgen deutlich machen, dass wir die Maritime Politik ganzheitlich verstehen. Das heißt, wir müssen auch die Rahmenbedingungen für die Schifffahrt, die Hafenwirtschaft, den Küstenund Meerestourismus, die Fischereiwirtschaft sowie für die Meeresforschung und die Meerestechnik kontinuierlich verbessern, und das das ganze Jahr über.

Dies sollten wir gerade, weil es doch der "Europäische Tag der Meere" ist, heute nicht vergessen. Hier vermisse ich ein deutliches Bekenntnis im Ursprungsantrag von Ihnen. Das mag auch ein Versehen sein. In jedem Fall ist es aus Sicht von CDU und FDP richtig, ein Augenmerk gerade auf den wichtigen **Wissenschaftsbereich** zu legen. Allein, dass eine gute Aussicht besteht, die Fraunhofer-Einrichtung für Maritime Biotechnologie in Lübeck zu einem Fraunhofer-Institut aufzuwerten, ist ein sehr gutes Signal für den Forschungsstandort Schleswig-Holstein. Aber auch die Stärkung des Exzellenzclusters an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel bleibt weiter im Fokus.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Torsten Geerdts:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ich bin auf der letzten Seite. - Ich bedanke mich, Herr Präsident. Ich bedanke mich bei Ihnen allen. Wir werden in der Sache abstimmen. Ich entschuldige mich, dass ich die Zeit überschritten habe.

(Hans-Jörn Arp)

(Beifall bei CDU und FDP - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: So gehört sich das!)

Präsident Torsten Geerdts:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Kirstin Funke das Wort.

Kirstin Funke [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, dass heute, am 20. Mai 2010, dem "Europäischen Tag der Meere", eine Delegation aus Schleswig-Holstein an den offiziellen Feierlichkeiten und am Symposium in Gijón, Spanien, teilnimmt und maritime Kompetenz unseres Landes vor Ort präsentiert wird.

Ob es der Vertreter des Landes ist oder hochrangige des IfM Geomar, des Instituts für Weltwirtschaft, des Clusters Future Ocean, des Maritimen Museums Flensburg oder der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt - Sie alle zeigen auf der europäischen Bühne, dass Schleswig-Holstein auf dem Gebiet der integrierten Meerespolitik sich nicht nur in den letzten Jahren einen Namen erarbeitet hat, sondern diesen auch auf hohem Niveau weiter ausarbeitet.

(Beifall bei FDP und CDU)

Deswegen kommt es an dem heutigen Tag nicht so sehr darauf an, ob es in Schleswig-Holstein eine Art von Festveranstaltung zum "Tag der Meere" gibt, sondern es ist von größter Bedeutung, dass sich **Schleswig-Holstein** auf **europäischer Ebene** präsentiert; wichtig für die Bereiche Wirtschaft, Forschung, Kultur und politischer Kontakte.

Sehr geehrte Kollegin Langner. Ich empfand es als positiv, dass Sie sich in Ihrem Antrag mit der integrierten Meerespolitik auseinandersetzen, allerdings - und das ist enttäuschend - nur mit einem Teilaspekt. Denn der "Europäische Tag der Meere" ist 2008 nach dem Konsultationsprozess des Blaubuchs der integrierten Meerespolitiken eingeführt worden, um die Wichtigkeit und die entscheidende Rolle der Meere und Ozeane hervorzuheben. Von herausragender Bedeutung ist dabei, dass der innovative Ansatz der integrierten Politiken verschiedene Politikbereiche zusammenfasst, um dem besonderen Faktor "Meer" gerecht zu werden. Denn nur ein integrativer Politikansatz kann die unterschiedlichen Nutzungs- und Schutzinteressen zusammenführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diesem Ansatz der **integrativen Meerespolitiken** hat sich Schleswig-Holstein in vielfältiger Hinsicht angenommen. Erwähnt werden soll hier das Projekt des Clean Baltic Shipping oder die Einführung der Landeshafenordnung zum 1. Januar 2010 mit der Reduzierung der Schwefelemissionen von 0,5 auf 0,1 % im Hafen und der Absenkung des Schwefelanteils im Kraftstoff ab dem 1. Juli 2010 auf See auf 1 %.

Im Bereich der Forschung sei hier die Einrichtung der Forschungsplattform FINO 3 im letzten Herbst zur Erforschung der Bedingungen von Offshore-Windparks zu nennen oder Forschungs- und Wirtschaftsprojekte im Bereich der Aquakultur, wie sie beispielsweise die Fraunhofer Einrichtung - sie wurde schon erwähnt - der Marinen Biotechnologie in Schleswig-Holstein vorbildlich durchführt, wie wir in den letzten Tagen erfahren durften.

Die Meereswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität Kiel mit dem Projekt "Ozeane der Zukunft" und der entsprechenden Exzellenzinitiative gehört ebenfalls dazu.

Auch das Maritime Cluster Schleswig-Holstein soll hier nicht unerwähnt bleiben. Die Kernkompetenz des Maritimen Clusters liegt bei Kommunikationsund Technologietransfers, über Marketing und Internationalisierung bis hin zur Initiierung, Entwicklung und Begleitung von kollaborativen Projekten in der Maritimen Wirtschaft, das heißt zum Schiffbau, bei der Schiffbauzulieferindustrie sowie die Meerestechnik und die Meeresforschungstechnik.

Der Vorwurf der SPD-Fraktion, die Landesregierung würde den Bereich der Meerespolitiken nicht genügend würdigen und ihm nicht genügend Rechnung tragen, kann und darf nicht so stehen gelassen werden. Auch in Zeiten knapper finanzieller Mittel bleibt das Augenmerk auf dem Heimvorteil, den Schleswig-Holstein mit der Lage zwischen beiden Meeren und dem Ausbau der Spitzenposition im maritimen Bereich zu bieten hat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteilte ich Herrn Kollegen Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zukunft der maritimen Wirtschaft in Schleswig-Holstein ist schon oft im Landtag diskutiert worden. Der Landtag weiß

(Dr. Andreas Tietze)

um die besondere industriepolitische Bedeutung des Schiffbaus für Schleswig-Holstein. Die aktuelle Situation ist bedrohlich. Der Wechsel vom Schiffbauboom zur aktuellen Krise ist diesmal so schnell abgelaufen wie noch niemals zuvor. Auch uns hat heute die Berichterstattung über die Vorgänge in der **Lindenau-Werft** aufgeschreckt. Ich finde, man muss 156 Menschen in Schleswig-Holstein - nicht weit von hier - zumindest erklären, warum diese Bank 3 Milliarden € Kapital und 10 Milliarden € Garantien von Hamburg und Schleswig-Holstein bekommt und dann hier so entschieden wird. Das ist für die Menschen, die dort arbeiten, nicht verständlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Die Wirtschaftskrise hat unmittelbar zu einem rapiden Rückgang bei den Schiffstransporten geführt - und das weltweit. Es wird von über 500 Schiffen gesprochen, die aus dem Verkehr gezogen sind, weil es schlicht und ergreifend keine Ladung für sie gibt oder die Charterraten die Kosten nicht decken.

In den Boomzeiten haben die Reeder gut verdient. Diese Gelddruckmaschine ist blockiert oder läuft nicht mehr rund. Selbst die Hamburger Hapag-Lloyd-Reederei steckt in Schwierigkeiten. Die deutschen Schiffswerften hatten noch bis September 2008 ihr Stammpersonal leicht aufgestockt. Das hat Hoffnung geweckt.

Die deutschen **Werften** sind heute sogenannte atmende Unternehmen, die sich durch einen hohen Grad interner und externer Flexibilität auszeichnen. Instrumente wie Arbeitszeitkonten und flexible Schichtgestaltung sind ebenso alltäglich wie der Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen. Inzwischen sind nach Auskunft der IG Metall 3.600 der 23.600 Arbeitsplätze in der Werftindustrie Norddeutschlands verloren gegangen.

Es darf bei der Kieler **HDW** keinen Ausstieg aus dem zivilen **Schiffbau** geben, ein einseitiges Setzen auf den Militärschiffbau engt die Flexibilität ein und kann auf Dauer die Arbeitsplätze nicht sichern. Der Einstieg der arabischen Schiffbaufirma Abu Dhabi MAR ist ausdrücklich zu begrüßen, Thyssen-Krupp hat sich leider völlig aus dem Schiffbau verabschiedet.

Wir fragen uns, warum HDW eigentlich nicht als Systemanbieter in das Geschäft mit der **Offshore-Windenergie** einsteigt. Das fragen wir uns. 4.500 Anlagen in der Offshore-Energie an der deutschen Küste - eine Großwerft wie HDW wäre dafür doch prädestiniert. Sie kann alle Aspekte abdecken, vom

Transport über die Verankerung im Meeresboden bis zur Aufstellung der Windenergie-Giganten. Wir können nicht verstehen, dass sich HDW bei der ersten ausgeschriebenen hydraulischen Arbeitsplattform durch die RWE-Tochter Innogy nur mit angezogener Handbremse beworben hatte. Der Auftrag ging nach Korea - Auftragsvolumen: circa 100 Millionen € - und nicht an die Küste.

Im Gespräch ist jetzt ein Auftrag des Baukonzerns Hochtief Constructions für zwei Hubschiffe mit einem Finanzvolumen von 150 Millionen €. Diese Spezialschiffe sollen für den Aufbau von Großwindanlagen auf hoher See eingesetzt werden. Das ist intelligenter Stahl- und Schiffbau.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt beim SSW)

Hochtief will die Montageschiffe von 2012 an die Offshore-Unternehmen vermieten. Der Aufbau der Offshore-Windparks ist keine Arbeit für zwei oder drei Jahre, sondern dieses Geschäftsfeld ist wirklich für die Küste hoch wichtig. Das ist Zukunftswirtschaftspolitik in den nächsten 30 bis 40 Jahren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

HDW wäre für diese Produkte prädestiniert. Wenn wir den Nord-Ostsee-Kanal in Kiel noch hinzurechnen, dann liegt HDW an der Ostsee wie an der Nordsee und kann an beiden Meeren agieren.

Bis 2030 wird eine Kapazität von 140.000 MW an Offshore-Energie erwartet - ein gigantischer Markt und zukünftiger Wirtschaftsboom für unsere **maritime Industrie**. Das ist Zukunftspolitik.

Ich denke aber auch an die Lindenau-Werft, an die Doppelhüllentanker, an die Katalysatorentechnik für Abgasminderung, an Windantriebe wie das Skysail oder den Flettner-Rotor und an die Nutzung von Brennstoffzellen. Gestern war eine kleine Gruppe aus dem Parlament bei PlanetSolar und hat einen Solarkatamaran besichtigt. Da haben wir gesehen, dass die Zukunft auch auf dem Wasser in der Sonne liegt. Das ist Zukunftspolitik, das ist Innovation

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie vereinzelt bei der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle auch noch etwas zum SPD-Antrag sagen. Ich finde, man muss der SPD dankbar sein, dass sie diesen Antrag heute eingebracht hat und dass wir aufgrund dieses Antrags über das Thema maritime Politik reden. Dafür darf ich mich ausdrücklich bedanken.

(Dr. Andreas Tietze)

Ich möchte aber auch etwas zum Antrag von CDU und FDP sagen. Ich finde, Sie haben sich hingesetzt und inhaltlich gute Gedanken gemacht. Diesen Antrag finde ich auch gut. Die Frage ist, warum diese Gegensätze aufgemacht werden. Wir brauchen doch beides. Wir brauchen auf der einen Seite in Schleswig-Holstein fast jeden Tag als Tag des Meeres. Wenn wir uns hinsetzen und sagen, dass wir das an einem Tag besonders brauchen, dann ist es doch auch kein Problem, wenn wir sagen, dass wir eine bessere Verkehrspolitik und eine bessere Investition und Innovation für unsere Werften wollen. Vielleicht wäre es klug, diesen Antrag noch einmal in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen und uns hinzusetzen und mit der geballten Kraft des Parlaments für die Zukunft unserer Werften zu streiten und uns nicht im Klein-Klein zu verzetteln. Ich finde das eine intelligente Lösung. Vielleicht kommen wir am Ende des Tages noch zu dieser Einsicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroe.

Björn Thoroe [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Beide vorliegenden Anträge zum Europäischen Tag der Meere enthalten durchaus sinnvolle Anregungen, an beiden haben wir aber auch Kritik. Von daher würden auch wir eine Ausschussüberweisung durchaus begrüßen.

Auch DIE LINKE möchte die maritime Wirtschaft in Schleswig-Holstein stärken und die Schifffahrt umweltverträglicher gestalten. Werften in Schleswig-Holstein dürfen nicht pleitegehen, weil sie von den Banken im Stich gelassen werden. Dafür ist die Kieler Werft Lindenau - sie wurde schon genannt - ein aktuelles Beispiel. Volle Auftragsbücher und zaudernde Banken haben Lindenau jetzt doch in die Insolvenz getrieben. Und nicht einmal die mit Milliarden subventionierte HSH Nordbank will einspringen. Jetzt muss die Landesregierung einspringen und Anteile der notleidenden Werft übernehmen oder ihr Kredite geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Sonst wird nach der Wirtschaftskrise - dann, wenn die Wirtschaft wieder wächst - kein **ziviler Schiff-bau** in Schleswig-Holstein mehr übrig sein. Wir sehen es als dramatisch an, dass bei **HDW** bald nur

noch U-Boote gebaut werden sollen. DIE LINKE will einen anderen Weg gehen. Wir lehnen den Bau von U-Booten ab. Wir lehnen es ab, dass aus Kiel Kriegsschiffe in alle Welt exportiert werden.

(Beifall bei der LINKEN - Rolf Fischer [SPD]: So einfach ist es nun auch nicht!)

Diese Kritik vermissen wir im vorliegenden Antrag.

Wir wollen, dass in Schleswig-Holstein an neuen und umweltfreundlichen Schiffen geforscht wird. Wir wollen, dass auf Werften in Schleswig-Holstein moderne, zivile Schiffe gebaut werden.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Auch im Bereich der On- und **Offshore-Windkraft** besteht in Schleswig-Holstein für Werften ein großes unerschlossenes Feld -

(Beifall bei der LINKEN)

sowohl beim Bau von Spezialschiffen für die Wartung und den Aufbau von Windparks als auch beim Bau der Windräder direkt. Wir sehen da riesiges Entwicklungspotenzial für die Werften in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der LINKEN)

Zur maritimen Wirtschaft gehören auch die Häfen in Schleswig-Holstein. Die Häfen in Schleswig-Holstein und darüber hinaus müssen dringend miteinander kooperieren. Wenn sie alle für sich arbeiten, gewinnt keiner. DIE LINKE will, dass ein bundesweites **Hafenkonzept** ausgearbeitet wird, in dem sich jeder Hafen mit seinen Stärken profilieren kann. Wenn alle Häfen wie bisher in Konkurrenz zueinander stehen, verlieren alle.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

Die Fehmarnbelt-Querung ist ein Beispiel dafür, wie es ebenfalls nicht geht. Wer die maritime Wirtschaft stärken will, darf nicht mit unsinnigen Mega-Projekten Arbeitsplätzen bei Fährlinien und Häfen zerstören.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch der Bau des Elbtunnels bei Glückstadt geht in diese Richtung. DIE LINKE lehnt den Bau von Straßengroßprojekten ab. Sie sind wirtschafts- und umweltpolitisch ein Irrweg.

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

(Björn Thoroe)

Maritime Wirtschaft im Sinne des Europäischen Tages der Meere ist auch der Tourismussektor. DIE LINKE will nachhaltigen, umweltschonenden Tourismus stärken. Auch dabei schaden die genannten Großprojekte aus Beton.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen nicht, dass Nah- und Fernerholungsziele in Schleswig-Holstein zerstört werden. DIE LINKE will das Know-how der Universitäten und Fachhochschulen in Schleswig-Holstein ausbauen. Auch hier bedarf es mehr Unterstützung durch die Politik. DIE LINKE erwartet allerdings von der Landesregierung keine Förderung der maritimen Wirtschaft. Die bisherige Politik lässt eher Ignoranz oder Schlimmeres erwarten.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die SSW-Fraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Entwicklung der integrierten Meerespolitik in der Europäischen Union hat Schleswig-Holstein über viele Jahre eine Vorreiterrolle übernommen. Sowohl auf Bundes- wie auf EU-Ebene hat sich Schleswig-Holstein in den gesamten Prozessverlauf eingebracht, ihn mitgesteuert und auch vorangebracht. Diese ambitionierten Schritte hat der SSW selbstverständlich stets konstruktiv begleitet und natürlich auch begrüßt.

Es ist unbestritten, dass dieser integrative Ansatz in der **Meerespolitik** nur Erfolg haben wird, wenn er breite gesellschaftliche Unterstützung auch gerade hier im Land findet. Soll heißen: Die Verzahnung der unterschiedlichen Politikfelder - weg vom sektoralen Denken - ist notwendig und erfordert weiterhin sehr viel politische Arbeit.

Damit wären wir beim vorliegenden Antrag der SPD. Ich teile die Kritik der SPD darüber, dass die Landesregierung in diesem Jahr darauf verzichtet hat, Veranstaltungen zum "Europäischen Tag der Meere" durchzuführen. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass noch im letzten Jahr Ministerpräsident Carstensen, der damalige Wissenschaftsminister Dr. Biel und der Maritime Koordinator Professor Herzig hier im Landeshaus eine ganztägige Veranstaltung zur Landesinitiative "Zukunft Meer" am 20. Mai eröffnet haben. Mit lobenden Worten wurde auf die zentrale Rolle der Meere hingewiesen,

und es wurde deutlich gemacht, dass Meere und Ozeane ungeahnte wirtschaftliche, wissenschaftliche und technologische Möglichkeiten bieten. Ziel der dazugehörigen Ausstellung war, die Vielfältigkeit der maritimen Aufgaben und ihre intensiven Vernetzungen sichtbar zu machen.

Wer aber glaubt, dass dies heute nicht mehr zutrifft, der irrt. Es ist weiterhin wichtig, den "Europäischen Tag der Meere" dafür zu nutzen, um auf die Bedeutung der Meere und Ozeane für die Menschen aufmerksam zu machen. Auch das liegt im Interesse des Landes Schleswig-Holstein.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Zwar findet der deutsche Beitrag zum europaweiten Tag der Meere in diesem Jahr in Cuxhaven statt, aber es hätte uns gut zu Gesicht gestanden, diesen Tag ebenfalls zu begehen. Das wäre auch eine Werbung für unsere Standorte gewesen.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

In Schleswig-Holstein sind rund 50.000 Menschen im maritimen Bereich beschäftigt. Die derzeit sehr angespannte Situation im Bereich der maritimen Wirtschaft hat bereits deutliche Spuren hinterlassen. Auch wenn gestern zu lesen war, dass die Nordunternehmen vergleichsweise gut dastehen, kämpft die Branche insgesamt weiterhin gegen die tiefgreifenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Auftrags- und Umsatzeinbrüche fordern ihren Tribut.

Zwar wurden vonseiten der Bundesregierung im Rahmen der Konjunkturpakete Kreditprogramme und Bürgschaftsrahmen auf den Weg gebracht, aber immer noch verzeichnet die Branche einen Abschwung.

Wenn die maritime Wirtschaft weiterhin eine Zukunftsbranche mit hohem Wachstums- und Beschäftigungspotenzial für Schleswig-Holstein und Deutschland sein soll, dann muss die Bundesregierung die Branche weiter mit entsprechenden Maßnahmen unterstützen. Gerade vor diesem Hintergrund wäre eine werbende Veranstaltung in unserem Land sehr nützlich gewesen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Die von der SPD aufgeführten Punkte zur Verbesserung der Situation tragen nach Auffassung des SSW durchaus zu einer nachhaltigen Entwicklung in der maritimen Wirtschaft bei. Das gilt natürlich

(Lars Harms)

auch für die Vorschläge von CDU und FDP, für die wir auch durchaus Sympathie entwickeln können.

Angesichts des für die Zukunft prognostizierten Anstiegs des Verkehrsaufkommens und der daraus entstehenden Notwendigkeit, verstärkt die Güter auf See- und Wasserwege zu verlagern, bedarf es moderner Lösungen, mit denen wir auch Geld verdienen können. Die daraus wiederum resultierende Notwendigkeit, Wirtschafts- und Umweltbelange unter einen Hut zu bringen, ist mit anderen Worten unumgänglich und auch eine große Chance für uns für die Technologieentwicklung. Denn wir haben das Know-how für solche Lösungen, und das müssen wir dann natürlich auch nutzen. Nur dann wird es uns gelingen, die integrierte Meerespolitik mit Leben zu füllen und damit auch das entsprechende Geld zu verdienen.

Eine solche Veranstaltung nicht nur in diesem Jahr, sondern auch in allen Folgejahren wäre damit auch ein Fenster für die Öffentlichkeit und für die entsprechenden Unternehmen, um zu sehen, was wir hier in Schleswig-Holstein alles leisten können, wozu wir in der Lage sind. Wir sind zu vielem in der Lage und haben viel zu zeigen. Deswegen glaube ich, dass eine solche Veranstaltung Sinn macht.

Ich sehe aber auch ein, dass der Antrag von CDU und FDP natürlich sehr viele konkrete Vorschläge im Bereich der maritimen Wirtschaft außerhalb des Themas dieses Tages - 20. Mai - beinhaltet. Deshalb glaube ich, dass der Vorschlag des Kollegen Tietze eigentlich ein sehr kluger Vorschlag ist, den Antrag in den Ausschuss zu überweisen, einfach deshalb, weil wir für den 20. Mai dieses Jahres ohnehin nichts mehr regeln können. Der ist nämlich heute. Insofern ist das zukunftsorientiert. Wenn wir es hinbekommen sollten, einen gemeinsamen Antrag oder etwas Gemeinsames zu formulieren, das dann auch der maritimen Wirtschaft in ihrer jetzigen Situation hilft, dann ist, glaube ich, sehr viel gewonnen, und dann hat das Parlament gezeigt, dass es handeln kann.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Jost de Jager.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine nachhaltige Unterstützung und Förderung der maritimen Wirtschaft auf europäischer Ebene und bei der Bundesregierung, wie die SPD-Fraktion das am "Europäischen Tag der Meere", also heute, fordert, ist für die Landesregierung das ganze Jahr über übrigens eine Selbstverständlichkeit und wird, glaube ich, auch von niemandem infrage gestellt, genauso wie von niemandem ernsthaft infrage gestellt werden kann, dass das Land Schleswig-Holstein - das meine ich jetzt gar nicht auf einzelne Regierungen bezogen oder parteipolitisch - natürlich immer einen Schwerpunkt auch auf die Meeresaktivitäten gelegt hat. Das ist hinterlegt. Jeder weiß in Brüssel, dass wir eine integrierte Meerespolitik haben. Jeder weiß, dass wir in den verschiedenen Feldern das ist ja auch ausgeführt worden - der maritimen Wirtschaft und Wissenschaft aktiv sind: neue Felder wie die Aquakultur, klassische Felder wie die Meereskunde. Sie werden nächste Woche erleben, dass die Exzellenzfähigkeit der schleswig-holsteinischen Universitäten im Bereich Meereskunde nach wie vor Bestandteil der Wissenschaftspolitik des Landes ist. Insofern ist es sehr eindeutig, dass natürlich die Landesregierung diesen integrativen Ansatz auch tatsächlich unterstützt.

Was wir darüber hinaus brauchen, und zwar nicht nur in einem allgemeinen oder integrierten Sinne, sondern in einem konkreten Sinne, ist ein nachhaltiges und zwischen der maritimen Wirtschaft sowie Bund und Ländern abgestimmtes Konzept zur Bewältigung der Krise, die sehr stark eine Schifffahrtskrise und hier bei uns natürlich auch eine Werftenkrise ist. Die maritime Wirtschaft ist in besonderer Weise betroffen. Die Landesregierung arbeitet in einem engen Kontakt vor allem mit dem Maritimen Koordinator in den Gesprächen, die schon skizziert worden sind, um die Situation zu verbessern.

Es ist bekannt, dass der **Schiffbau** in Schleswig-Holstein derzeit vor großen Herausforderungen steht. Die Tatsache, dass die deutschen Reeder nur zu einem verschwindend kleinen Bruchteil ihre Aufträge bei deutschen Werften platzieren, ist ein deutliches Warnsignal für Deutschland als Standort der maritimen Wirtschaft. Umso mehr gilt es, dem Schiffbaustandort Deutschland und seinen Zulieferbetrieben eine Perspektive aufzuzeigen. Das meine ich auch in einem ganz konkreten Sinne.

Deshalb möchte ich, Frau Langner, noch einmal auf das eingehen, was Sie eingangs zum Thema Lin-

(Minister Jost de Jager)

denau gesagt haben. Zunächst einmal möchte ich uns davor warnen, dass wir die Sorge um die Arbeitsplätze bei der **Lindenau-Werft** hier zu einem politischen oder parteipolitischen Zankapfel machen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das haben die Arbeitsplätze nicht verdient, das haben die Menschen dort nicht verdient, und das würde auch den Standort tatsächlich gefährden.

Ich möchte auf etwas anderes hinweisen. Es ist gerade diese Landesregierung, es ist gerade dieser Ministerpräsident, der sich in einem hohen persönlichen Engagement dafür einsetzt, dass Lindenau gegenwärtig geholfen wird. Das ist auch notwendig. Denn es ist nicht so einfach, wie Sie es hier darstellen, zu sagen - Herr Stegner, Sie haben ja, glaube ich, da auch applaudiert -: Jetzt soll die HSH Nordbank mal das Geld bereitstellen; schließlich haben wir es mit den 3 Milliarden € garantiert. Ich habe es nicht so verstanden, dass diese 3 Milliarden € Garantie für die HSH Nordbank zur Verfügung gestellt worden sind, damit die HSH Nordbank künftig all die Geschäfte macht, die die anderen Banken nicht mehr machen wollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich bin auch nicht der Auffassung, dass das zu dem neuen Geschäftsmodell der HSH Nordbank gehört. Vielleicht hat so etwas zu der Situation der HSH Nordbank geführt, aber es gehört nicht zu dem Geschäftsmodell der HSH Nordbank.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, und ich sage auch Ihnen, Herr Stegner, weil Sie es offenbar nicht wissen: Die Aufgabe ist komplexer. Es geht nicht darum, dass wir jetzt sagen: Wir befehlen Gehorsam; eine Bank, die uns mit gehört, muss es jetzt machen. Vielmehr geht es darum, dass man jetzt Finanzierungsgespräche moderieren muss, die zu einer Risikoverteilung führen, die uns tatsächlich noch in die Lage versetzt, die ausstehenden Millionen, um die es dort noch geht, als Betriebskostenzuschuss zu finanzieren.

Das machen wir. Wir haben morgen zu einem Finanzierungsgespräch bei uns im Haus eingeladen. Dort ist die HSH Nordbank dabei, dort ist der Insolvenzverwalter der Lindenau-Werft dabei, dort sind andere Banken und Förderinstitute dabei. Ich hoffe, dass wir vielleicht einen Weg finden können, eine solche Risikoverteilung auch tatsächlich vorzusehen. So kann man es machen. Aber man kann es nicht dadurch machen, dass man jetzt eine Bank auf eine Reise schickt, die sie am Ende wirtschaftlich

nicht tragen und verantworten kann. Insofern, meine Damen und Herren, ist die Welt auch hier komplexer, als Sie sie darstellen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ärgert mich übrigens auch persönlich. Das ist vielleicht der Unterschied zwischen Opposition und Regierung. Unsere Verantwortung ist nicht teilbar. Wir können es uns nicht erlauben, uns heute hinzustellen und zu sagen, die HSH Nordbank soll es machen, und uns morgen hinzustellen und zu sagen, die HSH steht aber schlecht da. So geht es nicht, und insofern ärgert es mich auch persönlich.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Darüber hinaus müssen wir Sorge dafür tragen, dass wir die flankierenden Instrumente, die es gibt, so nutzen und schärfen, dass wir der maritimen Wirtschaft im Lande und in Deutschland insgesamt helfen. Dazu gehört, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau ihre Instrumente wirksamer gestalten und verlängern müsste. Wir sind dort im Zuge eines Maßnahmenpakets mit der Bundesregierung und dem maritimen Koordinator im Gespräch. Es gibt einige Punkte, die man dabei ansprechen kann. Wir brauchen ein KfW-Sonderprogramm, das beschleunigt wird und zu standardisierten Verfahren kommen muss. Dort sind wir auf dem Weg. Wir sind auf dem Weg, die Innovationsförderung zu verbessern. Wir sind auf dem Weg, im Bereich Leader-SHIP Deutschland etwas zu machen.

Ich glaube - da stimme ich dem zu, was gesagt wurde -, dass wir in der Tat dazu beitragen müssen, dass sich die Werften in Schleswig-Holstein neuen und innovativen Feldern öffnen. Ich bin in der Tat der Auffassung, dass wir sehen müssen, dass sich die schleswig-holsteinischen Werften in einem stärkeren Maße am Thema **erneuerbare Energien** und Offshore beteiligen.

(Vereinzelter Beifall)

Ich glaube, dass diese Dinge mit dem neuen Eigentümer von HDW auf dem Weg sind. Auch ich fand es ärgerlich, dass unter der Ägide von Thyssen-Krupp der Auftrag in Kiel nicht platziert worden ist. Insgesamt ist es gut, wenn sich die Werften auf dieses neue Feld konzentrieren. Das ist übrigens auch Gegenstand der **Offshore-Strategie**, die vom Cluster selber erarbeitet worden ist. Diese Strategie werden wir demnächst im Ausschuss vorstellen. Dann haben wir einen Anhaltspunkt, wie wir uns auf diesem neuen und innovativen Feld aufstellen können.

(Minister Jost de Jager)

Meine Damen und Herren, wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir alle zusammen in Schleswig-Holstein unsere **maritime Wirtschaft** stärken wollen. Wir müssen dafür noch einige Instrumente schärfen. Wir sollten vor allem dafür sorgen, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen, wenn es um konkrete Projekte wie Lindenau geht, und uns nicht gegenseitig die Schuld zuschieben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Kollegen Dr. Andreas Tietze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister de Jager, natürlich haben Sie recht, die Welt ist komplex. Das stellt auch niemand infrage. Mein Argument war lediglich, dass es eine moralische Verpflichtung gibt. Sie müssen ja den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern erklären, was da passiert. Insofern ist es auch eine Frage, wie Sie es den Menschen sagen, dass man die Menschen mitnimmt, wenn sie jetzt beispielsweise erfahren, dass die HSH diesen Kredit genehmigt. Das ist ja das Problem. Wenn sie es bekommen, ist ja alles gut, aber wenn sie es nicht bekommen und der Auftrag auf der Werft nicht eintrifft, ist das Problem da, dass die Menschen fragen: warum nicht?

Deshalb müssen wir die Menschen mitnehmen. Sie haben ja gesagt, dass Sie im Gespräch sind. Das ist auch keine Frage von Regierung und Opposition, sondern das ist eine Frage, bei der dieses Parlament insgesamt hinter der Lösung steht. Es ist unser gemeinsames Interesse, dass unsere Werften stark bleiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ja anscheinend nicht möglich, dass wir eine Ausschussüberweisung hinbekommen. Ich bedauere das außerordentlich. Wenn wir jetzt tatsächlich in eine Abstimmung in der Sache hineingehen, möchte ich für meine Fraktion erklären, dass es uns nicht nur - der Dank an die SPD war da, Sie haben es auf die Tagesordnung gebracht - um die Fokussierung auf diesen einen Tag geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb werden wir im Sinne der Gesamtstrategie dem Antrag von CDU und FDP zustimmen, wenn er hier in der Sache abgestimmt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Kollegin Anette Langer von der SPD-Fraktion.

Anette Langner [SPD]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister de Jager, Sie haben hier nicht sehr komplex und differenziert argumentiert, sondern haben es sich ein bisschen leicht gemacht, auf der einen Seite die Opposition, die herummeckert, auf der anderen Seite die Regierung, die Verantwortung übernimmt. Auch für uns ist das ganz klar kein Thema, bei dem man ein parteipolitisches Gezänk aufmacht. Ich glaube, ich habe in der Art und Weise, wie ich hier den Fall **Lindenau** vorgetragen habe, das doch im Namen aller hier vertretenen Fraktionen gemacht und durchaus das Engagement der Regierung gewürdigt. Insofern sollten Sie es sich an der Stelle nicht so einfach machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen es uns auch nicht so einfach, dass wir sagen, die **HSH Nordbank** solle in ein Risikogeschäft gehen. Die Frage, ob es ein Risikogeschäft ist oder nicht, ist differenziert zu bewerten. Das werden Sie in den Runden, in denen Sie zusammensitzen, sicher sehr gut und differenziert tun. Es ist nun einmal der Auftrag der HSH Nordbank, Schiffsfinanzierungen zu machen. Es besteht ein ganz konkreter Auftrag. Dass das Thema der Ausfallbürgschaften im **Schiffbau** generell ein großes Problem ist, wissen wir.

Deswegen habe ich auch deutlich gemacht, dass es darum geht, Richtung Bundesregierung über das Thema Ausfallbürgschaften zu reden, um es somit auch einer Landesbank wie der HSH Nordbank einfacher zu machen, in so ein Engagement zu gehen. Insofern möchte ich hier nicht den Vorwurf auf uns sitzen lassen, dass wir eine Bank, die in einer schwierigen Situation ist, hier unkritisch in ein Risikogeschäft treiben. Das ist wirklich nicht unsere Absicht gewesen, und das haben wir hier so auch nicht deutlich gemacht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

(Anette Langner)

Wie Herr Tietze würde auch ich mir wünschen, dass es uns gelänge, die beiden Anträge an den Ausschuss zu überweisen, weil es in den Anträgen doch ziemlich hohe Deckungsteile gibt, bei denen man sich einigen kann. Wir haben nicht gesagt, dass wir das auf den Tag der Meere fokussieren wollen. Dieser Tag ist ein guter Anlass, um das Thema deutlich zu machen. Ich finde trotzdem, dass eine Teilnahme der Landesregierung in Gijón in Spanien richtig und gut ist, aber Präsenz vor Ort wäre an so einem Tag vielleicht besser. So ein Thema kann man in dem Zusammenhang durchaus mit diskutieren, aber es soll nicht nur auf diesen Tag fixiert werden.

Ich würde mich freuen, wenn wir eine gemeinsame Linie, eine Ausschussüberweisung hinbekommen, um dieses wichtige Thema, bei dem wir eine hohe Einigkeit untereinander haben, gemeinsam auf den Weg bringen und im Wirtschaftsausschuss noch einmal diskutieren zu können.

(Beifall bei SPD und SSW)

Präsident Torsten Geerdts:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 17/521 sowie den Antrag Drucksache 17/561 als selbstständige Anträge dem Europaausschuss und dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Arroganz der Mehrheit! - Unruhe)

Damit stelle ich fest, dass es keine Mehrheit gegeben hat für eine Ausschussüberweisung. Das wurde abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich schlage vor, zunächst den vorliegenden Änderungsantrag Drucksache 17/561 als selbstständig zu erklären und ihn alternativ zu dem Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/521 abzustimmen. - Widerspruch sehe ich nicht; dann können wir so verfahren.

Wer dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/561 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer dem Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/521 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksa-

che 17/561 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen worden ist. Ich stelle weiter fest, dass damit der Antrag Drucksache 17/521 abgelehnt wurde.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 34, 35 und 56 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Die EU-Ostseestrategie in Schleswig-Holstein umsetzen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW Drucksache 17/532

b) Umsetzung der EU-Ostseestrategie in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/533

c) Umsetzung der Resolution des VII. Parlamentsforums Südliche Ostsee und der 18. Parlamentarierkonferenz (BSPC)

Bericht der Landesregierung Drucksache 17/440

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, die Anträge Drucksachen 17/532 und 17/533 dem Europaausschuss und den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/440, dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

(Anette Langner [SPD]: Scheinbar gibt es ein Missverständnis! Das ist anders besprochen worden! Das sollte in den Juni verschoben werden!)

- Bei uns ist die Mitteilung angekommen, dass es eine Vereinbarung auf Ausschussüberweisung gegeben hat. Es tut mir leid. Das scheint auch so der Fall gewesen zu sein.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

(Präsident Torsten Geerdts)

Gastschulabkommen mit Hamburg weiterentwickeln

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/509

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

Drucksache 17/552

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Juni letzten Jahres kündigte die Freie und Hansestadt Hamburg das Gastschulabkommen mit Schleswig-Holstein zum Ende des Jahres 2009. Hamburg gab als Grund an, dass die Zahlung von jährlich 8,5 Millionen €, die es von Schleswig-Holstein erhielt, zu gering sei für die etwa 6.500 schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schüler, die Schulen in Hamburg besuchten. In die andere Richtung, von Hamburg nach Schleswig-Holstein, wurde die Zahl von etwa 750 bis 1.000 Schülerinnen und Schüler genannt.

Nach der Kündigung gab es zu Recht einen Aufschrei der Schülerinnen und Schüler und Eltern und auch einzelner Schulen bei uns in Schleswig-Holstein. Sie befürchteten, dass die Kinder ihre bisher besuchten Schulen verlassen müssten. Wir fragten im letzten Jahr im Bildungsausschuss nach dem aktuellen Stand zum Gastschulabkommen. Dort hielten sich Minister und Staatssekretär mit dem Hinweis auf die laufenden Verhandlungen sehr bedeckt.

(Heike Franzen [CDU]: Das ist auch kein Wunder!)

Für das zweite Quartal 2010 wurde der Abschluss eines neuen Gastschulabkommens in Aussicht gestellt. Es gibt aber bisher nur ein Interimsabkommen für 2010, quasi die Verlängerung des alten Abkommens für ein Jahr.

Nun fragen Eltern und Schulen besorgt bei uns nach, weil sie Planungssicherheit brauchen. Damit die Betroffenen nicht länger in der Luft hängen, haben wir die Initiative ergriffen und zeigen in unserem Antrag, wie es gehen könnte.

(Lachen der Abgeordneten Heike Franzen [CDU])

Dabei ist uns wichtig zu sagen, dass wir mit unserem Antrag einen transparenten und nachvollziehbaren Berechnungsmodus aufzeigen. Er könnte die Basis für ein Gastschulabkommen sein, das einen fairen **Interessenausgleich** zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg ermöglicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die aufgeführten Zahlen sind dabei lediglich als Hausnummern anzusehen. Der Stab im Bildungsministerium kann das sicher viel genauer berechnen. Aber mit der Größenordnung liegen wir richtig, wenn uns das Ministerium die genauen Zahlen geliefert hat. Davon können wir sicher ausgehen, Herr Dr. Klug.

Dass wir ein Gastschulabkommen überhaupt brauchen und die Schülerinnen und Schüler im südlichen Schleswig-Holstein nicht die Schulen besuchen können, die sie für die besten halten, ist für viele nicht nachvollziehbar. Innerhalb der Bundesländer Schleswig-Holstein und Hamburg wird in den jeweiligen Schulgesetzen die freie **Schulwahl** verankert. In einer globalisierten Welt kann es doch nicht der richtige Weg sein, die Schotten dichtzumachen und Mauern zu errichten, die die Menschen nicht wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen wollen kein Kirchturmdenken, sondern länderübergreifende Schulwahlmöglichkeiten. Darauf muss sich Politik einlassen und Lösungen entwickeln. Eine abgestimmte **Schulentwicklungsplanung** wäre unserer Ansicht nach mittelfristig im Schulbereich der richtige Weg, um einerseits das Elternwahlrecht zu stützen und andererseits auf Basis der tatsächlich entstehenden Kosten pro Schülerin und Schüler eine Basis für einen fairen Interessenausgleich zu schaffen.

Ziel muss es dabei sein, die freie Schulwahl zu erhalten und bei Personal und Räumen eine Koordinierung zu erreichen, um Über- und Unterkapazitäten in beiden Bundesländern zu vermeiden. Die freie Schulwahl wird durch die Kapazitätsgrenzen der einzelnen Schulen eingeschränkt sein. Das ist auch innerhalb der Bundesländer jetzt schon der Fall. Die Aufnahmekriterien für Schülerinnen und Schüler sollten gemeinsam erarbeitet werden.

Unabhängig von den Kosten funktioniert die Schulkooperation mit Hamburg gut. Die Schulen hier wie dort sind gut ausgelastet. Leerstände und Raumnot halten sich in Grenzen. Wir müssen nur den finanziellen Ausgleich hinbekommen.

(Ines Strehlau)

Bei den gesamten Überlegungen stehen für uns Grüne die schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schüler und Schulen im Mittelpunkt. Für sie haben wir Verantwortung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist mitnichten so, dass wir mit unserem Antrag das "verkorkste" Schulsystem in Hamburg retten wollen, wie Frau Conrad von der FDP es uns unterstellt.

(Cornelia Conrad [FDP]: Doch!)

Die Hamburger brauchen unsere Rettung auch gar nicht. Denn wenn fast dreimal so viele Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein in Hamburg zur Schule gehen wie umgekehrt, muss man sich doch ernsthaft fragen, welches Schulsystem verkorkst ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zum Antrag von CDU und FDP. Dort steht, es "soll eine dauerhafte Regelung erreicht werden" - das finden wir gut -, "die die schulpolitischen und finanziellen Interessen des Landes Schleswig-Holstein wahrt". Und wo bleiben die Interessen der Schülerinnen und Schüler, Eltern und Schulen, also der Betroffenen? Von ihnen steht kein Wort im Antrag.

Im CDU- und FDP-Antrag wird deutlich, dass Schülerinnen und Schüler nur als finanzielle Manövriermasse angesehen werden. So ein Antrag ist mit uns wirklich nicht zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollten eigentlich Abstimmung in der Sache beantragen, haben aber nun gehört, dass der Schulausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft eine gemeinsame Sitzung oder ein Treffen des schleswig-holsteinischen Bildungsausschusses und des Schulausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft vorgeschlagen hat. Wir halten es für eine gute Idee, nicht nur immer übereinander, sondern miteinander zu reden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Deshalb bitten wir um Überweisung der beiden Anträge in den Bildungsausschuss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Heike Franzen.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der Grünen zum **Gastschulabkommen** mit der Hansestadt Hamburg befremdet doch sehr.

(Beifall bei CDU und FDP)

Denn wir alle in diesem Haus wissen, dass derzeit Verhandlungen geführt werden. Gemeinsam mit **Hamburg** wird ein neues Gastschulabkommen erarbeitet.

Ich will gern einmal sagen, dass die Strategie, die dabei von Hamburger Seite an den Tag gelegt wurde, teilweise etwas irritierend war.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es wurde mit den Ängsten von Eltern und Kindern argumentiert, um Schleswig-Holstein unter Druck zu setzen. Das gipfelte darin, dass sich Eltern nicht mehr sicher waren, ob ihre Kinder die bereits besuchte Schule auch bis zum Ende ihrer Schulzeit würden besuchen können. Ich halte dieses Verfahren der Hamburger Schulbehörde bis heute für rechtlich äußerst problematisch.

(Beifall bei CDU und FDP - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Skandalös!)

Kurz zum Sachverhalt: Hamburg war mit der pauschalen Zahlung von 8,5 Millionen € nicht mehr einverstanden, kündigte das bestehende Gastschulabkommen auf und verlangte zuletzt 30 Millionen € für die Schülerinnen und Schüler, die aus Schleswig-Holstein in Hamburg zur Schule gehen. Richtig ist, dass Hamburg an seinen Schulen wesentlich mehr Schülerinnen und Schüler aufgenommen hat, als das nach dem bisherigen Gastschulabkommen notwendig gewesen wäre. Dies im Nachhinein an finanzielle Forderungen zu koppeln, ist zumindest fragwürdig.

Für das Jahr 2010 haben sich die beiden Länder grundsätzlich darauf verständigt, dass die bisherigen Regelungen weiter gelten. Die Verhandlungen für das nächste Jahr laufen. Ich bin der Auffassung, dass man diesen Verhandlungen eine Chance geben muss. **Verhandlungen** brauchen Spielraum.

Der Antrag der Grünen zu diesem Zeitpunkt ist deswegen wenig hilfreich. Er verengt den Verhandlungskorridor deutlich. Er schließt nämlich die

(Heike Franzen)

Möglichkeit, auch weiterhin zu einer pauschalen Zahlung an Hamburg zu kommen, völlig aus. Folgt man den Berechnungen der Grünen, dann soll mehr als das Doppelte der bisherigen Zahlungen nach Hamburg fließen, nämlich 19,65 Millionen €. Dabei wurden auch noch die Hamburger Schülerkostensätze zugrunde gelegt mit weit höheren Kostensätzen, als wir sie in Schleswig-Holstein haben. Ich sehe nicht ein, dass wir für schleswig-holsteinische Schülerinnen und Schüler, die in Hamburg zur Schule gehen, mehr bezahlen sollen, als wir es im eigenen Land tun.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren von den Grünen, ich will ja niemandem etwas unterstellen. Aber es drängt sich doch der Verdacht auf, dass die Grünen in dieser Frage nicht unbedingt die Interessen dieses Landes, sondern eher die ihrer Parteifreunde in Hamburg vertreten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Außerdem erinnere ich daran, dass wir gestern eine Schuldenbremse in die Landesverfassung aufgenommen haben - mit den Stimmen der Grünen, die nun die Zahlungen an Hamburg mal soeben mehr als verdoppeln wollen. Mein Kollege Lehnert hat es vorhin gesagt: "Freibier für alle!" Ich finde, er hat den Punkt wirklich gut getroffen. Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP haben die schleswigholsteinischen Interessen im Blick. Darum wollen wir ein tragfähiges und unbürokratisches Gastschulabkommen mit unserem Nachbarn in Hamburg. Die Grünen wollen gemeinsam mit Hamburg zu einer Schulentwicklungsplanung kommen. Ich möchte ehrlich sagen, ich halte das für ziemlich sinnlos. Warum sollten wir gemeinsam mit Hamburg über die schulische Entwicklung in Nordfriesland, Flensburg oder Schleswig-Flensburg reden?

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, oh!)

Für den Bereich des Hamburger Umlandes brauchen wir allerdings eine klare Regelung, wie wir in Zukunft verfahren wollen. Dafür brauchen wir allerdings keine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit der Stadt Hamburg, sondern wir müssen uns auf ein tragfähiges Gastschulabkommen einigen, so wie sich das unter guten Nachbarn gehört. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin ein Gastschüler.

(Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Teuer, teuer! - Beifall des Abgeordneten Hans Müller [SPD])

Meine Eltern mussten sich damals formal voneinander trennen, damit ich die Gelegenheit hatte, mit dem Fahrrad eine weiterführende Schule zu erreichen.

Wer in Ammersbek-Hoisbüttel wohnt, kann zu Fuß zum Gymnasium Ohlstedt gelangen oder mit dem Schulbus ins dreimal so weit entfernte Bargteheide gefahren werden. In Barsbüttel kann man in einen regulären Bus der Linie 263 einsteigen und binnen zehn bis 20 Minuten drei Gymnasien in Hamburg erreichen, oder man nutzt die vom Kreis organisierte Schülerbeförderung, um in etwas mehr Zeit das Gymnasium Glinde und nach noch mehr Zeit das Gymnasium in Reinbek zu erreichen. Beide Gymnasien kann ich im Übrigen vorbehaltlos empfehlen. Beide sind aber - vorsichtig formuliert - nicht dringend auf deutlich mehr Schülerinnen und Schüler angewiesen.

Nachdem die Landesregierung die Kleine Anfrage der Kollegin Strehlau über die Kapazitäten der Schulen im Hamburger Rand nicht beantworten konnte, empfehle ich einen Blick in die **Schulentwicklungspläne** der einzelnen Kreise. In Stormarn ist das jedenfalls zu erkennen, indem man einfach eine Seite aufschlägt

Es ist aus Schüler- und Elternsicht ein großer Vorteil, mehrere Schulen in räumlicher Nähe zu haben und aus Schulen mit unterschiedlichem Profil die auszusuchen, die am besten passt. Die **Profilierung** der einzelnen Bildungsanstalt ist auch von allen Seiten - ob nun in Schleswig-Holstein oder in Hamburg - politisch gewollt und zu unterstützen.

In der Sachsenwaldschule Reinbek gibt es ein Schülerorchester auf hohem Niveau. Das ist gut für ein musisch begabtes Kind. Oder soll es doch eher die Vorbereitung auf eine globalisierte Welt sein? Das Gymnasium Marienthal arbeitet eng mit Hamburgs Partnerstadt Shanghai zusammen und bietet Chinesisch als Fremdsprache, Austauschprogramme und Projekte an. - Aber halt, dazwischen liegt ja eine Landesgrenze!

(Martin Habersaat)

(Zurufe)

Und unser Ministerpräsident, der sich vorstellen konnte, der letzte des Landes Schleswig-Holstein zu sein, hat es in vielen Bereichen - so auch in diesem - nicht einmal vermocht, diese Grenze als Hindernis im Alltag der Menschen zu beseitigen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In **Hamburg** sind die Schulleitungen nun angewiesen, detektivisch zu ermitteln, welche ihrer Schülerinnen und Schüler "Fremde" im Sinne eines nicht mehr vorhandenen Gastschulabkommens sind. Nach Klasse 7 und 10 - das haben wir schon gehört - sollen diese Schülerinnen und Schüler heim nach Schleswig-Holstein. Das ist überhaupt kein Problem, weil die Bildungssysteme der Länder ja so kompatibel sind und ein Austausch ohne Weiteres möglich ist. - Vorsicht, Referendaren empfehle ich immer: Ironie erst ab Klasse 10!

Dabei könnte es so einfach sein. Pro Schüler entstehen Kosten, die man berechnen und die man ausgleichend zahlen kann. Ohne Herumgepoker und ohne in die Debatte zu führen, was auf anderen Feldern auch noch alles berücksichtigt werden müsste, das kann dann bitte auf diesen anderen Feldern beackert werden.

Bereits im letzten Jahr gab es **Verhandlungen** zur Erneuerung des **Gastschulabkommens** zwischen Schwarz-Grün und Schwarz-Gelb. Was es nicht gab, war ein Ergebnis. Es gab einen dünnen Kompromiss verbunden mit der Zusage, an einer tragfähigen Lösung zügig zu arbeiten. Und, wie sieht die Lösung aus? - Fehlanzeige.

Was mich besonders erschüttert, ist der Antrag von CDU und FDP, die nun fordern, man möge wieder in Verhandlungen mit Hamburg eintreten. Ich dachte immer, die laufen und die stünden möglicherweise kurz vor dem Abschluss.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oder aber sie laufen tatsächlich, und die Fraktionen von CDU und FDP wissen das nicht. Das wäre ähnlich erschütternd.

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Hamburger Seite berechnet die Mehrkosten das haben wir alles schon gehört - mit 30 Millionen €, die Grünen errechnen etwas anderes. Die Zahlen spare ich mir jetzt, weil wir sie schon gehört haben. Allerdings ist die Rechenmethode der Grünen für mich nicht ganz nachvollziehbar, weil die Lehrerpersonalkosten dann pro Schüler - wenn man die üblichen Schulkostensätze abzieht - bei 3.800 bis 4.100 € pro Schülerin und Schüler lägen. Das scheint mir relativ hoch gegriffen. So gut wurde ich jedenfalls als Lehrer nicht bezahlt.

Schülerinnen, Schüler und Eltern haben Planungssicherheit verdient - wie übrigens auch die Schulen im Hamburger Rand. Eine schnelle Wiederaufnahme oder Fortsetzung oder wie auch immer der Verhandlungen sind ein wichtiger nächster Schritt. Die von den GRÜNEN angedachte Schulentwicklungsplanung halten wir für einen weiteren wichtigen Schritt. Hier sollte man jetzt übrigens nicht mit Verweisen auf Sylt und so weiter kommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt sollte für alle Seiten gelten: Schluss mit Poker-Spielen, es müssen Lösungen erarbeitet werden.

Wir beantragen die Überweisung in den Bildungsausschuss, gern in den Bildungsausschuss gemeinsam mit dem Bildungsausschuss aus Hamburg. Wir verbinden das mit der Aufforderung an den Bildungsminister, dort über den Gang der Verhandlungen, besser über den Fortschritt der Verhandlungen und am liebsten über den Abschluss der Verhandlungen zu berichten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Cornelia Conrad.

Cornelia Conrad [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Tatsache, dass es seit vielen Jahren den länderübergreifenden Schulbesuch gibt, beweist: Alle Beteiligten, sowohl Hamburg als auch Schleswig-Holstein, haben bislang davon profitiert. Schülerinnen und Schüler aus dem Hamburger Umland finden wohnortnah die Schulform ihrer Wahl, aber auch Hamburger Schulen profitieren von Schülerinnen und Schülern aus Schleswig-Holstein. So weit, so gut.

Das **Gastschulabkommen** hat sich also in der Vergangenheit bewährt. Deshalb wäre eine Verlängerung durchaus wünschenswert, jedoch nicht um jeden Preis.

(Cornelia Conrad)

Ihr Antrag, liebe Grüne, ist für die FDP-Fraktion auch deshalb nicht nachvollziehbar, weil Sie damit eine Fantasierechnung zur Grundlage Ihrer Bildungspolitik machen. Mehr noch: Sie ignorieren gleichzeitig die gerade von Ihnen mitbeschlossene Schuldenbremse.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, oh!)

Mit anderen Worten, sie handeln gegen die Interessen Schleswig-Holsteins.

Dass Sie das tun, liebe Grüne, dafür kann es eigentlich nur einen Grund geben. Sie wollen offensichtlich die verkorkste Bildungspolitik Ihrer Hamburger Parteifreunde auf Kosten Schleswig-Holsteins finanzieren.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das allerdings machen wir nicht mit.

Werfen wir einen kurzen Blick auf Ihr Zahlenwerk. Statt bislang 8,5 Millionen € wollen Sie vom kommenden Schuljahr an fast 20 Millionen € an die grüne Bildungssenatorin Christa Goetsch nach Hamburg überweisen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Fakt ist, die von Ihnen vorgelegten Schülerkostensätze sind entweder völlig aus der Luft gegriffen, oder aber Sie verschweigen in Ihrer Berechnung wesentliche Belastungen für Schleswig-Holstein. So tauchen Hamburger Kinder, die bei schleswigholsteinischen Pflegefamilien wohnen und in Schleswig-Holstein allgemeinbildende und Förderschulen besuchen, in Ihrer Rechnung überhaupt nicht auf. Falsche Zahlen zum Nachteil unseres Landes verwenden Sie auch bei den Kosten für Plätze an Ersatzschulen in freier Trägerschaft. Die angegebenen Schülerkosten je Hamburger Heimkind, das bei uns beschult wird, sind ebenfalls deutlich höher anzusetzen als in Ihrem Antrag aufgeführt. Im Förderschulbereich setzen Sie schließlich in Ihrer Aufstellung ebenfalls viel zu niedrige Kosten an gegenüber denen, die tatsächlich anfallen.

Das sind nur einige wenige Beispiele, die den Verdacht nähren, dass Sie kurz vor Verhandlungsbeginn mit Hamburg bewusst politisch motivierte Zahlen auf die Tische dieses Plenums gelegt haben. Wenn Sie eine derartige Rechnung dann auch noch als begründet oder gar als gerecht darstellen, liebe

Grüne, handeln Sie eindeutig gegen die Interessen Schleswig-Holsteins.

Präsident Torsten Geerdts:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Heinold?

Cornelia Conrad [FDP]:

Nein, ich bin jetzt gleich fertig. - Nur um der Klarheit willen: Die FDP will weiterhin mit Hamburg kooperieren, nicht nur im Bildungsbereich. Wir wollen außerdem ein langfristig tragfähiges Gastschulabkommen mit Hamburg.

Kooperation setzt aber ein offenes Visier und Vertrauen voraus. Dieser Antrag schafft allerdings kein Vertrauen. Deshalb lehnen wir ihn auch ab.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerdts:

Für die Fraktion der LINKEN hat deren Vorsitzende, Frau Abgeordnete Streitbörger, das Wort.

Ellen Streitbörger [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Rede wird nicht ganz so launig wie die von Herrn Habersaat, weil ich das Thema viel zu ernst finde, vor allen Dingen für die Schülerinnen und Schüler und Eltern hier im Land.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Denn wir wissen alle, dass es in diesem Schuljahr erhebliche Probleme und

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Verunsicherungen für schleswig-holsteinische Gastschülerinnen und Gastschüler an **Hamburgs Schulen** gegeben hat. Nicht nur die Schülerinnen und Schüler waren verunsichert und voller Angst, sondern in gleichem Maße auch die Eltern, die nicht mehr wussten, wie die schulische Laufbahn ihrer Kinder weitergehen sollte.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Torsten Geerdts:

Herr Kollege Baasch, dürfen wir auch Sie um etwas Aufmerksamkeit bitten? Ansonsten redet Frau Kollegin Streitbörger.

(Präsident Torsten Geerdts)

(Wolfgang Baasch [SPD]: Entschuldigung, Herr Präsident! - Zuruf: So ein undisziplinierter Haufen!)

Ellen Streitbörger [DIE LINKE]:

Hamburg hatte das bestehende **Gastschulabkommen** aufgekündigt, weil Schleswig-Holstein deutlich zu geringe Ausgleichszahlungen an Hamburg leistete. Im Interesse von betroffenen Eltern und Kindern wäre jetzt zügiges Handeln angesagt gewesen, um eine zeitgerechte Klärung der Situation herbeizuführen. Offensichtlich wurde aber diesen Verhandlungen im Bildungsministerium keine große Bedeutung beigemessen, oder vielleicht gab es die Hoffnung, diesen Konflikt ohne zusätzliche Zahlungen aussitzen zu können.

Doch anstelle einer Klärung wurde dadurch nur eine Verschärfung der Situation erreicht, und das war in hohem Maße unverantwortlich. Hamburgs Schulsenatorin Goetsch fühlte sich jetzt veranlasst, Druck auf Schleswig-Holsteins Verhandlungsführung ausüben zu müssen und Hamburgs Schulleiterinnen und Schulleiter aufzufordern, unseren Gastschülerinnen und Gastschülern die Schulverhältnisse aufzukündigen. Damit war die höchste Stufe der Eskalation des Konflikts und die größtmögliche Verunsicherung von annähernd 6.500 Schülerinnen und Schülern und deren Familien erreicht.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Das ist ein weiteres der vielen Puzzleteile in dem schon vorhin skizzierten Chaosbild des Bildungsministeriums.

An dieser Stelle möchte ich den Unmut meiner Fraktion ganz deutlich machen. So darf man mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes nicht umgehen.

Wenn annähernd 8.500 Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein und Hamburg - -

(Anhaltende Unruhe)

Präsident Torsten Geerdts:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen die Rednerin nur noch; wir hören sie kaum noch. Können wir ein bisschen ruhig werden?

Ellen Streitbörger [DIE LINKE]:

Wenn annähernd 8.500 Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein und Hamburg im jeweils benachbarten Bundesland zur Schule gehen, dann

wird es jetzt Zeit, auf diese Fakten zu reagieren und eine **gemeinsame Schulentwicklungsplanung** in Angriff zu nehmen.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Föderalismus bedeutet doch nicht, dass Bildungsangebote an den Landesgrenzen aufhören zu existieren. Das Recht auf freie Schulwahl muss auch länderübergreifend garantiert werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung ist eine mittelfristige Maßnahme. Ganz schnell muss aber eine Lösung im aktuellen Konflikt im Interesse von Gastschülerinnen und -schülern und Eltern erreicht werden. Es muss zügig ein neues Gastschulabkommen mit Hamburg geschlossen werden, um den Eltern **Rechtssicherheit** zu geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Grundlage für die Berechnung der Ausgleichszahlungen an Hamburg bieten die Zahlen, die sich aus der Antwort auf die Kleine Anfrage der Grünen ergeben und die in der Anlage zu diesem Antrag beiliegen.

Da wir keinen neuen Bereich sehen wollen, in dem die Bildungschancen unserer Kinder kaputtgespart werden, steht DIE LINKE hinter dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerdts:

Die Vorsitzende der Fraktion des SSW, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, hat das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Gastschulabkommen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein ist nicht neu. Bereits seit 1963 gibt es ein Abkommen zwischen den beiden Bundesländern, das den Besuch einer Schule im benachbarten Bundesland regelt. Vor sechs Jahren wurde eine Neuauflage des Abkommens beschlossen, in der sich Hamburg und Schleswig-Holstein verpflichteten, effektive Maßnahmen zur sachgemäßen Reduzierung der Schülerzahlen aus Schleswig-Holstein zu treffen. Mit anderen Worten: Schulbesuche im anderen Land sollten nur noch als Härtefälle möglich sein. Die Kündigung dieses Ab-

(Anke Spoorendonk)

kommens durch Hamburg im letzten Sommer konnte also nicht wirklich überraschen. Überraschen konnte nur, mit welcher Härte und Unverhältnismäßigkeit die Hamburger Schulbehörde dabei vorging.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sowohl die Kündigung des Gastschulabkommens wie auch die Dienstanweisung für die Hamburger Schulen haben deutlich gemacht, dass unser Nachbar Hamburg nicht mehr so wie bisher weitermachen möchte. Und um es gleich vorweg zu sagen: Irgendwie kann man das sogar verstehen.

Die Zielsetzung des Abkommens von 2004 ist - wenn man sich die Statistik anguckt - nicht nur nicht erreicht worden, sondern sie ist ins völlige Gegenteil gewendet worden. Seit 2004 ist die Anzahl der schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schüler nämlich sowohl an den staatlichen wie auch den nichtstaatlichen allgemeinbildenden Schulen und den berufsbildenden Schulen in Hamburg gestiegen. Die Zahl der Hamburger Schülerinnen und Schüler an schleswig-holsteinischen Schulen ist dagegen gesunken, wobei hier die Hamburger Kinder, die Heime besuchen, nicht berücksichtigt sind.

Nachdem trotz des Gastschulabkommens von 2004 die Zahl der pendelnden Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein stetig steigt, ist es durchaus verständlich, dass Hamburg mit der pauschalen Ausgleichszahlung von 8,5 Millionen € nicht mehr zufrieden ist.

Allerdings ist die Gemengelage aus Sicht des SSW etwas komplizierter. Denn bisher haben beide Länder in dieser Sache viele Fehler gemacht, und beide haben auch von der großzügigen Handhabung der bisherigen Abkommen profitiert. Mit anderen Worten: Wir wollen in dieser Sache weder Schleswig-Holstein noch Hamburg den Schwarzen Peter zuschieben. Denn wir alle wissen, was schiefgelaufen ist, und wir wissen auch, dass wir eine **pragmatische Lösung** brauchen. Wir brauchen eine Lösung, die nicht zulasten der Eltern und ihrer Kinder geht. Die schleswig-holsteinischen Familien brauchen ganz einfach **Rechtssicherheit**, und sie brauchen vor allem einen respektvollen Umgang mit ihren Kindern.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Denn diese Kinder sind keine Straftäter, sie möchten nur aus guten Gründen im Nachbarland zur Schule gehen.

Weiterhin brauchen wir eine Lösung, die klarstellt, dass jedes Bundesland für seine eigenen Schülerinnen und Schüler zahlt.

Dabei ist es aus unserer Sicht erst einmal zweitrangig, wo diese Kinder zur Schule gehen. Viel wichtiger aus unserer Sicht ist es, dass sie zur Schule gehen und die Bildung erhalten, die ihre Persönlichkeit am besten entwickelt und fördert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Natürlich kann es nicht sein, dass Hamburg schleswig-holsteinische Schüler unterrichtet und dafür keinen angemessenen finanziellen Ausgleich bekommt. Wobei die steigende Anzahl der schleswigholsteinischen Schüler in Hamburg natürlich auch auf die lässige Handhabung des Gastschulabkommens zurückzuführen ist. Das Fehlverhalten Hamburgs in dieser Sache ändert aber nichts daran, dass Schleswig-Holstein für die Schulbildung seiner Kinder zahlen muss - entweder in Form einer Ausgleichszahlung oder indem wir selbst ausreichend Plätze an unseren eigenen Schulen zur Verfügung stellen.

Ich möchte daher klar sagen, dass dies keine Lösung ist, die von heute auf morgen durch Eskalationsstrategien oder den Ruf nach einem Nordstaat erreicht wird. Auch eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung ist aus unserer Sicht nicht die Lösung.

(Beifall beim SSW)

Solange sowohl das schleswig-holsteinische als auch das hamburgische Schulsystem mitten im Umbruch sind und heute niemand weiß, welche Schulformen es morgen gibt, fehlt einfach die Grundlage für eine solche Planung. Wir brauchen vielmehr Lösungen, die nur langfristig und durch diplomatisches Geschick erreicht werden können. Dafür brauchen wir eine klare **Datengrundlage**. Wir brauchen Bildungspolitiker, die keine Erbsenzähler sind, sondern endlich pragmatisch handeln.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Lassen Sie mich nun noch ganz kurz etwas zu den vorliegenden Anträgen sagen. Punkt 2 des Ursprungsantrags von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können wir unterstützen, Punkt 1 nicht. Sollte alternativ abgestimmt werden, werden wir von daher den Antrag von CDU und FDP unterstützen.

(Anke Spoorendonk)

(Beifall bei SSW, CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerdts:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Frau Kollegin Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, wir liefern ein unwürdiges Schauspiel, wenn wir die Schülerinnen und Schüler nur als Kostenfaktoren sehen

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

und herumschachern, anstatt uns Gedanken darüber zu machen, wie wir das Beste für unsere Schülerinnen und Schüler erreichen können.

Die **Pflegefamilienkinder** haben wir aufgenommen. Es sind 754 an der Zahl. Damit haben wir eine viel höhere Zahl erreicht als Hamburg angegeben hatte. Hamburg hat immer von einer Zahl zwischen 60 und 80 gesprochen. Schleswig-Holstein hatte vermutet, dass die Zahl zwischen 600 und 800 liegt. Es sind 754. Man muss nur ein bisschen recherchieren. Sie finden die Daten in einer Kleinen Anfrage in der Hamburgischen Bürgerschaft vom Anfang dieses Jahres. Das ist drin.

Die Schülerkostensätze sind gemittelt. Das sind Auskünfte des Ministeriums. Natürlich liegen die Sätze für Förderschüler unterschiedlich hoch. Geistig Behinderte oder lernbehinderte Schülerinnen und Schüler haben unterschiedliche Kostensätze. Es ist aber nicht unsere Aufgabe, das im Einzelnen zu berechnen. Wir wollten eine Hausnummer geben und zeigen, wie es gehen könnte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine **gemeinsame Schulentwicklungsplanung** sehen wir nicht als Problem an. Wenn wir zugrunde legen, dass die Bildungssysteme zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein so unterschiedlich sind, dann dürfte man innerhalb Schleswig-Holsteins auch keine Schulentwicklungsplanung betreiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir haben auch ein sehr heterogenes Schulsystem.

Ich verstehe die Aufregung über die Zahlen nicht. Die Zahl stellt einen klassischen Kompromiss dar. Wir bezahlen 8,5 Millionen €. Hamburg möchte 30 Millionen €. Wir sagen, es sollen etwa 20 Millionen € sein. Wo ist da das Problem?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort hat der Minister für Bildung und Kultur, Herr Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Selbst gesetzter Anspruch der Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es, den Prozess des **Gastschulabkommens** voranzubringen. Über die Presse ließen Sie verlautbaren, dass Sie die Arbeit der Landesregierung machen müssten, um einen fairen Ausgleich zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg hinzubekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich Ihren Vorschlag dann aber näher anschaut, kommt man sehr schnell zu dem Ergebnis, dass es ganz in Ordnung ist, dass Sie in der Realität nicht die Arbeit der Landesregierung machen müssen. Das fiktive Regierungshandeln der Grünen ist offenbar weiterhin von der finanziellen Sorglosigkeit früherer Zeiten geprägt, vielleicht auch von der Sorge um die Aufstockung des Etats der Hamburger Schulbehörde.

(Beifall bei CDU und FDP)

Im Ergebnis beschert Ihr Vorschlag dem Land Schleswig-Holstein über 100 % Mehrausgaben im Bereich des Gastschulabkommens mit Hamburg. Um zu einem schnellen Abschluss der Verhandlungen zu kommen, wollen Sie kurzerhand über 11 Millionen € mehr an Hamburg überweisen. Sie stellen damit auch die Verhandlungsposition zu Schleswig-Holstein infrage. Sie entziehen dem Landeshaushalt - im Zweifelsfall zulasten der Bildung in Schleswig-Holstein an anderer Stelle - genau diese Summe, nämlich mehr als 11 Millionen €.

(Beifall bei der CDU)

Irgendjemand muss nach dem Beschluss, den wir gestern hier im Landtag einvernehmlich - mit Ausnahme der LINKEN - gefasst haben, einen Ausgleich schaffen.

Zum Sachverhalt: In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler aus Schles-

(Minister Dr. Ekkehard Klug)

wig-Holstein an Hamburger öffentlichen Schulen exorbitant gestiegen. Seit 2004 betrug die Steigerung 35 %. Das war das Ergebnis der Aufnahmepraxis Hamburgs, die in eklatanter Weise dem Geist der bisherigen Abkommen widerspricht. Nach dem Gastschulabkommen aus dem Jahr 2004 sollte jedes Land grundsätzlich seine eigenen Kinder und Jugendlichen beschulen und die Aufnahme von Schülern aus dem Nachbarland ausdrücklich auf Härtefälle beschränken. Soweit zum Inhalt des Gastschulabkommens aus dem Jahr 2004. Wissen Sie eigentlich noch, wer im Jahr 2004 die Landesregierung in Schleswig-Holstein gestellt

(Beifall bei FDP und CDU)

und damals die Begrenzung auf Härtefälle explizit im Vertrag mit Hamburg verankert hat? Wissen Sie das eigentlich noch?

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Berechnungen des vorgelegten Antrags der Grünen stützen sich auf die hohen Zahlen der vergangenen Jahre, nämlich auf die seit 2004 - entgegen dem Wortlaut des Abkommens - massiv gestiegenen Schülerzahlen. Wenn man dieser Logik folgt, würde damit ein vertragswidriger Zustand zur Grundlage erklärt. Anders ausgedrückt: Der Vertragspartner hat sich nicht an die Vereinbarung aus dem Jahr 2004 gehalten. Er fordert aber für die entgegen dem Vertrag von 2004 aufgenommenen Schüler nun vom Nachbarland Schleswig-Holstein Ausgleichszahlungen. Sie als SPD, Grüne und LINKE sagen, Landesregierung Schleswig-Holstein, zahle das einfach. So ist Ihre Handlungsweise.

Hamburg hatte das Abkommen aus dem Jahr 2004 zum 31. Dezember 2009 gekündigt, um einen höheren finanziellen Ausgleich zu erhalten. Es ist in schwierigen Verhandlungen gelungen, ein Interimsabkommen für das Kalenderjahr 2010 abzuschließen. Danach zahlt Schleswig-Holstein pauschal 8,5 Millionen € für rund 200 Plätze für Gymnasiasten aus Barsbüttel, 150 Plätze im Förderzentrumsbereich, bestimmte Berufschulplätze und Aufnahmemöglichkeiten für Schüler aus Schleswig-Holstein an Hamburger Schulen in freier Trägerschaft. Das Interimsabkommen sieht vor, dass Hamburg - wie früher vereinbart - schleswig-holsteinische Schüler nur in begründeten Härtefällen aufnimmt.

Ein faires und stabiles neues Gastschulabkommen hat die Interessen der Menschen im Hamburger Land ebenso zu berücksichtigen wie die übergreifenden Interessen des Landes Schleswig-Holstein. Das ist das Ziel der Verhandlungen, die wir wie geplant Anfang Juni 2010 wieder aufnehmen werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerdts:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Wer den Antrag Drucksache 17/509 und den Änderungsantrag Drucksache 17/552 als selbstständigen Antrag an den Bildungsausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit stelle ich fest, eine Ausschussüberweisung ist nicht beschlossen worden.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich schlage vor, den vorliegenden Änderungsantrag Drucksache 17/552 als selbstständig zu erklären und ihn alternativ mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/509, abzustimmen. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann können wir so verfahren.

Wer dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/552, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/509, seine Zustimmung geben will, bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 17/552 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und SSW angenommen worden ist. Ich stelle weiter fest, dass damit der Antrag Drucksache 17/509 abgelehnt wurde.

Ich darf noch einen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache aufrufen, den wir gestern unterbrochen hatten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Rundfunkgebühren-Staatsvertrag

Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/488

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/548

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

Drucksache 17/558

(Präsident Torsten Geerdts)

Neuordnung der Rundfunkfinanzierung in Deutschland auf der Grundlage einer Haushaltsgebühr

Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/556

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW Drucksache 17/563

Nach der gestern geführten Beratung kommen wir heute zur Abstimmung.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt. Ich schlage Ihnen zunächst vor, den interfraktionellen Änderungsantrag als selbstständig zu erklären und dann nummernweise abzustimmen.

(Zurufe)

- Ja, das haben die Juristen hinter mir gesagt. Die haben das studiert, und es so empfohlen. Ich bitte, mir zu folgen.

(Heiterkeit)

Ich sehe keinen Widerspruch. Wer der Nummer 1 der Drucksache 17/563 zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Nummer 1 des Antrags wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Hinsichtlich der Nummer 2 des Antrags schlage ich vor, die Änderungsanträge ebenfalls zu selbstständigen Anträge zu erklären. Wer - so geändert - der Nummer 2 der Drucksache 17/563 zustimmen möchte, den ich bitte um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Nummer 2 des Antrags wurde einstimmig angenommen.

Damit schließe ich diesen Tagesordnungspunkt. Wir sind am Ende unserer heutigen Beratungen. Die Tagung wird morgen um 10 Uhr fortgesetzt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:12 Uhr